

Version 20.7.09, mg

Abkürzungen (Rechtspflege)

StGB: Schweizerisches Strafgesetzbuch;

SVG: Bundesgesetz über den Strassenverkehr;

BetmG: Bundesgesetz über die Betäubungsmittel;

ANAG: Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer;

MStG: Militärstrafgesetz.

Abkürzungen (Sozialversicherungen)

- AHV: Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung;
- ALV: Arbeitslosenversicherung;
- AV: Altersversicherung (AHV);
- BU: Berufsunfallversicherung;
- BV: Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge;
- EL-AHV: Ergänzungsleistungen zur AHV;
- EL-IV: Ergänzungsleistungen zur IV;
- EO: Erwerbsersatzordnung;
- FUV: Freiwillige Unternehmerversicherung;
- FZ: Familienzulagen;
- HMO: Health Maintenance Organizations (KVG);
- HV: Hinterlassenenversicherung (AHV);
- IV: Eidgenössische Invalidenversicherung;
- KV: Krankenversicherung (Grund- und Zusatzversicherung);
- MV: Militärversicherung; NBU: Nichtberufsunfallversicherung;
- OKPV: Obligatorische Krankenpflege-Grundversicherung;
- OUV: Obligatorische Unfallversicherung;
- SSUV: Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung UVG;
- SUVA: Schweizerische Unfallversicherungsanstalt;
- UV: Unfallversicherung;
- UVAL: Unfallversicherung für Arbeitslose.

Abschreibungen

Bezifferung der Wertverminderungen, denen das Anlagevermögen während eines bestimmten Zeitraums durch normalen Verschleiss und übliches wirtschaftliches Veralten unterliegt. Ausgeklammert werden die Folgen von Katastrophen und der Erschöpfung der Rohstoffreserven.

Absenzen

Die Absenzen entsprechen dem Zeitraum, während dem eine Person normalerweise am Arbeitsplatz hätte sein müssen, es jedoch nicht war (wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaftsurlaub, Militär- oder Zivildienst, Zivilschutz, Kurzarbeit, Arbeitskonflikt, aus persönlichen/ familiären Gründen und wegen schlechtem Wetter). Ferien- und Feiertage sowie Fehlzeiten infolge einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten gelten nicht als Absenzen.

Absolute Steuerkraft

Steuerertrag einer Einheit, d.h. Gesamtertrag der ordentlichen Gemeindesteuern (ohne Personal-, Straf- und Nachsteuern), dividiert durch den Gemeindesteuerfuss. Die Quellensteuern sind dem Bezugsjahr zugeordnet und nicht dem Jahr der Auszahlung an die Gemeinden.

Abwanderung

Verlassen des Landes oder einer geografischen Region (z.B. Kanton, Gemeinde) des Landes (= Herkunftsgebiet), um in einem anderen Land oder einer anderen geografischen Region des Landes (= Zielgebiet) einen festen oder vorübergehenden Wohnsitz zu nehmen.

Adoptierende Person

Person, welche einzeln oder gemeinschaftlich mit einer anderen Person eine unmündige, mündige oder entmündigte Person (= Adoptivperson) als Kind annimmt. Adoptierende Personen können Stiefelternteile, Verwandte oder familienfremde Paare oder Personen sein.

Adoption

Annahme an Kindes statt einer unmündigen, mündigen oder entmündigten Person (= Adoptivperson) durch eine Einzelperson oder gemeinschaftlich durch Ehegatten (= adoptierende Person). Dadurch entsteht ein Eltern-Kind-Verhältnis ohne Rücksicht auf natürliche Abstammung.

Adoption eines unmündigen ausländischen Kindes durch Schweizer Bürger, Bürgerin

Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit durch ein unmündiges ausländisches Kind auf Grund einer Adoption durch eine(n) schweizerische(n) Staatsangehörige(n). Das Adoptivkind erwirbt das Kantons- und Gemeindebürgerrecht der adoptierenden Person und damit das Schweizer Bürgerrecht.

Adoptivperson

Person, welche von einer oder mehreren adoptierenden Personen (z.B. Adoptiveltern, Stiefvater, Stiefmutter) als Kind angenommen wird. Die Adoptivperson kann zum Zeitpunkt der Adoption in der Schweiz oder im Ausland wohnen und unmündig, mündig oder entmündigt sein.

Aggregat

Sammelgrösse, die das Ergebnis der (wirtschaftlichen) Tätigkeit einer zusammenhängenden Gruppe von Einheiten misst (Gesamtwirtschaft, Sektor usw.).

Alpenquerender Güterverkehr (AQGV)

Alpenquerender Verkehr ist jener Verkehr, der bei einem Alpenübergang den Alpenhauptkamm durchquert.

Alter

Zeitdauer, die zwischen der Geburt und einem bestimmten Beobachtungszeitpunkt vergangen ist. Es wird im Allgemeinen angegeben nach Jahren oder nach Jahren und Monaten bzw. auch nach Altersklassen. Man unterscheidet folgende Altersberechnungen:

- **Erfülltes Alter:** Das Alter beim letzten Geburtstag, d.h. die Anzahl der vollendeten Lebensjahre.
- **Erreichtes Alter:** Das im betrachteten Kalenderjahr erreichte Alter, d.h. die Differenz zwischen der Jahreszahl des betreffenden Kalenderjahres und der Jahreszahl des Geburtsjahres.

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Die AHV wurde 1948 als obligatorische Versicherung zur Altersvorsorge eingeführt und ist seither mehrmals ausgebaut worden. Neben den Altersrenten werden auch Leistungen für Witwen und Witwer sowie Waisen gewährt. Zweck der AHV ist die Sicherung des Grundbedarfs im Alter und

bei Tod des Vorsorgers. Zudem werden auch Hilflosenentschädigungen ausgerichtet. Die ordentliche AHV-Rente berechnet sich nach dem für die Beiträge massgebenden Einkommen und der Anzahl Beitragsjahre.

Altersguthaben BVG

Summe der jährlichen Altermguthaben, inkl. deren Verzinsung.

Altermguthaben berufliche Vorsorge

Diese werden für alle Versicherten jährlich in Prozenten des koordinierten Lohnes individuell berechnet.

Alterspyramide

Grafische Darstellung der Alters- und Geschlechterstruktur einer Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die horizontalen Balken bilden die Männer und Frauen jeder Altersgruppe ab. Die untersten Balken der Alterspyramide zeigen jeweils die männlichen und weiblichen Mitglieder des zuletzt geborenen Jahrgangs. Die Alterspyramide stellt stets eine Momentaufnahme der Bevölkerung dar, die sich auf einen bestimmten Stichtag bezieht.

Altersquotient

Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. Verhältnis der Anzahl Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich nicht mehr aktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Altersrenten

Mit Erreichen der (zurzeit noch geschlechtsspezifischen) Altersgrenze wird der Anspruch auf eine AHV-Altersrente begründet. Ehepaare erhielten bis 2000 eine Ehepaarrente, 2001 wurde diese durch zwei individuelle Altersrenten ersetzt.

Altlasten

Mit Schadstoffen belastete Standorte von Anlagen, Unfällen und Deponien, für die nachgewiesen ist, dass sie zu schädlichen oder lästigen Einwirkungen auf die Umwelt führen oder bei denen die Gefahr besteht, dass solche Einwirkungen entstehen.

Änderung der Familienstruktur

Änderung der Zusammensetzung einer bestehenden Familie durch Scheidung der Eltern bzw. Tod des Vaters und/ oder der Mutter.

Anerkannte Flüchtlinge

Ausländische Staatsangehörige, welche gemäss dem Asylgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 als Flüchtlinge anerkannt wurden. Sie haben auf Grund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Anschauung mit ernsthaften Nachteilen in ihrem Heimat- oder letzten Wohnstaat zu rechnen. Anerkannte Flüchtlinge sind im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (Ausweis B oder C).

Anerkennung eines Kindes

Anerkennung eines Kindes, welches nur zur Mutter in einem Kindesverhältnis steht, durch den leiblichen Vater. Die Anerkennung erfolgt durch Erklärung vor dem Zivilstandsbeamten oder durch letztwillige Verfügung oder, wenn eine Klage auf Feststellung der Vaterschaft hängig ist, vor dem Gericht. Die Anerkennung kann vor der Geburt des Kindes erfolgen.

Ankünfte

Anzahl Gäste (Kinder eingeschlossen), die eine oder mehrere Nächte in einem bestimmten Hotel- oder Kurbetrieb bzw. in einem Betrieb der Parahotellerie verbringen (also nicht Ankünfte an der Grenze).

Anlagefonds

Ein zusammengelegtes Vermögen mit einem gemeinsamen Anlageziel und einer vorgegebenen Anlagestrategie. Anleger erwerben sogenannte Fondsanteile. Durch das in der Regel relativ hohe Anlagevermögen kann eine breite Risikoverteilung ermöglicht werden.

Anlagestiftung

Eine Anlagestiftung bietet fondsähnliche Anlageprodukte an, die ausschliesslich schweizerischen Vorsorgeeinrichtungen der 2. und 3. Säule vorbehalten sind. Diese Anlageprodukte sind von der Ertragssteuer befreit. Ihre Anteile (Ansprüche) können einkommenssteuerfrei abgegeben werden. Ihre Ausschüttungen erfolgen ohne Abzug von Verrechnungssteuern.

Anstalten des Freiheitsentzugs

Unter Anstalten des Freiheitsentzuges versteht man alle Institutionen, die dem Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen dienen sowie der Durchführung von Polizei-, Sicherheits-, Untersuchungs-, Ausschaffungs- und Auslieferungshaft. In der Schweiz sind die Kantone für die Anstalten verantwortlich. Man unterscheidet zwischen folgenden Arten von Anstalten: Haftanstalten, Anstalten für Erstmalige, Anstalten für Rückfällige, freier geführte Anstalten, Massnahmenanstalten sowie privat geführte Institutionen. Die im Gesetz vorgesehene Unterteilung der Freiheitsstrafen in Zuchthaus-, Gefängnis- und Haftstrafen hat für den Strafvollzug heute keine Bedeutung mehr. Zuchthaus, Gefängnis und Haft bezeichnen gegenwärtig nur noch unterschiedliche gesetzliche Mindest- und Höchstdauer der Freiheitsstrafen.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (Ausgaben)

Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (Einnahmen)

Gesetzliche Anteile am Ertrag bestimmter Abgaben anderer Gemeinwesen sowie sonstige Beiträge, bei denen das beitragsentrichtende Gemeinwesen den Verwendungszweck nicht bestimmt. Die zweckgebundenen Einnahmenanteile gehören zu den Beiträgen für eigene Rechnung. Der Bruttoertrag der Abgabe wird bei jenem Gemeinwesen verbucht, dem die Erhebungshoheit zukommt.

Anwesenheitsbewilligung bzw. Aufenthaltskategorien

Durch die kantonalen Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration (BFM) oder das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erteilte Bewilligung, welche einem/ einer ausländischen Staatsangehörigen das Recht erteilt, sich während der Dauer der Bewilligung in der Schweiz aufzuhalten. Je nach Anwesenheitsbewilligung werden acht Kategorien von ausländischen Staatsangehörigen unterschieden:

- Niedergelassene (Ausweis C);
- Aufenthaltler (Ausweis B);
- Kurzaufenthalter (Ausweis L);
- Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F);
- Asylsuchende (Ausweis N);
- Schutzbedürftige (Ausweis S);
- Internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige (EDA-Ausweis);
- Grenzgänger (Ausweis G).

Anwesenheitsdauer

Differenz zwischen dem aktuellen Kalenderjahr und dem Kalenderjahr der letzten Einreise in die Schweiz. Dieses demografische Merkmal bezieht sich einzig auf die in die Schweiz eingewanderten ausländischen Staatsangehörigen.

Arbeitsangebot

Das Arbeitsangebot ist die Menge der von den Arbeitskräften angebotenen Arbeit. Es setzt sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen.

Arbeitseinkommen

Das Arbeitseinkommen setzt sich aus Einnahmen (in Form von Geld, Natural- oder Dienstleistungen) zusammen, die einer Person aus der Ausübung einer entlohnten oder selbständigen Tätigkeit entstehen. Es umfasst die Beträge, welche diese Person entweder als direktes Ergebnis ihrer beruflichen Tätigkeit (Löhne oder Ertrag aus der selbständigen Tätigkeit) oder auf Grund ihrer beruflichen Situation (beschäftigungsbezogene Vorsorgeleistungen) erhält. Nicht zum Arbeitseinkommen gehört das stellenunabhängige Einkommen aus anderen Quellen wie Vermögen, Sozialhilfe, Transferleistungen usw.

Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit aller von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Sie setzen sich aus Löhnen und Gehältern, aus Sozialbeiträgen der Arbeitgeber und aus sonstigen Aufwendungen (berufliche Bildung, Personalrekrutierung, usw.) zusammen.

Arbeitslose

Als Arbeitslose gelten Personen, die bei einem Arbeitsamt registriert, ohne Arbeit und sofort vermittelbar sind. Ganzarbeitslose suchen eine Vollzeitbeschäftigung, teilweise Arbeitslose eine Teilzeitbeschäftigung (d. h. weniger als 90% Beschäftigungsgrad). Nicht als Arbeitslose zählen Personen, welche zeitlich befristet arbeiten (Zwischenverdienst) oder ein Beschäftigungsprogramm durchlaufen.

Arbeitslosenquote

Anzahl Arbeitslose am Stichtag im Verhältnis zur Anzahl Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gemäss eidgenössischer Volkszählung.

Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die 1976 als obligatorische Versicherung eingeführte ALV deckt die Risiken der Arbeitslosigkeit ab. Zudem dient sie der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktliche Massnahmen (Kurse, vorübergehende Beschäftigungen, Praktika, Ausbildungszuschüsse, Einarbeitungszuschüsse, Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit sowie Beiträge für Pendler und Wochenaufenthaltskosten). Bei Lohnforderungen gegenüber einem zahlungsunfähigen Arbeitgeber entrichtet sie eine Insolvenzenschädigung. Mit der Teilrevision von 1996/97 wurden ein neues Leistungs- und Beitragssystem und regionale Arbeitsämter (RAV) eingeführt. Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 1998 wurden verschiedene Leistungen gekürzt. Die Einnahmen der ALV bestehen fast ausschliesslich aus den Beiträgen, die von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern je zur Hälfte geleistet werden. Die Subventionen des Bundes dürfen maximal 5% der Gesamtausgaben betragen. Der Beitragssatz der Arbeitgeber und Versicherten, der 1993 von 0,4 auf 2,0 und 1995 auf 3,0 Lohnprozente angehoben wurde, wird 2003 wieder auf 2,0 herabgesetzt.

Arbeitslosigkeit

Der Ausdruck „arbeitslos“ wird häufig synonym mit „erwerbslos“ verwendet. Die amtliche Statistik der Schweiz unterscheidet jedoch zwischen den beiden Begriffen. Siehe „registrierte Arbeitslose“, „Erwerbslose“, „Arbeitslosenquote“, „Erwerbslosenquote“.

Arbeitsnachfrage

Die Arbeitsnachfrage stellt die seitens der Arbeitgeber nachgefragte Menge an Arbeit dar. Sie setzt sich aus den besetzten (Beschäftigte) und den offenen Stellen zusammen.

Arbeitsplätze

„Arbeitsplätze“ und „Beschäftigte“ werden synonym verwendet.

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität entspricht der Bruttowertschöpfung (BWS) pro Arbeitsinput. Sie dient dazu, die Effizienz des Arbeitsinputs im Produktionsprozess zu messen. Auf Ebene einer Volkswirtschaft bezeichnet die Arbeitsproduktivität das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro geleistete Arbeitsstunde. Die Arbeitsproduktivität kann in jeweiligen Preisen (nominale Arbeitsproduktivität, Arbeitsproduktivität zu laufenden Preisen) und in konstanten Preisen (Arbeitsproduktivität zu Preisen eines früheren (Basis-)Jahres, reale Arbeitsproduktivität) eines bestimmten Jahres errechnet werden.

Arbeitsstätte und Unternehmung

Eine Arbeitsstätte ist eine räumlich isolierte Produktionseinheit, in der Regel ein Gebäude, ein Gebäudekomplex oder ein Teil eines Gebäudes, in dem insgesamt während mindestens 20 Wochenstunden Güter erzeugt oder repariert oder Dienste irgendwelcher Art erbracht werden. Eine Unternehmung als eine rechtliche Einheit kann sich auf eine oder mehrere Arbeitsstätten aufteilen (Filialen bzw. Nebenbetriebe). Im öffentlichen Sektor ist die Abgrenzung von Unternehmen und Arbeitsstätten nicht so eindeutig zu definieren, weshalb in der Betriebszählung nur von Arbeitsstätten gesprochen wird.

Die Begriffe „Arbeitsstätte“ und „Betriebe“ werden synonym verwendet.

Arbeitsverdienst (landwirtschaftliche Betriebe)

Vom landwirtschaftlichen Betrieb erwirtschafteter Jahresüberschuss, welcher als Entschädigung für die auf dem Betrieb geleistete Arbeit von nicht entlohnten familieneigenen Arbeitskräften zur Verfügung steht (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch für Eigenkapital).

Arithmetisches Mittel

Das arithmetische Mittel, auch Durchschnitt oder arithmetischer Mittelwert genannt, wird errechnet, indem man die einzelnen Beobachtungswerte addiert und die Summe durch die Anzahl der Beobachtungswerte teilt.

In mathematischer Schreibweise ist der Mittelwert einer Anzahl n Beobachtungswerte x_1, x_2 bis x_n definiert als $x = (x_1 + x_2 + \dots + x_n) / n$.

Im Gegensatz zu einem anderen häufig verwendeten Lagemaß, dem Median (siehe dort), wird das arithmetische Mittel durch die Größe der Extremwerte stark beeinflusst. Bei einer streng symmetrischen Häufigkeitsverteilung fällt das arithmetische Mittel mit dem Median zusammen. Im Falle einer asymmetrischen Verteilung, z.B. des Einkommens, mit hohen Extremwerten liegt das arithmetische Mittel über dem Median, bei tiefen Extremwerten darunter. Je deutlicher die Asymmetrie ist, desto größer ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median. Um die Lokation einer Verteilung zu beschreiben ist das arithmetische Mittel darum nur bei ungefähr symmetrischen Verteilungen geeignet. Eine Variante des arithmetischen Mittels, das gewichtete Mittel, ordnet jeder Beobachtung ein Gewicht zu.

Armut

Armut bedeutet Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Arbeit, soziale Kontakte. Als arm gelten jene Menschen, die bei Berücksichtigung aller verfügbaren materiellen wie immateriellen Ressourcen eine bestimmte Armutsgrenze unter-

schreiten. Für gewöhnlich wird dabei von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) oder der Bezugsberechtigung für EL ausgegangen.

Bedürftigkeit besteht, wenn ein Haushalt die notwendigen Mittel für die Lebenshaltung nicht selbst aufbringen kann.

Armutsgrenze

Die Armutsgrenze ist von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet. Anhand dieser Referenzgrösse lässt sich für die statistische Bestimmung der Armutsgrenze ein absoluter Schwellenwert ableiten, unter dem jemand aus statistischer Sicht als arm gilt. Die Armutsgrenze (Grundbedarf + Wohnkosten + Krankenkassenprämien + 100 Franken pro Haushaltsmitglied ab 16 Jahren) für einen Einpersonenhaushalt liegt 2005 bei Fr. 2200.-, bei 3800.- für Alleinerziehende mit zwei Kindern und bei Fr. 4600.- für Paare mit zwei Kindern (es handelt sich um theoretische Werte: Effektiv wurden die spezifischen Werte für jeden Kanton ermittelt). Liegt das Haushaltseinkommen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuern unter der Armutsgrenze, so gilt der Haushalt als arm.

Artengliederung

Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

Asylsuchende (Ausweis N)

Ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Während des Asylverfahrens haben diese Personen grundsätzlich ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz.

Aufenthalter (Ausweis B)

Ausländische Staatsangehörige, die sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsbewilligung ist befristet.

Aufenthaltsdauer (Tourismus)

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einem Betrieb ist die Anzahl Logiernächte dividiert durch die Anzahl Ankünfte in diesem Betrieb.

Aufenthaltskategorien bzw. Anwesenheitsbewilligung

Siehe „Anwesenheitsbewilligung“.

Aufenthaltsstatus

Rechtlicher Status von Personen ausländischer Nationalität. Die wichtigsten Gruppen sind:

- Niedergelassene (Ausweis C);
- Jahresaufenthalter (Ausweis B);
- Kurzaufenthalter (Ausweis L);
- Asylbewerber
- vorläufig Aufgenommene.

Bis 2002 gehörte dazu auch der Aufenthaltsstatus des Saisoniers (Ausweis A). Dieser Aufenthaltsstatus wurde mit Inkrafttreten der Bilateralen Verträge am 1. Juni 2002 abgeschafft.

Aufsichtsbehörden berufliche Vorsorge

Bundesbehörden (Bundesamt für Sozialversicherung und Eidg. Finanzdepartement) sowie Kantonsbehörden, welche die Pensionskassen (juristisch: Personalvorsorgeeinrichtungen) beaufsichtigen, d.h. darüber wachen, dass die Vorsorgeeinrichtungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten.

Aufträge (Index)

Die Indizes der Auftragseingänge und -bestände sind Vorlaufindikatoren für die konjunkturelle Entwicklung. Sie sind definiert als Bestellungen, welche eine Produktion auslösen. Deshalb fliesst die Energie- und Wasserversorgung definitionsgemäss nicht in die Berechnung der Auftragsindizes ein. Für die Tabakindustrie, die Mineralölverarbeitung sowie für die Chemische Industrie liegen keine Angaben zu den Aufträgen vor. Der Index der Auftragseingänge wird hier auf Grund der Umsatzentwicklung berechnet, wobei dieser Ersatzwert auf Branchenstufe nicht ausgewiesen wird (einzig die Auftragseingänge aus dem Inland sind mangels Ersatzvariable ohne die Chemische Industrie berechnet). Für die Indizes der Auftragsbestände gibt es keine solche Ersatzvariable, weshalb in den aggregierten Indizes die drei obengenannten Branchen nicht enthalten sind.

Ausfuhr (Aussenhandelsstatistik)

Siehe „Export“.

Ausländergeneration, Dritte

In der Schweiz geborene Personen, welche nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch mindestens einen ebenfalls in der Schweiz geborenen ausländischen Elternteil haben.

Ausländergeneration, Erste

Im Ausland geborene Personen, welche in die Schweiz eingewandert sind und nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen.

Ausländergeneration, Zweite

In der Schweiz geborene Personen, welche nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen und deren Eltern im Ausland geboren wurden.

Auslastung (Tourismus)

Durchschnittliche Auslastung der Hotelbetriebe während der Erhebungsperiode in Prozent der verfügbaren Gästezimmer bzw. verfügbaren Gastbetten. Es wird unterschieden zwischen:

Brutto-Bettenauslastung, d.h. Auslastung aller der theoretisch möglichen Betten (sowohl in geschlossenen als auch in geöffneten Betrieben)

- **Monatliche Brutto-Bettenauslastung eines Betriebs:** Anzahl erhobene Logiernächte des Monats in Prozent der monatlichen Brutto-Bettenkapazität.
- **Jährliche Brutto-Bettenauslastung eines Betriebs:** Anzahl erhobene Logiernächte im Jahr in Prozent der Summe der monatlichen Brutto-Bettenkapazitäten.
- **Durchschnittliche monatliche Brutto-Bettenauslastung von n Betrieben:** Die Summe der monatlichen Logiernächte der n Betriebe in Prozent der Summe der monatlichen Brutto-Bettenkapazitäten der n Betriebe.
- **Brutto-Bettenauslastung im Jahresdurchschnitt:** Die Summe der jährlichen Logiernächte der n Betriebe in Prozent der Summe der 12 monatlichen Brutto-Bettenkapazitäten der n Betriebe.

Netto-Bettenauslastung, d.h. Auslastung in den tatsächlich geöffneten Betrieben

- **Monatliche Netto-Bettenauslastung eines Betriebs:** Anzahl erhobene Logiernächte des Monats in Prozent der monatlichen Netto-Bettenkapazität.
- **Jährliche Netto-Bettenauslastung eines Betriebs:** Anzahl erhobene Logiernächte im Jahr in Prozent der Summe der monatlichen Netto-Bettenkapazitäten.
- **Durchschnittliche monatliche Bettenauslastung von n Betrieben:** Die Summe der monatlichen Logiernächte der n Betriebe in Prozent der Summe der monatlichen Netto-Bettenkapazitäten der n Betriebe.

- **Netto-Bettenauslastung im Jahresdurchschnitt:** Die Summe der jährlichen Logiernächte der n Betriebe in Prozent der Summe der 12 monatlichen Netto-Bettenkapazitäten der n Betriebe.

Zur Unterscheidung von Brutto- und Netto-Bettenauslastung siehe „Beherbergungskapazität“.

Aussenbeitrag

In der Aussenhandelsstatistik verwendeter Begriff: Differenz zwischen dem Gesamtwert von exportierten und importierten Waren und Dienstleistungen.

Aussenhandel

Der Aussenhandel umfasst die Ein- und die Ausfuhren von Waren. Diese werden nach verschiedenen Gruppen und nach Erzeugungs- (Einfuhr) oder Bestimmungsländern (Ausfuhr) gegliedert. Die Ergebnisse des Aussenhandels werden nach Total 1 (ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten) oder nach Total 2 (einschliesslich der oben erwähnten Waren) berechnet. Unter Erzeugungsland ist das Ursprungsland der Ware zu verstehen. Wurde die Ware vor ihrem Übertritt in die Schweiz durch definitive Verzollung oder zollfreie Zulassung in einem Drittland nationalisiert, so gilt dieses Land als Erzeugungsland. Für Waren, die sich in einer Zollunion im freien Verkehr befinden, wird das Versenderland als das Ursprungsland angesehen. Als Bestimmungsland gilt jenes Land, in welchem die Ware ihrem Verwendungszweck zugeführt oder in welchem sie verarbeitet, veredelt oder anderweitig verarbeitet werden soll. Der Wert der Ein- und der Ausfuhren entsprechen dem statistischen Wert. Es handelt sich dabei um den Warenwert in Schweizer Franken franco Schweizer Grenze. D.h. die Transport-, Versicherungs- und sonstigen Kosten bis zur Schweizer Grenze sind in diesem Wert mit eingeschlossen, wogegen Rabatte und Skonti darin ausgeschlossen sind. Auf ausländischen Währungen lautende Wertangaben werden in Schweizer Franken umgerechnet, und zwar zum Devisenverkaufskurs des Vortages, an welchem die Verzollung stattfand. Fehlt eine Rechnung oder erscheinen die Wertangaben zweifelhaft, so gilt als Wert jener Preis, der normalerweise einem unabhängigen Dritten in Rechnung gestellt würde. Der Saldo der Handelsbilanz errechnet sich aus dem Wertunterschied zwischen den Ein- und den Ausfuhren. Übersteigt der Wert der Einfuhren jenen der Ausfuhren, spricht man von einer defizitären oder passiven Handelsbilanz. Im gegenteiligen Fall ist die Handelsbilanz überschüssig oder aktiv. Transaktionen, die nicht in der Aussenhandelsstatistik erfasst sind (= Waren, die vom Spezialhandel ausgeschlossen sind), werden unter der Rubrik „Anderer Warenverkehr“ zusammengefasst. Diese Kategorie ist nicht in der Handelsbilanz enthalten, wohl aber in der Ertragsbilanz (siehe Zahlungsbilanz).

Auswanderung

Verlassen des Landes bzw. einer geografischen Region des Landes (z.B. Kanton, Gemeinde), um in einem anderen Land einen festen oder vorübergehenden Wohnsitz zu nehmen. Personen, welche eine Auswanderung vollziehen, werden als Auswanderer bezeichnet.

Auswanderungsziffer, rohe

Zahl der Auswanderungen aus einer bestimmten geografischen Region (z.B. Land, Kanton, Gemeinde) in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte der gleichen geografischen Region.

Bauart

Man unterscheidet zwischen „Hochbau“ und „Tiefbau“.

Bauausgaben

Summe der privaten und öffentlichen Bauinvestitionen und der öffentlichen Unterhaltsarbeiten.

Bauinvestitionen

Im Rahmen der Bauerhebung: Kosten für ein Bauobjekt, einschliesslich Vorbereitungsarbeiten, Erschliessungs- und Umgebungsarbeiten innerhalb der Grundstücksgrenzen, Architektenhonorare, sanitäre Installationen, Lüftungsanlagen, Heizungen, alle übrigen mit dem Bauobjekt fest verbundenen Einrichtungen und Baunebenkosten. Nicht berücksichtigt werden Kosten für Landerwerb sowie maschinelle und sonstige bewegliche Einrichtungen.

Bauinvestitionen (im Berichtsjahr)

Baukosten für die Arbeiten, welche im betreffenden Jahr realisiert worden sind. Berücksichtigt sind dabei ausschliesslich Projekte, deren Bau im betreffenden Jahr im Gange ist oder abgeschlossen wurde.

Baukosten

Sie umfassen sämtliche Kosten für das Bauobjekt, einschliesslich Vorbereitungsarbeiten, reine Gebäudekosten, alle fest eingebauten Einrichtungen, die der spezialisierten Nutzung des Gebäudes dienen, die Umgebungsarbeiten sowie alle Erschliessungsarbeiten innerhalb der Grundstücksgrenzen und alle Baunebenkosten. Nicht dazugerechnet werden die Kosten für den Erwerb des Grundstücks, die Erschliessung ausserhalb der Grundstücksgrenzen sowie die Kosten für die Ausstattung mit beweglichen Einrichtungen.

Baukosten-/ Baupreisindex

Ein Baukostenindex berücksichtigt nur die den Bauunternehmen bei der Ausführung einer Bauleistung anfallenden Kosten ohne deren allfälligen Gewinne oder Verluste einzubeziehen. Im Gegensatz dazu gibt ein Baupreisindex Auskunft über die vom Bauherren für den Bau des Indexhauses zu bezahlenden Preise. In diesen Preisen sind auch allfällige Gewinne oder Verluste der Bauunternehmen enthalten. Ein Preisindex widerspiegelt somit die vom Konjunkturverlauf abhängige Entwicklung von Angebot und Nachfrage.

Bauobjektkategorien

Jedes Bauobjekt wird im Rahmen der Bauerhebung einer der folgenden Bauobjektkategorien zugeordnet:

- Infrastruktur
- Bildung, Forschung, Gesundheit, Kultur und Freizeit;
- Wohnen;
- Land- und Forstwirtschaft;
- Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, öffentliche Haushalte.

Bauzonen

Bauzonen im Sinn der Raumplanung umfassen Land, das sich für die Überbauung eignet, weitgehend bereits überbaut ist oder voraussichtlich innert 15 Jahren benötigt und erschlossen wird.

Beherbergungskapazität

- **Anzahl Betten:** Die Anzahl der in den Betrieben monatlich erhobenen Betten.
- **Monatliche Brutto-Bettenkapazität:** Die theoretisch maximale Beherbergungskapazität bezüglich Betten, d.h. Bettenanzahl mal Anzahl Tage des Monats.
- **Monatliche Netto-Bettenkapazität:** Die maximale Beherbergungskapazität bezüglich Betten unter Berücksichtigung der Öffnungstage, d.h. Bettenanzahl mal Öffnungstage des Monats.
- **Anzahl Zimmer:** Die Anzahl der in den Betrieben monatlich erhobenen Zimmer.
- **Monatliche Brutto-Zimmerkapazität:** Die theoretisch maximale Beherbergungskapazität bezüglich Zimmer, d.h. Zimmeranzahl mal Anzahl Tage des Monats.

- **Monatliche Netto-Zimmerkapazität:** Die maximale Beherbergungskapazität bezüglich Zimmer, unter Berücksichtigung der Öffnungstage, d.h. Zimmeranzahl mal Öffnungstage des Monats.

Beitrag zum Wirtschaftswachstum

Der Beitrag eines Sektors oder einer Wirtschaftsbranche erlaubt die Messung des relativen Einflusses der Entwicklung ihrer Bruttowertschöpfung (BWS) zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Beiträge für eigene Rechnung

Investitionsbeiträge, die zur Mitfinanzierung der eigenen Investitionen des Gemeinwesens bestimmt sind.

Belegungsdichte

Gibt die durchschnittliche Bewohnerzahl pro Wohnung an.

Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BV)

Ziel der beruflichen Vorsorge ist es, zusammen mit der AHV den gewohnten Lebensstandard im Alter, beim Tod des Vorsorgers und bei Invalidität zu sichern. Die in einem langen historischen Prozess gewachsene berufliche Vorsorge ist seit 1985 dem Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) unterstellt. Dieses legt als Rahmengesetz Mindestleistungen zur Absicherung gegen wirtschaftliche Folgen von Alter, Tod und Invalidität fest („Obligatorium“). Gestützt auf einen Entscheid des Arbeitgebers oder der Sozialpartner kann eine Vorsorgeeinrichtung zusätzliche Leistungen vorsehen („Überobligatorium“). Die berufliche Vorsorge ist für Arbeitnehmer ab dem 17. Altersjahr mit einem Jahresgehalt über Fr. 25'320.- obligatorisch. Die Höhe der Leistungen wird entweder aufgrund des geäußerten Sparkapitals (Altersgutschriften) bestimmt (Beitragsprimat) oder aufgrund eines Anteils am versicherten Lohn (Leistungsprimat). Die BV wird durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kapitaldeckungsverfahren finanziert, indem die Leistungen durch das während der Erwerbstätigkeit angesparte und verzinst Kapital gedeckt werden. Die Beiträge werden in der Regel auf dem versicherten („koordinierten“) Lohn erhoben. Der Lohnanteil, welcher bereits durch die AHV versichert ist, wird dabei vom effektiven Lohn abgezogen, um eine doppelte Versicherung zu vermeiden. Als Rahmengesetz schreibt das BVG keinen festen Beitragssatz vor. Der Arbeitgeber muss aber insgesamt mindestens die gleiche Beitragssumme entrichten wie die Arbeitnehmer seines Betriebes.

Berufsmaturität

Die Berufsmaturität versteht sich als Erweiterung der Berufskompetenzen, indem die Grundbildung vertieft und die Allgemeinbildung vervollständigt werden. Sie öffnet die Tür zu den Fachhochschulen. Inhaber und Inhaberinnen der Berufsmaturität verfügen über eine doppelte Qualifikation: ein Fähigkeitszeugnis oder Handelsdiplom einerseits und ein Maturitätszeugnis andererseits. Sie haben einen Beruf und können sich auf dem Arbeitsmarkt präsentieren.

Berufsmaturitätsquote

Anzahl der in einem bestimmten Jahr erteilten Berufsmaturitätszeugnisse in Prozent der theoretisch gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung.

Beschäftigte

Alle am Stichtag der Zählung in einer Arbeitsstätte beschäftigten Personen, sofern sie mindestens sechs Stunden pro Woche arbeiten, einschliesslich des Inhabers oder der Inhaberin. Mitgezählt werden auch (wegen Krankheit, Militärdienst oder Ferien) abwesende Personen. Seit 1995 betrachtet das Bundesamt für Statistik (BFS) in der Betriebszählung als eine wichtige Bezugsgrösse für die Beschäftigung das Total der Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Seit 2001 gelten als Schlüsselgrösse auch die Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten.

Obwohl sich ihre Bedeutungsfelder stark überschneiden, ist unter den Begriffen «Beschäftigte (besetzte Stellen)» und «Erwerbstätige» nicht dasselbe zu verstehen, kann doch eine erwerbstätige Person mehrere Stellen besetzen. In diesem Fall wird von Mehrfachbeschäftigung gesprochen. „Beschäftigte“ und „Arbeitsplätze“ werden synonym verwendet.

Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten

Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Arbeitsvolumens (gemessen als Beschäftigte oder Arbeitsstunden) in Vollzeitbeschäftigte. Die Beschäftigung in Vollzeitäquivalenten ist definiert als das Total der geleisteten Arbeitsstunden dividiert durch das Jahresmittel der Arbeitsstunden, die durch Vollzeitbeschäftigte erbracht werden.

Beschäftigungsgrad

Es werden folgende Beschäftigungsgrade unterschieden: Vollzeitbeschäftigte (Arbeitspensum >90%); Teilzeitbeschäftigte 1 (Arbeitspensum zwischen 50 bis 89%) sowie Teilzeitbeschäftigte 2 (Arbeitspensum unter 50%).

Beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Steuerpflichtige Personen einer Gemeinde mit Wohnsitz ausserhalb der Gemeinde.

Besitz- und Aufwandsteuern

Unter diesen Begriff fallen: Billettsteuern, Forststeuern, Hundesteuern, Beherbergungsabgaben und Kurtaxen.

Bestand aktiver Unternehmen

Der Bestand aktiver Unternehmen umfasst sämtliche Unternehmen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt des Referenzjahrs eine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben, einschliesslich der in diesem Jahr neu gegründeten und verschwundenen Unternehmen.

Bestockte Flächen

Flächen, die mit Bäumen oder gebüschwaldbildenden Straucharten bewachsen sind. In der Arealstatistik entsprechen die bestockten Flächen der Summe von Wald und Gehölzen.

Betreibungen und Konkurse

Diese werden durch das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) geregelt. Die Schuldbetreibung beginnt mit der Zustellung des Zahlungsbefehls und wird entweder auf dem Weg der Pfändung oder der Pfandverwertung oder des Konkurses fortgesetzt. Für ungedeckte Forderungseingaben von Gläubigern werden Verlustscheine ausgestellt.

Betrieb

Der Begriff „Betrieb“ wird oft als Synonym für „Arbeitsstätte“ verwendet.

Betriebsüberschuss

Saldo des Einkommensentstehungskontos. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im Rahmen des Produktionsprozesses entstanden sind und die einer Produktionseinheit zur Verfügung stehen.

Bevölkerung am 1. Januar

Zahl (Grösse) und Zusammensetzung der ständigen Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alter und anderen demografischen Merkmalen am 1. Januar eines bestimmten Kalenderjahres. Dieser Bevölkerungsstand ist in der Regel identisch mit dem Bevölkerungsstand am 31. Dezember des vorangegangenen Kalenderjahres.

Bevölkerung am 31. Dezember

Zahl (Grösse) und Zusammensetzung der ständigen Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alter und anderen demografischen Merkmalen am 31. Dezember eines bestimmten Kalenderjahres.

Bevölkerung in der Jahresmitte

Arithmetisches Mittel des Stands der ständigen Wohnbevölkerung am 1. Januar und am 31. Dezember eines bestimmten Kalenderjahres.

Bevölkerungsbewegung

Die kontinuierlichen Änderungen, denen eine Bevölkerung innerhalb eines bestimmten Zeitintervalls unterliegt. Diese Änderungen sind das Ergebnis von demografischen Ereignissen dieses Zeitintervalls (Geburten, Heiraten, Scheidungen, Todesfälle, Wanderungen, Einbürgerungen).

Bevölkerungsbilanz

Berechnung eines Bevölkerungsstandes aus einem Anfangsbestand und den Komponenten der Bevölkerungsbewegung, nämlich den Geburten, den Sterbefällen, den Zu- und Wegzügen sowie den Bürgerrechtswechseln (so genannte Bevölkerungsfortschreibung).

Bevölkerungsdichte

Verhältnis der Bevölkerungszahl einer geografischen Region zur Gebietsfläche dieser Region. Die Bevölkerungsdichte wird normalerweise als Zahl der Einwohner pro Quadratkilometer ausgewiesen.

Bevölkerungsstand

Zahl (Grösse, Umfang) der Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt ohne Differenzierung der Personen bzw. differenziert nach Geschlecht, Alter und anderen demografischen Merkmalen.

Bevölkerungsstruktur

Zusammensetzung der Bevölkerung nach diversen demografischen (Geschlecht, Alter, Zivilstand, Staatsangehörigkeit etc.) oder anderen Merkmalen.

Bevölkerungswachstum

Differenz zwischen dem Bevölkerungsstand am Ende und am Beginn eines bestimmten Zeitintervalls, normalerweise einem Kalenderjahr. Das Bevölkerungswachstum entspricht der Summe aus Geburtenüberschuss und Wanderungssaldo (einschliesslich Korrekturen). Zu einem negativen Bevölkerungswachstum (auch: Bevölkerungsrückgang) kommt es, wenn diese beiden Komponenten negativ sind oder wenn eine von ihnen negativ ist und einen höheren absoluten Wert ausweist als die andere.

Bevölkerungszuwachs, Wanderungsbedingter

Der wanderungsbedingte Zuwachs umfasst neben dem Wanderungssaldo die Zugänge zur ständigen Wohnbevölkerung durch einen Wechsel des Ausländerstatus. Ausländerinnen und Ausländer, die bis anhin mit einer Kurzaufenthaltserlaubnis von weniger als zwölf Monaten im Kanton gelebt haben und neu im Besitz einer längerfristigen Bewilligung sind, werden statistisch als Zugänge zur ständigen Wohnbevölkerung gezählt, auch wenn sie bereits im Kanton wohnhaft waren.

Bewohner

Bei der in Verbindung mit den Gebäudemerkmalen im Rahmen der Eidg. Volkszählung aufgeführten Bewohnerzahl ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Personen einem Gebäude zugewiesen werden können. Ebenso fallen bei der in Verbindung mit Wohnungsmerkmalen genannten Bewohnerzahl die Kollektivhaushalte ausser Betracht. Die genannte Bewohnerzahl gibt in keinem der Fälle die gesamte Wohnbevölkerung wieder.

Bewohnertypus

Bezeichnet die Bedingungen, zu denen eine Wohnung von einer Haushaltung bewohnt wird.

- **Stockwerkeigentum:** Vom Eigentümer erworbene und selber bewohnte Wohnung, also nicht weitervermietet.
- **Genossenschaftler:** Mitglied einer Wohngenossenschaft und zugleich Bewohner einer Wohnung dieser Genossenschaft.
- **Dienstwohnung:** Vom Arbeitgeber gemäss Arbeitsvertrag dem Arbeitnehmer als Wohnung zur Verfügung gestellt.
- **Freiwohnung:** Dem Inhaber von einer anderen Seite als vom Arbeitgeber unentgeltlich überlassen (z. B. Verwandten).
- **Miteigentümer/ Miteigentümerinnen:** Miteigentümer resp. Miteigentümerinnen des Hauses (nicht der Wohnung), in dem sich die betreffende Wohnung befindet.

Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung

Demografische Grundformel für den Übergang vom Stand der ständigen Wohnbevölkerung am Anfang eines Kalenderjahres zum Stand der ständigen Wohnbevölkerung am Ende des gleichen Kalenderjahres, die sämtliche Zu- und Abgänge während dieses Zeitraums einbezieht. Die Methode beruht auf folgendem Ansatz: Die Bevölkerung am 31. Dezember des Jahres entspricht der Bevölkerung am 1. Januar des Jahres zuzüglich der Zugänge (Geburten und Zuwanderung) und abzüglich der Abgänge (Todesfälle und Abwanderung) des Jahres.

Bilanzfehlbetrag

Durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung.

Bildungseinrichtungen

Bildungseinrichtungen werden einerseits nach ihrer Funktion in unterrichterteilende und nicht-unterrichterteilende Bildungseinrichtungen unterteilt, andererseits nach der Trägerschaft und Finanzquelle in öffentliche und (unabhängige oder staatlich subventionierte) private Bildungseinrichtungen.

Bildungsstand der Bevölkerung

Der Bildungsstand der Bevölkerung gibt an, welcher Prozentanteil der Bevölkerung die Ausbildung auf der jeweiligen Bildungsstufe abgeschlossen hat. Wenn nicht anders vermerkt, werden nur die 25- bis 64jährigen Personen berücksichtigt. Diese Bevölkerungsgruppe hat in der Regel ihre erste Ausbildung abgeschlossen und steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Binnenwanderung

Wanderung innerhalb der Schweiz zwischen zwei Gemeinden des gleichen Kantons (intrakantonale Wanderung) oder zwei Gemeinden verschiedener Kantone (interkantonale Wanderung).

Binnenwanderungssaldo

Differenz zwischen der Zuwanderung aus einer anderen Region der Schweiz und der Abwanderung in eine andere Region der Schweiz.

Binnenwanderungsvolumen

Summe der Zuwanderung aus einer anderen Region der Schweiz und der Abwanderung in eine andere Region der Schweiz.

Binnenwanderungsziffer, rohe

Zahl der Binnenwanderungen in einer bestimmten geografischen Region (z.B. Land, Kanton, Gemeinde) in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte der gleichen geografischen Region.

Bodennutzung

Sozio-ökonomische Nutzung der Erdoberfläche. Die Arealstatistik der Schweiz unterscheidet zwischen 74 Nutzungsarten. Im Unterschied zur Bodennutzung bezieht sich die Bodenbedeckung auf die physische Bedeckung der Erdoberfläche. Beispiel: für einen geteerten Parkplatz ist die Bodennutzung „Parkplatz“ und die Bodenbedeckung „geteerte Fläche“.

Branche

Eine Branche (oder ein Wirtschaftszweig) ist eine Zusammenfassung homogener Produktionseinheiten, die Produkte herstellen (oder Dienstleistungen erbringen), welche derselben Gesamtheit einer Wirtschaftszweignomenklatur angehören (z.B. NOGA).

Bruttoanlageinvestitionen

Wert der dauerhaften Güter, die durch gebietsansässige produzierende Einheiten gekauft werden, um für eine Zeitdauer von mehr als einem Jahr im Produktionsprozess eingesetzt zu werden. Ausgaben zur Verbesserung, Reparatur oder Verlängerung der Lebensdauer vorhandener Anlagegüter werden ebenfalls als Bruttoanlageinvestitionen bezeichnet. In der Schweiz gliedern sich diese Investitionen in Ausrüstungsinvestitionen und in Bauinvestitionen. Letztere lassen sich ihrerseits in Hoch- und Tiefbauinvestitionen aufteilen.

Bruttoerwerbsquote

Siehe „Erwerbsquote“.

Bruttohaushaltseinkommen

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst alle Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören der Bruttolohn (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, die Renten, die Zinsen, Naturalbezüge (Naturalleistungen des Arbeitgebers, Geschenke, Produkte aus dem eigenen Garten), Rückvergütungen usw.

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das BIP ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres. Es basiert auf dem Inlandkonzept, das heisst, es umfasst alle auf dem Gebiet der Schweiz (resp. der entsprechenden Gebietseinheit (z.B. Kanton)) produzierten Güter, unabhängig vom Wohnort bzw. Firmensitz.

Das BIP ist die Summe aller durch Produktion von Waren und Dienstleistungen erzielten Wertschöpfungen. Es wird nach dem Produktionsansatz berechnet, indem vom Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen die Vorleistungen, also der Wert vor der Produktion, abgezogen werden. Weiter müssen die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer) und die Nettoeinfuhrabgaben dazugezählt werden. Alternativ lässt sich das BIP nach dem Verwendungsansatz darstellen, das heisst als Summe aller Ausgabenkomponenten (Konsum, Investitionen, Exporte minus Importe) bei der Verwendung der Einkommen durch die privaten und öffentlichen Haushalte sowie die Unternehmen. Das BIP wird in jeweiligen Preisen (nominales BIP, BIP zu laufenden Preisen) und in konstanten Preisen (BIP zu Preisen eines früheren (Basis-)Jahres, reales BIP) eines bestimmten Jahres errechnet. In konstanten Preisen wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt.

Bruttoinvestitionen

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) umfassen die Bruttoinvestitionen (Hoch- und Tiefbau) die Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge) und die Vorratsveränderungen (Zu- oder Abnahme der vorrätigen Mengen).

Bruttolohn

Standardisierter monatlicher Bruttolohn (umgerechnet auf 4 1/3 Wochen zu 40 Arbeitsstunden, zusätzlich Anteil am 13. Monatslohn und Sonderzahlungen).

Bruttonationaleinkommen (BNE)

Das Bruttonationaleinkommen (zu Marktpreisen) entspricht dem Bruttoinlandprodukt (BIP) abzüglich der an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen zuzüglich der aus der übrigen Welt empfangenen Primäreinkommen. Das einkommensbasierte BNE löste 2003 das produktionsbasierte Bruttosozialprodukt (BSP) als Referenzaggregat ab.

Bürgerrechtswechsel (Einbürgerungen)

Einbürgerungen von Personen ausländischer Nationalität.

Businesssektor

Der Businesssektor stimmt mit der Gesamtheit der Wirtschaftsakteure überein, die auf dem Wirtschaftsgebiet eines Landes tätig sind, sich Profit-orientiert verhalten und die Umsetzung von Strategien zur Erhöhung ihrer Produktivität verfolgen. Im Gegensatz zum Bruttoinlandprodukt (BIP) schliesst der Businesssektor die Wertschöpfung der öffentlichen Verwaltung und diejenige der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (POoE) aus.

BVG

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Es ist ein seit 1985 in Kraft stehendes Rahmengesetz mit Mindestnormen.

COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose)

Diese Abkürzung steht für Classification of Individual Consumption by Purpose. Die COICOP-Nomenklatur wird international in verschiedensten Bereichen angewandt. Der Warenkorb zur Berechnung des Landesindex der Konsumentenpreise wird seit der Revision im Jahr 2000 nach der COICOP-Nomenklatur in zwölf Hauptgruppen, 80 Warengruppen, 222 Indexpositionen und rund 1'050 Erhebungspositionen gegliedert.

Darlehen und Beteiligungen (öffentliche Finanzen)

Investitionsausgaben für jene Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Ausgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deswegen nicht realisiert werden können.

Deckungsgrad

Verhältnis zwischen dem vorhandenen Vermögen und dem notwendigen Deckungskapital.

Deckungskapital (mathematische Reserve) (berufliche Vorsorge)

Deckungskapital (Vorsorgekapital) ist das benötigte Kapital, um die gegenüber den Versicherten eingegangenen reglementarischen Verpflichtungen finanzieren zu können.

Defizitquote

Überschuss bzw. Defizit der öffentlichen Haushalte bzw. der öffentlichen Verwaltungen (öffentliche Haushalte plus Sozialversicherungen) in % des BIP.

Deflation

Allgemeiner und anhaltender Preisrückgang bzw. Erhöhung des Geldwerts, die in der Regel mit einem Produktionsrückgang einhergeht.

Deflationierung

Vorgang, bei dem für einen Nominalwert der entsprechende Realwert oder preisbereinigte Wert errechnet wird (z.B. Nominal- und Reallöhne, BIP zu laufenden und BIP zu konstanten Preisen).

Demografische Alterung

Steigender Bevölkerungsanteil der älteren Personen und sinkender Anteil der jüngeren Personen, so dass das Medianalter der Bevölkerung (= Alter, welches die Bevölkerung in zwei gleich grosse Gruppen teilt: 50% befinden sich unterhalb und 50% oberhalb dieses Wertes) steigt. Dies tritt bei sinkender Geburtenhäufigkeit, steigender Lebenserwartung in höheren Altersjahren und rückläufigem Wanderungssaldo ein. Umgekehrt führen steigende Geburtenhäufigkeit, sinkende Lebenserwartung und/ oder ansteigendes Wanderungssaldo zu einem demografischen Verjüngungsprozess.

Desinflation

Kontinuierlicher Rückgang der Inflationsrate, wobei die Werte aber positiv bleiben.

Detailhandelsumsatz

Wert aller Warenverkäufe an Endverbraucher (private Haushalte) sowie der Reparaturen für Endverbraucher (private Haushalte), zu Verkaufspreisen, inklusive Mehrwertsteuer, abzüglich jeglicher Preisreduktionen.

Devisen

Devisen umfassen Geldforderungen, die auf fremde Währungen lauten und im Ausland zahlbar sind. Beispiele hierfür sind Sicht- und Terminguthaben auf das Ausland sowie Checks, die auf ausländische Währungen lauten.

Dienstleistungsarten

Der heterogene Dienstleistungssektor (Sektor 3) wird in die folgenden vier Gruppen eingeteilt:

- **Dienstleistungen für Unternehmen:** Firmen in den Bereichen Handelsvermittlung, Grosshandel, Nachrichtenübermittlung, Kreditgewerbe, Versicherungsgewerbe, Immobilienwesen, Vermietung, Informatik, Forschung und Entwicklung.
- **Distributive Dienstleistungen:** Im Wesentlichen das Transportwesen mit den Branchen Landverkehr, Schifffahrt, Luftfahrt und Reisebüros.
- **Persönliche Dienstleistungen:** Gastgewerbe, Detailhandel, Reparaturgewerbe, sonstige persönliche Dienstleistungen (wie Wäschereien, Coiffeurbetriebe, Fitnesszentren).
- **Soziale Dienstleistungen:** Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, Entsorgung, Interessenvertretung, Kultur.

Dienstleistungssektor

Als Dienstleistungssektor wird der dritte Wirtschaftssektor bezeichnet.

Diplommittelschulen

Die Diplommittelschulen erlauben den Besuch einer allgemein bildenden Schule auf post-obligatorischer Stufe für breitere Bevölkerungsschichten. Es ist ein Ausbildungsangebot für all jene Schüler und Schülerinnen, die nicht unbedingt ein Gymnasium besuchen möchten oder können, die aber eine ausreichende Allgemeinbildung erwerben möchten, um eine anspruchsvolle Berufsbildung zu besuchen (im allgemeinen in den Bereichen der Pädagogik, des Gesundheits- oder Sozialwesens, der Verwaltung und der Kunst).

Direktzahlungen (Landwirtschaft)

Beiträge der öffentlichen Hand an Bewirtschafter von bäuerlichen Betrieben zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher (allgemeine Direktzahlungen) und spezieller ökologischer Leistungen (ökologische Direktzahlungen). Zu den allgemeinen Direktzahlungen gehören Flächenbeiträge, Beiträge für Raufutter verzehrende Nutztiere sowie Hangbeiträge und Beiträge für Tierhaltung unter erschwerten Bedingungen für Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen in Hügel und Bergregionen. Die ökologischen Direktzahlungen werden für ökologische Leistungen erbracht, die über den öko-

logischen Leistungsnachweis hinausgehen. Dazu gehören Öko-, Etho-, Öko-Qualitäts-, Sömmerungs- und Gewässerschutzbeiträge.

Doppelzahlungen (öffentliche Finanzen)

Transferzahlungen zwischen den Gemeinwesen.

Durchlaufende Beiträge

Laufende Beiträge, die ein Gemeinwesen von anderen Gemeinwesen zugunsten Dritter erhält und an diese weitergeben muss. Sie werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

E-Commerce

Unter E-Commerce werden hier über das Internet oder andere rechnergestützte Netze (z.B. EDI) abgewickelte Transaktionen verstanden. Waren/ Dienstleistungen werden über solche Netze bestellt; Zahlungen und Lieferung können online oder auf herkömmlichen Wegen erfolgen. (Aufträge durch handgeschriebene E-Mails fallen nicht unter E-Commerce).

E-Government (eGovernment)

Unterstützung der Beziehungen, Prozesse und politischen Partizipation innerhalb der staatlichen Stellen aller Ebenen (Bund/ Kantone/ Gemeinden) sowie zwischen den staatlichen Stellen (Bund - Kantone - Gemeinden) und all ihren Anspruchsgruppen (Bürgerinnen und Bürger/ Unternehmen/ Institutionen) durch die Bereitstellung entsprechender Interaktionsmöglichkeiten mittels elektronischer Medien.

Ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeiten

Siehe „institutionalisierte Freiwilligenarbeit“.

Eigene Beiträge

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

Eigenkapital

Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung. Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für zukünftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.

Eigentübertyp

Die Haus- und Wohnungseigentümer gliedern sich in Privatpersonen, Bau- oder Immobiliengesellschaften, Wohnbaugenossenschaften, deren Mitglieder die Mehrheit der Wohnungen des Gebäudes bewohnen und andere Wohnbaugenossenschaften, Versicherungen, Immobilienfonds, Personalstiftungen, andere Stiftungen, Vereine, Gemeinden, Kantone, Bund und andere (z. B. Aktiengesellschaften).

Einbürgerung, Erleichterte

Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit (inkl. eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts) im erleichterten Verfahren. Die erleichterte Einbürgerung besteht insbesondere für ausländische Ehepartner eines schweizerischen Staatsangehörigen sowie ausländische Kinder mit einem schweizerischen Elternteil.

Einbürgerung, Ordentliche

Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit (inkl. eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts) im ordentlichen Verfahren. Die ordentliche Einbürgerung betrifft in der Regel ausländische Staatsangehörige, welche seit zwölf Jahren (davon drei in den letzten fünf Jahren vor Einreichung des Ge-

suches) in der Schweiz wohnen, wobei die zwischen der Vollendung des 10. und des 20. Lebensjahres in der Schweiz vollbrachten Jahre doppelt gezählt werden.

Einbürgerungsziffer, rohe

Zahl der in einem bestimmten Kalenderjahr das Schweizer Bürgerrecht erwerbenden Personen je 1000 ausländische Aufenthalter und Niedergelassene am Anfang des gleichen Kalenderjahres.

Einfamilienhaus (EFH)

Ein ausschliesslich Wohnzwecken dienendes Gebäude mit einer einzigen Wohnung wird als EFH freistehend bezeichnet. Bei Doppel-, Gruppen- und Reihen-EFH zählt jeder Gebäudeteil als selbstständiges EFH, wenn eine mindestens vom Parterre zum Dach reichende Trennmauer existiert. Gebäude mit Einliegerwohnungen, welche über eine Küche oder Kochnische verfügen, gelten als Mehrfamilienhäuser.

Einfuhr

Siehe „Import“.

Eingebürgerte Schweizer/ Schweizerinnen

Personen, welche die schweizerische Staatsangehörigkeit im Rahmen eines Einbürgerungsverfahrens (durch ordentliche Einbürgerung, erleichterte Einbürgerung oder Wiedereinbürgerung) erworben haben.

Eingetragene Partnerschaft

Gemäss dem Partnerschaftsgesetz (PartG), das am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, ist eine eingetragene Partnerschaft eine privatrechtliche Institution, die Personen gleichen Geschlechts vorbehalten ist und ihnen einen neuen Zivilstand und damit einen eigenen Status verleiht. Die eingetragene Partnerschaft wird mit Ausnahme bestimmter Bereiche (Name, Bürgerrecht, Adoption und fortpflanzungsmedizinische Verfahren) der Ehe gleichgestellt. Sie wird von einem Zivilstandsamt vollzogen und gibt der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft einen gesetzlichen Rahmen. Die beiden Partnerinnen oder Partner können beim Gericht gemeinsam die Auflösung der Partnerschaft beantragen. Zudem kann jeder Partner oder jede Partnerin nach einjähriger Trennung die Auflösung durch Klage verlangen.

Eingewanderte

Alle Personen, unabhängig von ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit, welche nicht in der Schweiz geboren wurden und somit eingewandert sind.

Einnahmen (Beherbergung)

- **Durchschnittliche Einnahmen:** Durchschnittliche Einnahmen pro Person und Nacht.
- **Gesamteinnahmen:** Durchschnittliche Einnahmen pro Person und Nacht mal Anzahl Logiernächte.
- **Einnahmen pro Zimmer:** Einnahmen pro Zimmer in einem Monat: monatliches Einkommen dividiert durch Anzahl Zimmer.

Einwanderung

Zuzug aus dem Ausland, um in einer geografischen Region des Landes (z.B. Kanton, Gemeinde) einen festen oder vorübergehenden Wohnsitz zu nehmen. Personen, welche eine Einwanderung vollziehen, werden als Einwanderer bezeichnet.

Einwanderungsziffer, rohe

Zahl der Einwanderungen in eine bestimmte geografische Region (z.B. Land, Kanton, Gemeinde) in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte der gleichen geografischen Region.

Elementarschäden

Die bei der Gebäudeversicherung eingehenden Schadenfälle werden in Feuer- und Elementarschäden unterteilt. Letztere umfassen zur Hauptsache Schäden, die durch Sturmwind, Hagel, Hochwasser, Lawinen, Erdbeben oder Felssturz verursacht werden.

Emission

Von einer natürlichen oder anthropogen (d.h. von einer menschlichen Tätigkeit) bedingten Quelle abgegebene Luftschadstoffe, Geräusche, Strahlen oder ähnliche Erscheinungen.

Entgelte (öffentliche Finanzen)

Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die das Gemeinwesen für Dritte erbringt, ferner die Ersatzabgaben, die Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.

Entschädigungen an Gemeinwesen

Entschädigung an ein Gemeinwesen (Bund, Kanton, Gemeinden und Gemeindeverbände), das für ein anderes ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des eigenen Gemeinwesens ist.

Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung und zur Invalidenversicherung (EL zur AHV und zur IV)

Ergänzungsleistungen werden auf Gesuch hin ausgerichtet, wenn Renten und übriges Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken können. Die Zahlung entspricht der Differenz zwischen den vom Gesetz anerkannten Ausgaben und den anrechenbaren Einnahmen der betroffenen Person. Von der EL werden auch Ausgaben übernommen, die durch Krankheit oder Behinderung entstehen, jedoch nur wenn die Kosten nicht bereits durch eine Versicherung (Krankenkasse, Unfallversicherung, IV etc.) gedeckt sind. Zudem sind die Vergütungen seitens der EL nach oben begrenzt.

Erneuerbare Energien

Sammelbegriff für Energiequellen, die ohne Rohstoffquellen auskommen und nach menschlichem Zeitmassstab gerechnet unbegrenzt zur Verfügung stehen. Darunter fallen die Nutzung der Wasserkraft, Sonnenenergie, Umweltwärme, Biomasse, Windenergie, erneuerbaren Anteile aus Abfall sowie der Energie aus Abwasserreinigungsanlagen.

Ersparnis (volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Saldo des Einkommensverwendungskontos; bezeichnet den Anteil des verfügbaren Einkommens, der nicht für den letzten Verbrauch verwendet wurde.

Ertragsbilanz

Die Ertragsbilanz ist ein Teil der Zahlungsbilanz. Sie enthält den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, die grenzüberschreitenden Arbeits- und Kapitaleinkommen und die laufenden Übertragungen. Die laufenden Übertragungen sind unentgeltliche Leistungen, die im Gegensatz zu den Vermögensübertragungen nicht den Charakter von Kapitaleinkommen aufweisen. Man bezeichnet die Ertragsbilanz auch als „realen Teil der Zahlungsbilanz“ (im Gegensatz zum finanziellen Teil in der Kapitalverkehrsbilanz).

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts

Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit durch eine Person, welche zuvor Staatsbürger eines anderen Landes oder staatenlos war. Diese Person zählt ab dem Datum, an welchem die Schweizer Staatsangehörigkeit erworben wurde, zu den schweizerischen Staatsangehörigen. Es werden fünf Arten des Erwerbs des Schweizer Bürgerrechts durch ausländische Staatsangehörige unterschieden: (1) Ordentliche Einbürgerung; (2) Erleichterte Einbürgerung; (3) Wiedereinbürgerung;

(4) Feststellung des Schweizer Bürgerrechts; (5) Adoption durch einen Schweizer Bürger bzw. eine Schweizer Bürgerin (für ein unmündiges ausländisches Kind).

Erwerbersersatzordnung (EO)

Personen, die Militärdienst, Zivildienst oder Zivildienst leisten, vergütet die EO einen Teil des Erwerbsausfalls. Für erwerbstätige Personen beträgt die Höhe der Entschädigung seit Juli 1999 65% des vordienstlichen Einkommens (6. EO-Revision). Dazu kommen noch Kinderzulagen, Zulagen für Betreuungskosten und andere Zulagen. Für Rekruten gilt eine Sonderbestimmung. Die EO finanziert sich ausschliesslich über Sozialbeiträge und über Erträge des Ausgleichsfonds. Der Beitragssatz beträgt seit 1995 0,3%. Die Beitragspflicht erstreckt sich auf sämtliche AHV-Beitragspflichtigen und damit auch auf Personen, die keinen Anspruch auf Leistungen der EO haben (Frauen, Ausländer, Behinderte).

Erwerbslose

Als Erwerbslose gelten Personen im Alter von 15-74 Jahren, die

- in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren;
- und die in den vier vorangegangenen Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben;
- und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären.

Erwerbslosenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen (aktive Bevölkerung)

Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die entweder erwerbstätig oder erwerbslos sind.

Erwerbsquote

Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung oder in einer bestimmten Altersklasse. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung heisst auch Bruttoerwerbsquote, während die Nettoerwerbsquote den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bezeichnet.

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während der Referenzwoche

- mindestens eine Stunde gegen Entlohnung gearbeitet haben;
- oder trotz zeitweiliger Abwesenheit von ihrem Arbeitsplatz (wegen Krankheit, Ferien, Mutterschaftsurlaub, Militärdienst usw.) weiterhin eine Arbeitsstelle als Selbständigerwerbende oder Arbeitnehmende hatten;
- oder unentgeltlich im Familienbetrieb mitgearbeitet haben.

Unter diese Definition fallen, unabhängig vom Ort, wo die Tätigkeit ausgeführt wird (im Betrieb, zu Hause [Heimarbeit] oder in einem anderen Privathaushalt), alle Arbeitnehmenden, Selbständigerwerbenden, im eigenen Familienbetrieb mitarbeitenden Familienmitglieder, Lehrlinge, Rekruten, Unteroffiziere und Offiziere, die während der Rekrutenschule bzw. des Abverdienens ihre Arbeitsstelle bzw. ihren Arbeitsvertrag behalten können, Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachgehen und Rentner, die nach der Pensionierung noch erwerbstätig sind. Nicht berücksichtigt werden die Hausarbeit im eigenen Haushalt, unbezahlte Nachbarschaftshilfe und andere ehrenamtliche Tätigkeiten.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung oder einer anderen Referenzbevölkerung.

Euromarkt

Internationaler Markt, auf dem Guthaben und Forderungen in Währungen ausserhalb des Hoheitsgebiets der betreffenden Staaten gehandelt werden (Eurodollars, Eurofranken u. a.). Je nach Fristigkeit der Guthaben und Forderungen unterscheidet man in aufsteigender Reihenfolge den Eurogeldmarkt (maximal 18 Monate Laufzeit), den Eurokreditmarkt (ein bis fünf Jahre Laufzeit) und den Eurokapitalmarkt (fünf bis 15 Jahre).

Export

Zur Ausfuhr resp. Export gehören sämtliche ins Ausland gehenden Handelswaren schweizerischen Ursprungs, nationalisierter Waren und der Eigenveredelungsverkehr.

Externe Kosten (Verkehr)

Von externen Kosten spricht man, wenn sie nicht vom Verursacher, sondern von anderen getragen werden.

Fachhochschule (FH)

Im Rahmen des Schweizerischen Hochschulinformationssystems (SHIS) sind die untenstehenden Fachhochschulen, die Pädagogischen Hochschulen inbegriffen, berücksichtigt.

- **BFH** Berner Fachhochschule
- **HES-SO** Haute école spécialisée de la Suisse occidentale/ Haute école spécialisée Santé-Social de Suisse romande
- **FHNW** Fachhochschule Nordwestschweiz
- **FHZ** Fachhochschule Zentralschweiz
- **SUPSI** Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana
- **FHO** Fachhochschule Ostschweiz
- **ZFH** Zürcher Fachhochschule
- **KAL** FH Kalaidos Fachhochschule
- **Andere PH-I** Andere Pädagogische Hochschulen (nicht integriert) und Institutionen der Lehrkräfteausbildung

Fahrleistung

Von Fahrzeugen gefahrene Kilometer, bezogen auf eine Zeitspanne.

Fahrzeugkilometer

Masseinheit der Fahrleistung, die einem zurückgelegten Kilometer eines Fahrzeuges entspricht.

Faktoreinkommen (Landwirtschaft)

In der Landwirtschaft stellt das Faktoreinkommen die Gesamtheit des Wertes dar, den der Agrarsektor erwirtschaftet hat, und misst somit die Entlohnung aller Produktionsfaktoren (Boden, Kapital und Arbeit). Es wird auch Nettowertschöpfung zu Faktorkosten bezeichnet, die definiert ist als Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen (Produktionswert zu Herstellungskosten abzüglich Vorleistungen abzüglich Abschreibungen) abzüglich der sonstigen Produktionsabgaben und zuzüglich der sonstigen Subventionen. Da der Produktionswert zu Herstellungspreisen und die Vorleistungen zu Anschaffungspreisen bewertet werden, enthält die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen bereits die Gütersubventionen abzüglich der Gütersteuern.

Familie

Eine Gruppe von mindestens zwei Personen aus verschiedenen Generationen, die in der Regel zusammen wohnen und durch Geburt, Heirat oder Adoption miteinander verwandt sind.

Familie (im Rahmen der Bevölkerungsstatistik)

Die Analysen nach der Familienstruktur im Rahmen der kantonalen Bevölkerungsstatistik basieren auf der von den Einwohnerkontrollen geführten Familien-Identifikationsnummer. Konkubi-

natspartner sowie Jugendliche über 18 Jahren werden dabei in der Regel als Einzelpersonen gezählt.

Familienhaushalt

Haushalt mit mindestens einem Familienkern, welcher aus einem (verheirateten oder unverheirateten) Paar mit oder ohne Kind(er), einem Elternteil mit Kind(ern) oder einer erwachsenen Person mit ihren Eltern oder einem Elternteil bestehen kann.

Familienzulagen (FZ)

Die Ausrichtung von Familienzulagen bezweckt einen teilweisen Ausgleich der Familienlasten. Es wird unterschieden zwischen Kinder-, Ausbildungs-, Geburts- und Adoptionszulagen.

F+E-Beiträge

Finanzielle Mittel, die zur Förderung von Forschungsaktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Sie stehen meist nicht im direkten Interesse des Beitraggebers und werden zugesprochen oder verfügt. Die Verwendung der Mittel durch den Beitragsempfänger ist mehr oder weniger festgelegt. Im Gegensatz zum Auftrag kann der Beitraggeber den Verlauf der einzelnen F+E-Projekte in der Regel nicht mehr beeinflussen.

Fertigwarenlager (Index)

Die Indizes der Fertigwarenlager zeigen die Entwicklung der Lagerbestände, bewertet zu Verkaufspreisen, am Ende des Berichtsquartals auf. Sie runden die Grundlagen zur Analyse der konjunkturellen Entwicklung ab, indem sie die Produktions- und Umsatzindizes in folgende Beziehung setzen: Umsatz = Produktion + Lagerabbau, bzw. Umsatz = Produktion – Lageraufstockung.

FH-Diplom

Das FH-Diplom wird an Personen vergeben, welche die Schlussprüfungen am Ende des Studiums in einem offiziell anerkannten Studiengang erfolgreich absolviert haben.

Finanzierungsfehlbetrag

Die nach Abzug der Selbstfinanzierung nicht gedeckten Nettoinvestitionen (= Fremdkapitalbedarf).

Finanzierungsstiftung (berufliche Vorsorge)

Sie dient in der Regel zur Finanzierung einer anderen Vorsorgeeinrichtung. Sie kann aber im Falle einer vorzeitigen Pensionierung auch sogenannte Überbrückungsrenten ausrichten.

Finanzierungsüberschuss

Für Verwaltungsinvestitionen nicht benötigte Mittel der Rechnungsperiode, die zum Beispiel für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können.

Finanzinstitute

Sektor derjenigen institutionellen Einheiten, welche in ihrer Hauptfunktion finanzieren - d.h. finanzielle Mittel ansammeln, umwandeln und verteilen - und deren Finanzierungsquellen aus Kreditaufnahmen stammen (Einlagen, Kassenobligationen, Obligationen).

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist sämtliche Ausgaben und Einnahmen und damit alle Zahlungsvorgänge eines Rechnungsjahres aus, die sich unmittelbar aus der Aufgabenerfüllung ergeben.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräußert werden können.

Forschung und Entwicklung (F+E)

Systematische schöpferische Arbeit mit dem Zweck der Erweiterung des Kenntnisstandes, einschliesslich Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft, sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Fossile Energieträger

Alle Primärträger, welche aus organischen Stoffen im Boden entstanden sind (Erdöl, Erdgas, allerlei Kohlenwasserstoffe, Kohle usw.)

Freiwilligenarbeit

Oberbegriff für „institutionalisierte Freiwilligenarbeit“ und „Informelle Freiwilligenarbeit“ (siehe die betreffenden Definitionen).

Freizügigkeitsgesetz (FZG)

Das Freizügigkeitsgesetz (FZG) ist seit dem 1. Januar 1995 in Kraft. Es regelt im Rahmen der beruflichen Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenvorsorge die Ansprüche der Versicherten im Freizügigkeitsfall.

Freizügigkeitsleistung (berufliche Vorsorge)

Summe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge, welche beim Stellenwechsel an die neue Vorsorgeeinrichtung überwiesen wird. Dazu gehören ebenfalls die Freizügigkeitskonti und -policen bei den Banken bzw. den Versicherungsgesellschaften.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus öffentlichen Schulden, Rückstellungen, transitorischen Passiven, verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen.

Führerausweisentzüge

In der Schweiz ist der Führerausweisentzug im Gegensatz zu gewissen anderen Ländern (z.B. Deutschland, Frankreich, Italien) keine strafrechtliche Sanktion, sondern eine reine Verwaltungsmassnahme. Strafgerichte sind nicht befugt, einen Führerausweisentzug anzuordnen. Infolgedessen finden sich die Informationen zu diesen Massnahmen nicht im Strafregister, sondern im Register für Administrativmassnahmen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA).

Funktionale Gliederung

Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben gemäss harmonisiertem Rechnungsmodell.

Gebäude

Ein freistehendes oder durch Brandmauern von einem anderen getrenntes Bauwerk, das industriell, gewerblich, landwirtschaftlich oder zum Wohnen genutzt wird. Bei Doppel-, Gruppen- und Reihenhäusern zählt jedes einzelne Bauwerk, welches vom anderen durch eine mindestens vom Erdgeschoss bis zum Dach reichende Trennmauer geschieden ist, als selbständiges Gebäude. Ein selbständiges Gebäude umfasst neben dem Haupttrakt auch die mit ihm verbundenen angrenzenden Anbauten und Nebengebäude, die sich auf demselben Grundstück befinden.

Gebäudeareal

Umfasst gemäss Arealstatistik die Gebäudegrundflächen und den zugehörigen Umschwung.

Gebietsansässig, gebietsfremd

Kriterium ist, ob eine Einheit einen Interessenschwerpunkt im Wirtschaftsgebiet des betrachteten Landes hat oder nicht. Ein Interessenschwerpunkt liegt vor, wenn die Einheit im Wirtschaftsgebiet während mindestens eines Jahres Transaktionen durchführt.

Geburtenüberschuss

Differenz zwischen der Anzahl der Lebendgeburten und der Anzahl der Todesfälle in einem bestimmten Zeitintervall, normalerweise einem Kalenderjahr. Der Geburtenüberschuss ist negativ, wenn die Anzahl der Todesfälle die Anzahl der Lebendgeburten übersteigt (in diesem Fall spricht man auch von einem Geburtendefizit resp. Sterbeüberschuss).

Geburtenüberschussziffer

Geburtenüberschuss in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte. Die Geburtenüberschussziffer kann einen positiven oder einen negativen Wert haben.

Geburtenziffer, rohe

Zahl der Lebendgeburten in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Geburtenziffer, Zusammengefasste (ZGZ)

Durchschnittliche Anzahl Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens zur Welt bringen würde, wenn die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Kalenderjahres bis zum Ende des Gebärfähigkeitsalters der Frau konstant blieben. Diese Kennziffer ist ein Periodenmass. Je nach Zivilstand der Frau zum Zeitpunkt der Geburt wird unterschieden zwischen: (1) zusammengefasster ehelicher Geburtenziffer (verheiratete Frauen); (2) zusammengefasster nicht ehelicher Geburtenziffer (unverheiratete Frauen).

Geburtsjahrgang

Gruppe von Personen, die alle im gleichen Kalenderjahr geboren wurden.

Geburtsort

Staat, in welchem eine Person geboren wurde. Dieses demografische Merkmal erlaubt insbesondere die in der Schweiz geborenen Personen von den eingewanderten Personen zu unterscheiden.

Gefängnisstrafe (Strafsanktion)

Die Gefängnisstrafe ist eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Tagen und höchstens drei Jahren Dauer, sofern es das Gesetz nicht ausdrücklich anders bestimmt (Art. 36 StGB).

Geldmarkt

Der Geldmarkt ist der Markt für die Aufnahme und Anlage von kurzfristigen Geldern. Als kurzfristig gelten im wesentlichen Gelder mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Neben der Zentralbank und den Geschäftsbanken, die sich gegenseitig Zentralbankgeld zur Verfügung stellen, treten als Akteure auch öffentliche und private Nichtbanken auf dem Geldmarkt auf.

Geldmenge

Die Geldaggregate M1, M2 und M3 dienen dazu, die Entwicklung des vom Bankensystem im Zusammenspiel mit der Notenbank geschaffenen Geldes abzubilden. Die Abgrenzung trägt der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel und als Wertaufbewahrungsmittel Rechnung. Man unterscheidet die Geldmengen:

- **M1** bzw. **Publikumsgeld**: Geld im Besitz von privaten Haushalten und Unternehmen (Bargeld und Sichteinlagen auf Bank- und Postscheckkonten). Dient letztlich als Zahlungsmittel auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten.
- **M2**: Geldmenge M1 plus Spareinlagen ohne die gebundenen Vorsorgegelder. Letztere stehen unter sehr restriktiven Auszahlungsbedingungen, so dass sie kein eigentliches Substitut für Zahlungsmittel darstellen.

- **M3:** Geldmenge M2 und die Termineinlagen. Die Termineinlagen weisen eine geringere Liquidität auf als die Spareinlagen, deren Gelder bis zu einer bestimmten Limite jederzeit verzugslos zurückgezogen werden können.

Gemeindezuschüsse

Beiträge für eigene in der Verwaltungsrechnung der Gemeinde integrierte Anstalten. Sie haben den Charakter einer Spezialfinanzierung bzw. einer internen Verrechnung und werden als solche behandelt.

Gemeinnützige Arbeit (GA)

Eine gemeinnützige Arbeit von höchstens 720 Stunden kann an Stelle einer Freiheitsstrafe von weniger als sechs Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen angeordnet werden. Die gemeinnützige Arbeit ist zu Gunsten sozialer Einrichtungen, Werken in öffentlichem Interesse oder hilfsbedürftiger Personen zu leisten. Sie ist unentgeltlich (Art. 37-39 StGB).

Gesamtarbeitsvertrag

Ein zwischen einem oder mehreren Arbeitgebervertretern (Verbände oder Unternehmen) und einem oder mehreren Vertretern der Arbeitnehmenden (Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände) abgeschlossener Vertrag zur vollständigen oder partiellen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie des Verhältnisses zwischen den Vertragsparteien.

Gesamtquotient (Altersstruktur)

Verhältnis der 0- bis 19-Jährigen und 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. Verhältnis der Anzahl der Personen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich inaktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Gesamtverkehr

Öffentlicher und privater Verkehr aller Verkehrsträger.

Gesamtwirtschaft

Gesamtheit aller gebietsansässigen Einheiten im Wirtschaftsgebiet eines Landes.

Gesamtwohnungsbestand, approximativ

Zu seiner Berechnung wird zum Bestand an Wohnungen mit Küche oder Kochnische aus der letzten Gebäude- und Wohnungserhebung der Reinzugang an Wohnungen für die jeweiligen Jahre addiert. Der Reinzugang wird aufgrund von Ergebnissen aus der Bau- und Wohnbaustatistik ermittelt. Diese erfasst neben der Anzahl der neuerstellten auch jene der abgebrochenen bzw. umgebauten Wohnungen.

Geschlechterverhältnis

Zahl der männlichen Personen je 100 weibliche Personen in einer Bevölkerung. Ein Wert von unter 100 zeigt einen Frauenüberschuss an, bei über 100 liegt ein Männerüberschuss vor.

Gewinn- bzw. Einkommenssteuer

Auf dem Gewinn bzw. auf dem Einkommen zu entrichtende ganze Jahressteuer.

GIS

Ein geografisches Informations-System (GIS) ist ein computergestütztes System zur Erfassung, Verarbeitung, Analyse und Präsentation von raumbezogenen Daten.

Grenzgänger (Ausweis G)

Ausländische Staatsangehörige, die ihren ständigen Wohnsitz in einer ausländischen Grenzzone haben und innerhalb der Grenzzonen der Schweiz erwerbstätig sind.

Grossbanken

Bis 1989 wurden in der Schweiz folgende fünf Institute zur Gruppe der Grossbanken gerechnet: Schweizerische Bankgesellschaft (heute UBS), Schweizerischer Bankverein (heute zusammen mit UBS), Schweizerische Kreditanstalt (heute Credit Suisse First Boston), Schweizerische Volksbank (heute zusammen mit Credit Suisse) und Bank Leu AG. Auf Ende 1990 wurde die Bank Leu AG der Gruppe Handelsbanken zugeordnet. Als Folge der Fusionen existieren mit UBS und Credit Suisse heute nur noch zwei Grossbanken in der Schweiz.

Grössenklassen der Unternehmen

Folgende Grössenklassen wurden für die Klassifikation der Unternehmen verwendet (Abgrenzungskriterium ist die Zahl der Vollzeitstellen) resp. Kleinunternehmen:

- 0-4 Vollzeitstellen = Mikrounternehmen;
- 5-49 Vollzeitstellen = Kleinunternehmen;
- 50-249 Vollzeitstellen = Mittelunternehmen;
- 250 und mehr Vollzeitstellen = Grossunternehmen.

Grossregionen

- Genferseeregion: Genf, Wallis, Waadt;
- Espace Mittelland: Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg, Solothurn;
- Nordwestschweiz: Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt;
- Zürich: Zürich;
- Ostschweiz: Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau;
- Zentralschweiz: Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri, Zug;
- Tessin: Tessin.

Grundbuch

Über die Rechte an Grundstücken wird ein Grundbuch geführt. Es werden zu jedem Grundstück das Eigentum, die Dienstbarkeiten und Grundlasten, die mit dem Grundstück verbunden sind oder die darauf ruhen, sowie die Pfandrechte, mit denen es belastet ist, eingetragen.

Grundpfandrechte

Das Grundpfand wird bestellt als Grundpfandverschreibung, als Schuldbrief oder als Gült. Ein Grundpfand wird nur auf Grundstücke errichtet, die in das Grundbuch aufgenommen sind.

Gruppenunterkünfte

Diese Beherbergungsform umfasst Übernachtungsmöglichkeiten wie Touristen- und Massenlager, Vereins- und Klubhäuser, Berg- und Schutzhütten.

Güter nach Verwendungsart (Index)

Die Indizes im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) werden auf der 3. Stufe der Systematik der Wirtschaftszweige (NOGA) den vier Verwendungstypen Vorleistungs-, Investitions-, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter zugeordnet und zu Globalindizes aggregiert.

Gütersteuern

Gütersteuern sind Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware zu entrichten sind. Sie können entweder als ein bestimmter Geldbetrag pro Mengeneinheit einer Ware oder wertbezogen festgesetzt werden.

Gütersubventionen

Gütersubventionen sind Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung geleistet werden.

Gymnasiale Maturitätsquote

Anzahl der in einem bestimmten Jahr erteilten gymnasialen Maturitätszeugnisse in Prozent der theoretisch gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung.

Haftstrafe (Strafe/ Sanktion)

Die Haftstrafe ist eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Tag und höchstens drei Monaten Dauer (Art. 39).

Handänderungsart

Unterschieden wird zwischen Kauf, Erbgang, Zwangsverwertung, Abtretung, Schenkung, Enteignung und Tausch.

Handelsbilanz

Die Differenz zwischen Ein- und Ausfuhren bildet den Saldo der Handelsbilanz. Ein Handelsbilanzdefizit liegt vor, wenn die Einfuhren höher sind als die Ausfuhren. Anderenfalls resultiert ein Exportüberschuss oder Aktivum.

Härteausgleich

Der Härteausgleich stellt sicher, dass kein ressourcenschwacher Kanton durch den Übergang zum Neuen Finanzausgleich (NFA) finanziell schlechter gestellt wird als bisher. Er ist auf maximal 28 Jahre befristet und wird ab dem neunten Jahre nach Inkrafttreten des NFA jährlich um fünf Prozent abgebaut. Er wird zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Kantonen finanziert.

Hauptbereiche (Arealstatistik)

Die in der Arealstatistik erfassten Informationen zur Bodennutzung und Bodenbedeckung sind in vier Hauptbereiche eingeteilt: Siedlungsflächen, Landwirtschaftsflächen, bestockte und unproduktive Flächen.

Haupterwerbsbetrieb in der Landwirtschaft

Als Haupterwerbsbetrieb gilt, wenn die Erwerbstätigkeit der Betriebsleitung auf dem landwirtschaftlichen Betrieb den grösseren Teil ihrer jährlichen Arbeitszeit ausmacht. Im Zweifelsfall ist es jene Tätigkeit, die das grössere Einkommen abwirft.

Hauptsanktion

Die Gerichte können unterschiedliche Arten von Sanktionen aussprechen: Busse, bedingte oder unbedingte Freiheitsstrafen sowie Massnahmen. Da für ein Urteil mehrere Sanktionen ausgesprochen werden können, hat das BFS eine neue Variable gebildet: die «Hauptsanktion»:

- Busse als Hauptstrafe: Es werden nur die Verurteilungen berücksichtigt, deren Strafe ausschliesslich in einer Busse besteht.
- Bedingte Freiheitsstrafen: Alle bedingten Freiheitsstrafen (mit oder ohne Busse).
- Unbedingte Freiheitsstrafen: Alle unbedingten Freiheitsstrafen (mit oder ohne Busse), ausser wenn der Vollzug der Strafe wegen einer Massnahme aufgeschoben wird.
- Massnahme als Hauptstrafe: Total der ambulanten oder stationären strafrechtlichen Massnahmen mit Aufschub des Strafvollzugs. Die Massnahmen ohne Aufschub werden unter den unbedingten Freiheitsstrafen verbucht.

Hauptsprache

Siehe „Muttersprache“.

Haus- und Familienarbeit

Unbezahlte Arbeiten innerhalb des eigenen Haushalts wie Zubereiten von Mahlzeiten, Abwaschen, Putzen, Einkaufen, Waschen, handwerkliche Tätigkeiten, Tier- und Pflanzenpflege, administrative Arbeiten für den Haushalt, Kinderbetreuung und Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener im Haushalt.

Haushalt(typ)

Eine Gruppe von Personen (unabhängig davon, ob sie miteinander verwandt sind oder nicht), die in der Regel zusammen wohnen, d.h. eine gemeinsame Wohnung teilen. Die Haushalte werden unterschieden nach Privat- und nach Kollektivhaushalten (Heime, Spitäler, Gefängnisse, Internate usw.).

Privathaushalte sind entweder Einpersonen- oder Mehrpersonenhaushalte. Die Mehrpersonenhaushalte werden wiederum unterteilt in Familienhaushalte und Nichtfamilienhaushalte. Familienhaushalte sind Privathaushalte mit mindestens einem Familienkern. Als Familienkern gilt ein Vorstands(-Ehe-)Paar (mit oder ohne Kinder), ein Vorstand (ohne Partner) mit Kind(ern) oder ein solcher mit Eltern (bzw. einem Elternteil). Bei den Paarhaushalten wird zwischen Ehepaaren und Konsensualpaaren unterschieden. Konsensualpaare bestehen aus nicht miteinander verheirateten Personen, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben.

Heiratsziffer (geschlechts- und altersspezifisch)

Zahl der in einem bestimmten Kalenderjahr heiratenden Männer und Frauen eines bestimmten Alters je 1000 Personen des gleichen Alters und Geschlechts der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Heiratsziffer, rohe

Zahl der Heiraten in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Herkunft

Unterschieden wird nach Schweizer/in und Ausländer/in (früher als „Heimat“ bezeichnet).

Herkunftsland der Gäste

Land des ständigen Wohnsitzes der Gäste. Inländische Gäste sind Gäste mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz (Binnentourismus), ausländische solche mit ständigem Wohnsitz im Ausland (Einreiseverkehr).

Hilflosenentschädigungen

Versicherte, die für alltägliche Lebensverrichtungen dauernd auf Hilfe Dritter angewiesen sind oder der persönlichen Überwachung bedürfen, haben unter bestimmten Bedingungen Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung. Die Höhe der Entschädigung ist ausschliesslich vom Hilflosigkeitsgrad abhängig.

Hinterlassenenrenten

Witwen-, Witwer- und Waisenrenten nach dem Tod des Ehepartners bzw. eines Elternteils.

Hochbau

Hochbauten sind Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z.B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind, z.B. Zivilschutzanlagen.

Hochschulen

siehe „universitäre Hochschulen“, „Fachhochschulen“.

Höhere Berufsbildung

Die Ausbildung auf der Tertiärstufe setzt eine abgeschlossene, mehrjährige Berufsbildung auf der Sekundarstufe II voraus. Die Ausbildungsgänge sind berufsorientiert, umfassen mehrere Fächer und dauern mindestens ein Jahr. Inhaberinnen und Inhaber eines Diploms anerkannter Höherer Fachschulen (HFS) sollen befähigt werden, Fach- und Führungsverantwortung auf mittlerer Kadernstufe zu übernehmen. Die Ausbildungen weisen einen starken Praxisbezug auf.

Horizontaler Finanzausgleich (innerkantonal)

Beitrag der finanzstärkeren Gemeinden an den Ressourcenausgleich (Mindestausstattung).

Hotel- und Kurbetriebe

- **Hotelbetriebe:** Hotels, Pensionen, Gasthäuser, Motels.
- **Kurbetriebe:** Kurhäuser mit ärztlicher Leitung oder Betreuung, alpine Heilstätten, Höhenkliniken, Rheumakliniken, Volksheilbäder.
- **Erfasste Betriebe:** Gesamtzahl der in der betreffenden Periode geöffneten und der vorübergehend geschlossenen Betriebe.
- **Geöffnete Betriebe:** Gesamtzahl der in der betreffenden Periode geöffneten Betriebe.
- **Vorhandene Gästezimmer:** Gesamtzahl der in den erfassten Betrieben vorhandenen Gästezimmer, ohne für den längerfristigen Eigengebrauch benutzte Gästezimmer.
- **Verfügbare Gästezimmer:** Zimmerangebot der geöffneten Betriebe unter Berücksichtigung der Tage, an denen die Betriebe während der entsprechenden Periode geöffnet waren; ausgeschlossen sind Zimmer, welche aus Gründen wie kurzfristiger Eigengebrauch oder Unterhaltsarbeiten nicht zur Verfügung standen.
- **Vorhandene Gastbetten:** Gesamtzahl der in geöffneten oder vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Gastbetten, ohne Not- oder Reservebetten oder für den längerfristigen Eigengebrauch benutzte Gastbetten.
- **Verfügbare Gastbetten:** Bettenangebot der geöffneten Betriebe unter Berücksichtigung der Tage, an denen sie während der entsprechenden Periode geöffnet waren; ausgeschlossen sind Betten, welche aus Gründen wie kurzfristiger Eigengebrauch oder Unterhaltsarbeiten nicht zur Verfügung standen.

IKT

Informations- und Kommunikationstechnologien.

IKT-Sektor

Der IKT-Sektor umfasst Tätigkeiten, die Waren und Dienstleistungen produzieren, welche die Digitalisierung der Wirtschaft, d.h. die Umwandlung der verwendeten Informationen in Digitalinformationen erlauben. Digitalinformationen können besser manipuliert, kommuniziert, gespeichert, ersetzt usw. werden.

Immission

Einwirkung von Schadstoffen, Schall oder Strahlung (Emissionen) auf Mensch und Umwelt.

Import

Die Einfuhr umfasst alle beim Eingang verzollten sowie alle zollfrei zugelassenen Waren im Handelsverkehr. Als Einfuhrregion gilt der Standort des Importeurs.

Importpreise

Preise für Importprodukte ab Zoll.

Index

Unter einem Index werden mehrere inhaltlich zusammengehörende Aufgaben oder Fragen (Items) zusammengefasst und als ein Wert ausgewiesen.

Industrieller Sektor

Als industrieller Sektor wird der zweite Wirtschaftssektor bezeichnet.

Inflation

Allgemeiner und kontinuierlicher Preisanstieg, oder anders ausgedrückt anhaltender Geldwertverlust. Es gibt zahlreiche Berechnungsmethoden für die Inflation. Meist wird die Inflation an der Erhöhung (ausgedrückt in Prozenten) des Jahresdurchschnittswerts des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) gemessen.

Informelle Freiwilligenarbeit

Unbezahlte Hilfeleistungen aus persönlicher Initiative für Personen, die nicht im selben Haushalt leben. Z. B. Nachbarschaftshilfe, verwandte oder bekannte Kinder hüten, Dienstleistungen für andere Haushalte wie Hausarbeiten, Transportdienste, Gartenarbeiten usw.

Initiative

Siehe Volksabstimmungen.

Inlandkonzept

Das Inlandkonzept umfasst die innerhalb des schweizerischen Wirtschaftsgebietes geleistete produktive Tätigkeit, unabhängig davon, ob sie von der Wohnbevölkerung oder von im Ausland wohnhaften Personen geleistet wird. Dieses Konzept kann z.B. zur Abgrenzung der erwerbstätigen Bevölkerung, der Beschäftigten und der Arbeitsstunden benutzt werden. Unter die produktive Tätigkeit gemäss dem Inlandkonzept fällt damit die auf dem Schweizer Wirtschaftsgebiet geleistete Tätigkeit folgender Personengruppen: Schweizer/ Schweizerinnen, niedergelassene Ausländer/ Ausländerinnen, Aufenthalter/ Aufenthalterinnen einschliesslich anerkannter Flüchtlinge, Grenzgänger/ Grenzgängerinnen, Saisoniers (seit dem 1. Juni 2002 wird diese Bewilligung nicht mehr erteilt), Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen, EU-/EFTA-Staatsangehörige, die während maximal 90 Tagen pro Kalenderjahr einer unselbständigen Erwerbstätigkeit bei einem Schweizer Arbeitgeber nachgehen, Personen im Asylprozess und Personal der Schweizer Botschaften und Konsulate im Ausland sowie Personal der Schweizer Hochseeflotte. Die Erwerbsarbeit der Angestellten von ausländischen Botschaften und Konsulaten, der internationalen Funktionäre/ Funktionärinnen in der Schweiz sowie der in der Schweiz wohnhaften und im Ausland arbeitenden Grenzgänger/ Grenzgängerinnen ist hingegen im Inlandkonzept nicht inbegriffen.

Innovation

Innovation ist ein Prozess, in dessen Verlauf ein leistungsfähigeres Produkt oder eine deutlich verbesserte Produktionsmethode entwickelt wird. Innovation kann Verbesserungen im Bereich des Materials, der Humanressourcen oder der Arbeitsmethoden bewirken; sie kann einen einzelnen oder mehrere dieser Bereiche gleichzeitig betreffen.

Institutionalisierte Freiwilligenarbeit

Unbezahlte Tätigkeiten für eine Organisation, einen Verein oder eine öffentliche Institution. Z.B. sportlich-kulturelle Vereine, Interessenvereinigungen, kirchliche Institutionen, sozial-karitative Organisationen, Parteien oder politische Ämter sowie öffentliche Dienste. Sitzungsgelder, Spesenvergütungen oder symbolische Beiträge gelten nicht als Bezahlung.

Institutionelle Einheit

Eine gebietsansässige Einheit gilt als institutionell, falls sie ein vollständiges Finanz- und Rechnungswesen besitzt und über Entscheidungsfreiheit in ihrer Hauptfunktion (z.B. Produktion oder Verbrauch) verfügt.

Institutionelle Einheit (Industrie und Dienstleistungen)

Kleinste juristisch selbständige Einheit. Eine institutionelle Einheit kann aus einer oder mehreren Arbeitsstätten bestehen. Die wichtigste Form der institutionellen Einheit ist das marktwirtschaftliche Unternehmen. Ein marktwirtschaftliches Unternehmen kann sowohl privatrechtlicher wie auch öffentlichrechtlicher Natur sein. Zu den institutionellen Einheiten gehören ferner: die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und im Bereich der öffentlichen Verwaltung die Verwaltungseinheiten.

Institutioneller Sektor

Gruppe institutioneller Einheiten mit ähnlichem wirtschaftlichem Verhalten. Dieses wird meistens anhand der Hauptfunktion bestimmt.

Internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige (EDA-Ausweis)

In der Schweiz wohnhafte ausländische Staatsangehörige, welche bei diplomatischen Missionen, konsularischen Posten oder internationalen Organisationen in der Schweiz arbeiten, sowie deren Familienangehörige und Hauspersonal. Beamte und Beamtinnen ausländischer Verwaltungen (Bahn, Post, Zoll) mit Dienst- und Wohnort in der Schweiz werden ebenfalls dazugezählt.

Internationale Wanderungen

Internationale Wanderungen sind räumliche Bewegungen von Personen, welche ihren Wohnsitz von einem Land in ein anderes Land verlegen. Man unterscheidet zwischen den Einwanderungen (Bezugsland ist das Land, in dem sich die Person niederlässt) und den Auswanderungen (Bezugsland ist das Land, welches die Person verlässt). Die Differenz zwischen den Ein- und Auswanderungen wird als Wanderungssaldo bezeichnet.

Interne Verrechnungen

Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen desselben Rechnungskreises. Sie werden bei der Berechnung des konsolidierten laufenden Gesamtaufwandes bzw. -ertrages eliminiert. Bei der Betrachtung nach Aufgaben (Funktionen) werden die internen Verrechnungen hingegen berücksichtigt. Intern verrechnete Gutschriften werden dabei als Aufwandminderung und nicht als Ertrag behandelt, das heisst, sie werden einerseits vom Aufwand der jeweiligen die Gutschrift empfangenden Funktion abgezogen, andererseits beim Ertrag ausser Acht gelassen.

Invalidenversicherung (IV)

Die IV wurde 1960 als obligatorische Versicherung für die gesamte Bevölkerung eingeführt. Den Bezügerkreis bilden Personen, die aufgrund von Geburtsgebrechen, Krankheit oder Unfall behindert sind. Hauptzweck der IV ist die (Wieder-) Eingliederung ins Erwerbsleben oder in einen der Erwerbstätigkeit gleichgestellten Aufgabenbereich (z.B. Haushalt, Ausbildung), was durch medizinische und berufliche Eingliederungsmassnahmen, Sonderschulung und Hilfsmittel gefördert wird. Gleichzeitig soll mit den IV-Renten die Existenz von behinderten Personen gesichert werden, die teilweise oder gänzlich erwerbsunfähig sind. Abgedeckt sind die Risiken körperlicher, geistiger und psychischer Gesundheitsschäden. Finanziert wird die IV einerseits mit Beiträgen der Versicherten und der Arbeitgeber und andererseits mit Beiträgen der öffentlichen Hand. Der Beitragssatz liegt seit 1995 bei 1,4% (1988-1994: 1,2%) und wird je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen. Die jährlichen Ausgaben werden zur Hälfte von der öffentlichen Hand finanziert, wobei der Bund die Hauptlast trägt.

Investitionsausgaben und –einnahmen

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung sowie Verbesserung dauerhafter Vermögenswerte. Unter den Investitionsbegriff fallen auch die einmaligen Beiträge an Investitionen Dritter sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter zur Finanzierung der Investitionsausgaben.

Investitionsbeiträge

Aktivierete Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Jede Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen gilt als Investition und ist Gegenstand der Investitionsrechnung.

Item

Unter Item ist die Aufgabe oder die Frage zu verstehen, die von den Befragten beantwortet werden soll.

Jugendquotient

Verhältnis der 0- bis 19-Jährigen zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. Verhältnis der Anzahl junger Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich noch nicht aktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Jugendstrafurteile

Die auf Grundlage der Strafbestimmungen des StGB und einzelner Bundesnebensgesetze durch Jugendanwaltschaften und -gerichte sowie durch Schulpflegen oder Präfektoren gefällten Rechtsentscheide, welche eine Sanktionierung zur Folge haben (eingeschlossen sind auch der Aufschub des Entscheids oder das Absehen von Strafe). Einzelne Jugendanwaltschaften sprechen nicht von Strafurteilen, sondern von Verfügungen.

Kantonalbanken

Banken im Sinne des Bankengesetzes (Art. 3a), die durch kantonalen gesetzlichen Erlass errichtet wurden, für deren Verbindlichkeiten der Kanton haftet. Ebenso die durch kantonalen gesetzlichen Erlass vor 1883 errichteten Banken in den Kantonen Genf und Waadt, für deren Verbindlichkeiten der Kanton zwar keine Haftung übernimmt, die aber unter Mitwirkung der kantonalen Behörden verwaltet werden.

Traditionelle Geschäftsbereiche der Kantonalbanken liegen im Retail Banking und im Bankgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen im Kantonsgebiet – besonders wichtig ist dabei das Hypothekar- und Spareinlagengeschäft. In jüngerer Zeit wurden die Tätigkeitsfelder der Kantonalbanken vermehrt auf die Vermögensverwaltung und teilweise in das Investmentbanking ausgedehnt.

Kantonales Volkseinkommen

Die kantonalen Volkseinkommen setzen sich zusammen aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte, dem Einkommen der Kapitalgesellschaften (Nettobetriebsüberschuss und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) sowie dem Einkommen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen). Die Einkommen der Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) werden dem Wohnsitzkanton ihres Eigentümers oder demjenigen Kanton zugeteilt, in welchem sich der Hauptsitz des betreffenden Unternehmens befindet (Inländerkonzept).

Kapital- bzw. Vermögenssteuer

Auf dem Kapital bzw. Vermögen zu entrichtende ganze Jahressteuer.

Kapitaldeckungsverfahren

Die berufliche Altersvorsorge basiert auf dem Kapitaldeckungsverfahren, d.h. das für die Leistungen erforderliche Kapital wird für jeden Versicherten während der Erwerbstätigkeit angespart. Die Höhe der Altersleistung ist somit erst am Ende des Sparprozesses bekannt.

Kapitaldienst

Passivzinsen, zuzüglich der ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen, abzüglich der Nettovermögenserträge.

Kapitalgesellschaft

Kapitalgesellschaften stellen eine juristische Person mit eigener Rechtspersönlichkeit dar. Zu den reinen Kapitalgesellschaften gehören in der Schweiz die Aktiengesellschaft (AG) und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Im Gegensatz zu Personengesellschaften haften die Gesellschafter nicht persönlich, sondern nur mit ihrer Einlage, und sie müssen nicht zwangsläufig in der Geschäftsführung tätig sein.

Kapitalintensität

Die Kapitalintensität entspricht dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Werte über 1 bedeuten, dass eine Volkswirtschaft in ihrem Produktionsprozess mehr Kapital als Arbeit verwendet. Man spricht in diesem Fall von einer kapitalintensiven Wirtschaft. Die Kapitalintensität drückt den Kapitaleistungsbetrag pro geleistete Arbeitsstunde aus.

Kapitalmarkt

Der Kapitalmarkt ist - analog zum Geldmarkt - der Markt für die Aufnahme und Anlage von mittel- bis langfristigen Mitteln. Die Überlassungsdauer beträgt bei mittelfristigem Kapital in der Regel ein bis vier Jahre und bei langfristigem Kapital fünf und mehr Jahre. In diesem Zusammenhang zu unterscheiden sind der Obligationen- oder Anleihenmarkt, auf dem Schuldverschreibungen (Obligationen) begeben und gehandelt werden, und der Aktienmarkt für Dividendenpapiere (Aktien).

Kapitalproduktivität

Die Kapitalproduktivität dient dazu, die Effizienz der Investitionen zu messen, also ihre Fähigkeit, Bruttowertschöpfung (BWS) zu generieren. Auf Ebene einer Volkswirtschaft bezeichnet die Kapitalproduktivität das Verhältnis zwischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem eingesetzten Kapital.

Kapitalverkehrsbilanz

Die Kapitalverkehrsbilanz ist ein Teil der Zahlungsbilanz. In der Kapitalverkehrsbilanz werden die Entstehung und Tilgung von grenzüberschreitenden finanziellen Forderungen und Verpflichtungen aufgezeichnet. Nach dem Investitionsmotiv unterscheidet man Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und übrige Investitionen (hauptsächlich Bankkredite).

Kassenobligation (auch Kassaobligation)

Mittelfristige Obligation der Banken. Kassenobligationen werden am Schalter der Banken, also an den Kassen, fortlaufend nach dem Begehren der Kunden und den Bedürfnissen der herausgebenden Bank verkauft.

Kaufkraftparität (KKP)

Kaufkraftparitäten sind die Währungsumrechnungskurse, die die Kaufkraft verschiedener Währungen ausgleichen. Dies bedeutet, dass man mit einer bestimmten Geldsumme, wenn sie an-

hand der KKP in die verschiedenen Währungen umgerechnet wird, in allen Ländern den gleichen Waren- und Dienstleistungskorb erwerben kann.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Die Grössenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.

Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.

Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein Kleinstunternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet.

KMU

siehe unter „Kleine und mittlere Unternehmen“.

Kohorte

Gesamtheit von Personen, die alle ein bestimmtes Ereignis in einem bestimmten gleichen Zeitintervall, normalerweise innerhalb eines Kalenderjahres, erlebt haben. Die Kohorten sind Betrachtungsgegenstand der Längsschnittanalyse.

Kollektivhaushalt

Zu den Kollektivhaushalten zählen Anstalten wie Alters- und Pflegeheime, Strafanstalten, Internatsschulen, Klöster, aber auch Pensionen, Studentenheime und Heime für Asylsuchende.

Konfidenzintervall

Das Konfidenzintervall kennzeichnet denjenigen Bereich, in welchem der anhand der Stichprobe geschätzte wahre Mittelwert der Population zu 95% liegt.

Konjunkturzyklus

Der Konjunkturzyklus bezeichnet die mit einer gewissen Regelmässigkeit auftretenden Schwankungen der Wirtschaftsaktivität. Diese Zyklen bestehen aus aufeinander folgenden Phasen der Expansion und der Rezession. Von einer Rezession wird bei einem markanten Einbruch der Wirtschaftsaktivität gesprochen, der so lange dauert und so breit abgestützt ist, dass er sich von den üblichen wirtschaftlichen Schwankungen abhebt. Die Wendepunkte verbinden die Phasen der Konjunkturzyklen. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist der gängigste Indikator zur Messung und Analyse der Konjunkturzyklen.

Konkurse und Betreibungen

Diese werden durch das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) geregelt. Die Schuldbetreibung beginnt mit der Zustellung des Zahlungsbefehls und wird entweder auf dem Weg der Pfändung oder der Pfandverwertung oder des Konkurses fortgesetzt. Für ungedeckte Forderungseingaben von Gläubigern werden Verlustscheine ausgestellt.

Konsolidierung

Ausschaltung aller internen Transaktionen innerhalb desselben Gemeinwesens bzw. innerhalb der betrachteten Gruppe von Gemeinwesen (z. B. Gemeinden insgesamt). Die Konsolidierung erfolgt grundsätzlich durch Abzug der Transferzahlungen beim Empfänger.

Konsumausgaben des Staates

Die Konsumausgaben des Staates entsprechen dem Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden. Nicht eingerechnet werden selbst erstellte Anlagen und Verkäufe sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben privater Haushalte

Als Konsumausgaben privater Haushalte gelten die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer oder der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen. Der Konsum auf Geschäftskosten wird nicht den Konsumausgaben privater Haushalte zugerechnet, sondern den Vorleistungen.

Konsumentenpreisindex und Lebenskostenindex

Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) ist kein Lebenskostenindex, auch wenn diese beiden Ausdrücke in der Umgangssprache oft gleichgesetzt werden. Wie in den meisten Ländern ist der LIK vielmehr ein „reiner“ Preisindex, der auf einer festgelegten Auswahl von Gütern und Dienstleistungen beruht, welche den Konsum eines durchschnittlichen Haushalts widerspiegeln (Laspeyres-Index). Ein „echter“ Lebenskostenindex sollte jedoch die Veränderung der minimalen Ausgaben messen, die zum Erhalt des bisherigen Nutzenniveaus notwendig sind (Zufriedenheitsniveau), wobei sich die Zusammensetzung des Warenkorbs ändert. Ein „echter“ Lebenskostenindex sollte schliesslich neben den Konsumgütern weitere budgetrelevante Posten umfassen, wie beispielsweise direkte Steuern und Versicherungsprämien.

Konzessionen und Regalien

Erträge aus Taxi- und Kinokonzessionen, Patenten, Marktgebühren, Plakatgebühren usw.

Korrelation

Die Korrelation verweist auf den Zusammenhang zweier Variablen.

Krankenversicherung (KV)

Seit dem 1. Januar 1996 ist das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) in Kraft, das die Einführung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKPV) brachte. Die KV besteht einerseits aus dieser Grundversicherung, welche die Kosten für die Behandlung bei Krankheit, Mutterschaft und z.T. auch bei Unfall übernimmt. Andererseits deckt sie dieselben Risiken bei Erwerbsausfall (Taggelder), in diesem Fall aber ohne Obligatorium. Darüber hinaus können die Krankenversicherer Zusatzversicherungen anbieten, für die individuelle, risikogerechte Prämien in Rechnung gestellt werden. Auf der Leistungsseite impliziert dies u.a. die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz, die Versicherung für Privat- oder Halbprivatabteilungen sowie Taggeldversicherungen. Mit der Inkraftsetzung des KVG wurden das Obligatorium der Grundversicherung für die gesamte Wohnbevölkerung, die freie Wahl der Kasse, ein einheitlicher Leistungskatalog für alle Versicherten, die zeitlich unbegrenzte Leistungspflicht bei stationärer Behandlung, einheitliche Kopfprämien für Erwachsene innerhalb der gleichen Kasse und der gleichen Region (ein Kanton darf in maximal drei Regionen eingeteilt werden), Prämienverbilligungen für einkommensschwache Personen und die Vorschrift des Risikoausgleichs für die Versicherer realisiert. Das KVG brachte zudem die definitive Einführung von drei neuen Versicherungsformen, die der Bundesrat bereits 1990 versuchsweise eingeführt hatte, nämlich der wählbaren Franchise, der BONUS-Versicherung und der Versicherung mit eingeschränkter Wahl, deren wichtigste Vertreterinnen die HMO (Health Maintenance Organizations) sind. Die OKPV wird fast vollumfänglich mit Kopfprämien finanziert und nimmt damit sowohl unter den schweizerischen Sozialversicherungen als auch im internationalen Vergleich der Krankenversicherungen eine Sonderstellung ein.

Kurzaufenthalter (Ausweis L)

Ausländische Staatsangehörige, die sich befristet, in der Regel für weniger als ein Jahr, für einen bestimmten Aufenthaltzweck mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten.

Lagemass(e)

Ein Lagemass ist eine mathematisch definierte statistische Kenngrösse, welche die Lage (Lokation) einer Reihe von Beobachtungswerten beschreibt. Die gebräuchlichsten Lagemasse sind das arithmetische Mittel (siehe dort) und der Median (siehe dort). Arithmetisches Mittel und Median gibt es auch in einer gewichteten Form, d.h. bei Beobachtungswerten, die nicht alle dasselbe Gewicht haben.

Landesindex der Konsumentenpreise

Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) ist ein gesamtschweizerischer Indikator für die Preisentwicklung der für Konsumenten bedeutsamen Waren und Dienstleistungen.

Landwirtschaftliche Nutzfläche

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist die einem Betrieb zugeordnete, für den Pflanzenbau genutzte Fläche ohne die Sömmerungsfläche. Die landwirtschaftliche Nutzfläche umfasst Wies- und Ackerland, Heimweiden, für Obstbau, Rebbau und Gartenbau genutzte Areale sowie alpwirtschaftlich genutzte Flächen.

Landwirtschaftliche Regionen

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Schweiz wird in mehrere Regionen unterteilt. Bei den Förderungsmassnahmen des Bundes soll damit den unterschiedlichen landwirtschaftlichen Produktionsbestimmungen besser Rechnung getragen werden. Die wichtigsten Abgrenzungskriterien sind: Klima, Verkehrslage, Oberflächengestaltung, Höhenlage, Exposition. Die zentrale Auswertung der Buchhaltungsdaten unterscheidet zwischen Talregion, Hügelregion und Bergregion.

Landwirtschaftlicher Gesamtproduktionswert

Der Produktionswert der vom Bereich Landwirtschaft erzeugten Produkte ergibt sich aus der Summe der Werte von: verkauften, durch den Produzenten verarbeiteten sowie für den Eigenverbrauch bezogenen landwirtschaftlichen Rohprodukten; Bestandesveränderungen; selbsterstellten Anlagen.

Landwirtschaftsbetrieb

Als Landwirtschaftsbetriebe im Sinn der landwirtschaftlichen Betriebszählung gelten seit 1996 nur solche, die mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

- mindestens 1 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche,
- mindestens 30 Aren Spezialkulturen,
- mindestens 10 Aren in geschütztem Anbau,
- mindestens acht Mutterschweine oder 80 Mastschweine oder 80 Mastschweinplätze,
- mindestens 300 Stück Geflügel.

Langsamverkehr

Im Mikrozensus Verkehrsverhalten und in der Pendlerstatistik der Volkszählung verwendeter Begriff für den nicht motorisierten Individualverkehr (zu Fuss oder mit dem Fahrrad).

Lastenausgleich

Kantone, die durch ihre Bevölkerungsstruktur oder durch ihre Zentrumsfunktion übermässig belastet sind, werden durch den soziodemografischen Lastenausgleich entlastet. Kantone, die bedingt durch ihre Höhenlage, die Steilheit des Geländes oder aufgrund ihrer spezifischen Besiedlungsstruktur übermässige Lasten zu tragen haben, werden durch den geografisch-topografischen

Lastenausgleich entlastet. Der soziodemografische sowie der geografisch-topografische Lastenausgleich werden vollständig durch den Bund finanziert.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung enthält den Aufwand und den Ertrag einer Rechnungsperiode, die das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag verändern. Die Laufende Rechnung entspricht damit der Erfolgsrechnung im betrieblichen Rechnungswesen.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist die durchschnittliche Zahl der Jahre, die eine Person noch zu leben hat. Beispielsweise bedeutet die Angabe, die Lebenserwartung von 60-jährigen Frauen betrage 24,9 Jahre, dass die 60-jährigen Frauen im Durchschnitt 84,9 Jahre alt werden. Die Lebenserwartung bei der Geburt wird auch mittlere Lebensdauer genannt.

Lebenserwartung bei der Geburt

Durchschnittliche Zahl der zu erwartenden Lebensjahre eines Neugeborenen unter der Voraussetzung, dass die in einem bestimmten Kalenderjahr bestehenden altersspezifischen Sterbeziffern während des ganzen Lebens konstant bleiben.

Lebensqualität

Die Lebensqualität einer Person (einer Bevölkerungsgruppe oder einer Gesellschaft) wird verstanden als mehrdimensionale Grösse, die alle wichtigen Lebensbereiche umfasst (Berufsleben, Gesundheit, materielle Situation, Wohnverhältnisse, soziale Integration, Freizeit u.a.) und sowohl die objektiv beobachtbaren Verhältnisse, die Lebensbedingungen, als auch subjektive Faktoren wie Zufriedenheit, Werte und Einstellungen einschliesst.

Leerwohnung

Als Leerwohnung gilt eine bewohnbare Wohnung (möbliert oder unmöbliert), die am Stichtag nicht besetzt ist und zur Dauermiete (mindestens drei Monate) oder zum Verkauf ausgeschrieben ist. Mitgerechnet werden auch leerstehende Ferien- oder Zweitwohnungen, sofern sie das ganze Jahr bewohnbar sind. Wohnungen, die wegen Umbau, Modernisierung bzw. Renovation nicht bewohnt werden können, sowie Abbruch-, Alters- oder Personalwohnungen gelten nicht als leere Wohnungen.

Leerwohnungsziffer

Als Leerwohnungsziffer wird der prozentuale Anteil der Leerwohnungen, gemessen am approximativen Gesamtwohnungsbestand (per 31.12. des Vorjahres), bezeichnet.

Letzter Verbrauch

Laufende Ausgaben der privaten und der öffentlichen Haushalte sowie der Sozialversicherungen.

Lizentiat und Diplom UH

Akademischer Abschluss an einer universitären Hochschule, ohne Nachdiplome.

Logiernächte

Anzahl der durch die Gäste (Kinder eingeschlossen) in einem bestimmten Hotel- oder Kurbetrieb bzw. in einem Betrieb der Parahotellerie verbrachten Nächte.

Lohn

Mit dem Lohn wird Arbeit (in Form von Geld oder Naturalleistungen) bezahlt, die eine Person gemäss einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag für eine andere Person geleistet hat. Bei dieser anderen Person kann es sich um eine natürliche oder um eine juristische Person (Unternehmen, Organisation ohne Erwerbscharakter oder öffentliche Verwaltungseinheit) handeln. Nicht

als Lohn gilt somit das Einkommen aus selbständiger, auf eigene Rechnung ausgeübter Tätigkeit. Üblicherweise wird zwischen dem Bruttolohn (vor Abzug der Arbeitnehmerbeiträge an die Sozialversicherungen) und dem Nettolohn (nach Abzug dieser Beiträge) unterschieden.

Lohnnebenleistungen (Fringe-Benefits)

Gemäss Eurostat handelt es sich bei den Fringe-Benefits um «Bruttolöhne und –gehälter in Form von Sachleistungen». Diese umfassen alle Waren und Dienstleistungen, welche ein Unternehmen oder ein Betrieb seinen Arbeitnehmenden zur Verfügung stellt. Darunter fallen:

- Unternehmenserzeugnisse;
- andere Produkte oder Dienstleistungen, die unentgeltlich oder verbilligt abgegeben werden;
- Mitarbeiterwohnungen;
- Firmenwagen (zum Privatgebrauch);
- soziale Aufwendungen für indirekte Leistungen zu Lasten der Arbeitgebenden wie Kantinen und Essensmarken, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Kindergärten und -krippen, Kostenerstattungen für Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, Einkaufsgemeinschaften, Zahlungen an Gewerkschaftsfonds, Aufwendungen des Betriebsrats usw.

Lohnvereinbarungen/ Lohnabkommen

Die Sozialpartner einigen sich in den Verhandlungen über die Höhe und Verteilung der Effektivlohn Anpassung und über die Minimallöhne.

Majorzwahl

Siehe Wahlsysteme.

Maturitätsschulen

Die Aufnahmebedingungen an eine Maturitätsschule sind innerhalb eines Kantons einheitlich festgelegt. Der erfolgreiche Abschluss einer Maturitätsschule berechtigt zum Studium an einer Universität oder Eidgenössischen Technischen Hochschule. Die post-obligatorische Ausbildung bis zur Maturität muss mindestens 3 Jahre dauern. Nach bisheriger Regelung bestehen in der Schweiz 5 Maturitätstypen, die gestützt auf die Maturitäts-Anerkennungsverordnung (MAV) auf Bundesebene anerkannt werden. Die neue Regelung nach dem Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) verzichtet auf die Gliederung nach Typen und führt ein Wahlfachsystem mit 9 Unterrichts- und Prüfungsfächern ein.

Median, unteres und oberes Quartil

Der Median oder Zentralwert teilt die nach Grösse geordneten Beobachtungswerte in zwei gleich grosse Hälften. Die eine Hälfte der Werte liegt über, die andere unter dem Median.

Im Gegensatz zu einem anderen häufig verwendeten Lagemass, dem arithmetischen Mittel (siehe dort), wird der Median durch Extremwerte nicht beeinflusst. Bei einer streng symmetrischen Häufigkeitsverteilung fällt der Median mit dem arithmetischen Mittel zusammen. Im Falle einer asymmetrischen Verteilung, z.B. des Einkommens, mit hohen Extremwerten liegt er unter dem arithmetischen Mittel und bei tiefen Extremwerten darüber. Je deutlicher die Asymmetrie ist, desto grösser ist der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median. Der Median ist auch bei asymmetrischen Verteilungen geeignet, die Lokation der Verteilung zu beschreiben. Eine Variante des Medians, der gewichtete Median, ordnet jeder Beobachtung ein Gewicht zu.

Teilt man die der Grösse nach geordneten Beobachtungswerte in vier Gruppen mit einer gleichwertigen Anzahl Fälle auf, so stellt der Wert des unteren Quartils denjenigen Wert dar, der zwischen dem Wert des letzten beobachteten Falles des ersten Viertels und dem Wert des ersten beobachteten Falles des zweiten Viertels liegt. Der Wert des oberen Quartils stellt denjenigen Wert dar, der zwischen dem Wert des letzten beobachteten Falles des dritten Viertels und dem Wert des ersten beobachteten Falles des vierten Viertels liegt.

Mehrfamilienhaus (MFH)

Ausschliesslich einem Wohnzweck dienendes Gebäude mit mehr als einer Wohnung. Vor 1994 werden alle Gebäude, die nicht Einfamilienhäuser im Sinn der Definition waren, als Mehrfamilienhäuser ausgewiesen.

Mietpreis

Ausschliesslich für vermietete, unmöblierte, keinem landwirtschaftlichen oder industriellen Betrieb angeschlossene Wohnungen. Es gilt der Nettomietpreis, d.h. ohne Kosten für Heizung, Warmwasser und Garage.

Migrationshintergrund

Es werden folgende Variablen des Migrationshintergrunds unterschieden:

- einheimisch (bzw. im Testland geboren oder mindestens ein Elternteil, der aus dem Testland stammt);
- erste Generation (Jugendliche im Testland geboren und beide Eltern im Ausland geboren, unter dem Begriff „Secondos“ geläufig);
- im Ausland geboren (Jugendliche und auch beide Elternteile im Ausland geboren).

Mittelwert(e)

siehe „Lagemasse“ (oder „Arithmetisches Mittel“, „Median“)

Mittlere Aufenthaltsdauer (Tourismus)

Quotient aus der Anzahl der Logiernächte und der Anzahl der Ankünfte.

MIV

Motorisierter Individualverkehr (Personenwagen, Motorrad, Werkbus).

Modalsplit

Aufteilung von Verkehrsleistungen, Wegzeiten oder Anzahl Wegen auf verschiedene Verkehrsträger bzw. Verkehrsmittel.

Muttersprache

Sprache, in der man denkt und die man am besten beherrscht.

Nachkommen von Eingewanderten

Alle in der Schweiz geborenen Personen, unabhängig von ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit, mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil.

Nationalrat

Siehe Parlament (Bund).

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Alle Veränderungen der Zahl und der Zusammensetzung einer Bevölkerung durch Geburten, Todesfälle, Heiraten und Scheidungen während eines bestimmten Zeitintervalls.

Nettoeinkommen

Das Nettoeinkommen wird berechnet, indem man vom Bruttohaushaltseinkommen die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), nicht aber andere Zwangsausgaben wie die Steuern und die Krankenkassenprämien abzieht.

Nettoerwerbsquote

Siehe „Erwerbsquote“.

Nettoinvestitionen

Saldo zwischen Investitionsausgaben und –einnahmen. Er wird beim Abschluss der Investitionsrechnung aktiviert bzw. passiviert.

Nettoschuld

Saldo zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen.

Netto-Volkseinkommen

Volkseinkommen, berechnet aus den Nettowerten zu Faktorkosten, das heisst, es sind weder Abschreibungen noch die indirekten Steuern ohne Subventionen im Volkseinkommen enthalten.

Neue erneuerbare Energien

Sammelbegriff für Energiequellen, die ohne Rohstoffquellen auskommen und nach menschlichem Zeitmassstab gerechnet unbegrenzt zur Verfügung stehen, ohne Wasserkraft. Darunter fallen Sonnenenergie, Umweltwärme, Biomasse, Windenergie, erneuerbaren Anteile aus Abfall sowie der Energie aus Abwasserreinigungsanlagen.

Neugründungen (Unternehmen)

Als Neugründungen werden effektiv - «ex nihilo» - neu entstandene, wirtschaftlich aktive Unternehmen bezeichnet. Sie müssen im Berichtsjahr eine marktwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben und diese während mindestens 20 Stunden pro Woche ausüben. Unternehmen, die aufgrund einer Fusion, Auflösung oder Spaltung bestehender Unternehmen entstanden sind, werden nicht berücksichtigt. Blosser Änderungen innerhalb eines Unternehmens (z.B. Reaktivierung, Wechsel des Besitzers oder Geschäftsführers, Änderung der Tätigkeit, Änderung der Rechtsform oder Umzug) gelten ebenfalls nicht als Neugründungen im Sinne dieser Statistik. Filialen bereits bestehender Unternehmen werden nicht erfasst, ausser wenn es sich um die erste Filiale eines ausländischen Unternehmens auf schweizerischem Staatsgebiet handelt. Als grundlegende Bedingung gilt also, dass das Unternehmen tatsächlich eine produktive wirtschaftliche Tätigkeit in der Schweiz aufgenommen hat, und zwar unabhängig davon, ob es im Handelsregister eingetragen ist oder nicht.

Nicht-finanzielle Unternehmungen

Sektor für jene Unternehmen, die in ihrer Hauptfunktion für den Verkauf bestimmte Waren und Dienstleistungen herstellen. Die Finanzinstitute und Versicherungsunternehmen zählen nicht dazu. Der Sektor deckt ein äusserst breites Spektrum an Einheiten ab, von der Landwirtschaft über die Metallbearbeitung bis hin zu den Informatikdienstleistungen.

Nichterwerbspersonen

Als Nichterwerbspersonen gelten Personen, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind.

Niedergelassene (Ausweis C)

Ausländische Staatsangehörige, denen nach einem Aufenthalt von fünf oder zehn Jahren in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung erteilt worden ist. Das Aufenthaltsrecht ist unbeschränkt und darf nicht an Bedingungen geknüpft werden.

NOGA

Siehe „Wirtschaftszweigsystematik“.

Nominallohnindex

Der Nominallohnindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Bruttolöhne bei konstanter Beschäftigungsstruktur. Das heisst, bei der Berechnung des Lohnindex werden Lohnentwicklungen ausgeklammert, die auf strukturelle Veränderungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, beispielsweise erhöhtes Qualifikationsniveau, zurückzuführen sind.

Normalarbeitsstunden

Die Normalarbeitsstunden entsprechen den vertraglich festgelegten Arbeitsstunden; im Falle der Selbständigerwerbenden handelt es sich um die übliche Arbeitszeit, d.h. jene, die am häufigsten vorkommt. Überstunden und Absenzen haben keinen Einfluss auf die Normalarbeitsstunden.

Notenbankgeldmenge

Die Notenbankgeldmenge – das von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geschaffene Geld – umfasst den gesamten Notenumlauf in der Wirtschaft und die Sichteinlagen, den die Banken auf ihren Girokonten bei der SNB halten. Der Notenumlauf ist etwas grösser als der Bargeldumlauf, weil er auch die von den Banken gehaltenen Noten umfasst. Die Münzen, die zwar Teil des Bargeldumlaufs, nicht aber des Notenumlaufs sind, fallen weniger stark ins Gewicht.

Nutzungsabgaben und Vorteilsentgelte

Eingehende Kausalabgaben für Investitionszwecke des Gemeinwesens sowie die sonstigen Leistungen Dritter an das Gemeinwesen für besondere Vorteile aus Investitionen. Sie werden nach dem wirtschaftlichen Sondervorteil Dritter bemessen. Ihr Ertrag darf die Investitionsaufwendungen nicht übersteigen.

Obligatorische Schule

siehe „Primarstufe“ und „Sekundarstufe I“.

Offene Stellen

Eine Stelle gilt als offen, wenn der Arbeitgeber beabsichtigt, einen Arbeitsplatz (neu geschaffen, unbesetzt oder in Kürze vakant) sofort oder in naher Zukunft zu besetzen und wenn dafür bereits entsprechende Massnahmen zur Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten ausserhalb des Unternehmens ergriffen wurden oder solche in Vorbereitung sind.

Öffentliche Haushalte

Sektor, in dem die Einheiten von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammengefasst sind. Diese produzieren grösstenteils unentgeltliche oder praktisch unentgeltliche Dienstleistungen und/ oder tätigen Transaktionen zur Umverteilung des Volkseinkommens und -vermögens.

Öffentliche Unterhaltsarbeiten

Ausgaben der öffentlichen Verwaltung und deren Unternehmen für den baulichen Unterhalt an eigenen Bauwerken. Sie gliedern sich in Strassen, übriger Tiefbau und Gebäude.

Öffentlicher Verkehr (ÖV)

Die jedermann zugänglichen und - beim Personenverkehr aufgrund veröffentlichter Fahrpläne - regelmässig verkehrenden Verkehrsmittel. Das sind: Schienenverkehr im weiteren Sinn (d.h. alle Bahnen), öffentlicher Strassenverkehr, öffentliche Schifffahrt auf Seen und Flüssen sowie öffentlicher Luftverkehr (Linien- und Charterverkehr).

Ökologischer Leistungsnachweis

Der Bund richtet Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern von bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betrieben unter der Voraussetzung des ökologischen Leistungsnachweises allgemeine Direktzahlungen und Ökobeiträge aus. Der ökologische Leistungsnachweis umfasst:

- eine tiergerechte Haltung der Nutztiere;
- eine ausgeglichene Düngerbilanz;
- einen angemessenen Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen;
- eine geregelte Fruchtfolge;
- einen geeigneten Bodenschutz;
- eine Auswahl und gezielte Anwendung der Pflanzenbehandlungsmittel.

Ordentliche Steuern

Einkommens- und Vermögenssteuern, Gewinn- und Kapitalsteuern, inkl. Quellensteuern, Nach- und Strafsteuern sowie Personalsteuern.

Örtliche Einheit

Die örtliche Einheit entspricht einer räumlich eindeutig abgrenzbaren Arbeitsstätte, wo eine Tätigkeit ausgeübt wird. Arbeitsstätten verschiedener Unternehmen im selben Gebäude werden einzeln erfasst. Baustellen werden nur aufgenommen, wenn sie über längere Zeit bestehen und beschäftigungsmässig relevant sind. Bei den örtlichen Einheiten wird unterschieden zwischen dem Hauptbetrieb, der Filiale/ Zweigniederlassung und dem Nebenbetrieb. Der Hauptbetrieb und die Filiale/ Zweigniederlassung gehören zu den entsprechenden rechtlichen Einheiten. Ein Nebenbetrieb hingegen hat keine rechtliche Einheit.

Öv

Siehe „Öffentlicher Verkehr“.

Ozonschicht

Schicht in der Atmosphäre zwischen 20 und 50 km Höhe. Diese ist unentbehrlich für die Existenz irdischen Lebens, da sie ultraviolette Strahlung fast ganz absorbiert. Durch verschiedene Substanzen (z.B. FCKW) wird die Ozonschicht abgebaut.

Parahotellerie

Sie umfasst vier verschiedene Beherbergungsformen:

- **Privatquartiere** (Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Privatzimmer): Es handelt sich um Objekte, die an Dritte zur Miete angeboten werden. Ausgeschlossen sind Objekte, die ausschliesslich durch die Eigentümer oder Dauermieter sowie deren Angehörige belegt werden;
- **Zelt- und Wohnwagenplätze:** Abgegrenzte Gelände, die für jedermann zum vorübergehenden Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Wohnmobilen oder Zelten zugänglich sind. Ein „Stellplatz“ entspricht im Durchschnitt 3 „Schlafplätzen“ (4 im Tessin);
- **Gruppenunterkünfte:** Touristen- und Massnlager, Vereins- und Klubhäuser, Berg- und Schutzhütten usw.;
- **Jugendherbergen:** Die offiziellen Jugendherbergen der Schweiz.

Parlament (Bund)

In der Schweiz gilt das sogenannte Zweikammersystem. Der Nationalrat repräsentiert das Volk; der Ständerat die Kantone. Die beiden Räte sind gleichberechtigt; sie tagen jeweils gleichzeitig, aber getrennt. Zur „Vereinigten Bundesversammlung“ treten sie nur für Wahlen und ausserordentliche Geschäfte zusammen.

Der Nationalrat besteht aus 200 Mitgliedern und wird alle vier Jahre neu gewählt. Gemäss Artikel 149 der neuen Bundesverfassung bildet jeder Kanton einen Wahlkreis. Je nach Grösse der Wohnbevölkerung haben die Wahlkreise mehr oder weniger Sitze im Nationalrat zugute. Jedem Wahlkreis steht jedoch mindestens einer zu; in Kantonen mit nur einem Sitz wird nach dem Majorzsystem gewählt (UR, OW, NW, GL, AI und seit 2003 AR). In den 20 Kantonen mit zwei oder mehr Sitzen erfolgt die Mandatsverteilung nach dem Proporzsystem.

Der Ständerat besteht aus 46 Mitgliedern. Gemäss Artikel 150 der neuen Bundesverfassung ist jeder Kanton in ihm mit zwei Mitgliedern vertreten; die Halbkantone (OW, NW, BS, BL, AI und AR) mit je einem. Die Wahl in den Ständerat untersteht kantonalem Recht und erfolgt somit nicht einheitlich. So wird in Appenzell Innerrhoden die Abordnung in den Ständerat an der Landsgemeinde gewählt. Alle anderen Kantone bestimmen ihre Ständerätinnen und Ständeräte an der Urne, und zwar - mit Ausnahme des Kantons Jura - nach dem Majorzsystem. Unterschiede bestehen auch im Wahltermin: In den meisten Kantonen finden die Ständeratswahlen zusammen mit

den Nationalratswahlen statt, in drei Kantonen oder Halbkantonen jedoch werden sie ein halbes bis ein Jahr früher durchgeführt (in ZG, AI und GR).

Parlamente (Kantone)

Die Parlamente in den Kantonen bestehen aus 49 (AI) bis 200 Mitgliedern (BE, AG), wobei in Appenzell Innerrhoden die Sitzzahl entsprechend der Bevölkerungszahl variiert. Die Abgeordneten werden in 18 Kantonen nach dem Proporzsystem bestimmt; in Appenzell I. Rh. und in Graubünden nach dem Majorzsystem. In diesen beiden Kantonen werden einige oder alle Mandate an Gemeinde- oder Bezirksversammlungen vergeben. Gemischte Systeme von Proporz und Majorz bestehen in Uri, Schwyz, Zug, Basel-Stadt, Schaffhausen und Appenzell A. Rh. Die Wahlen erfolgen in mehreren Wahlkreisen, ausser im Tessin und in Genf, wo der Kanton den einzigen Wahlkreis darstellt. Die Legislaturperiode dauert vier Jahre, ausser in Graubünden (3 Jahre) und Freiburg (5 Jahre).

Parteien: Verzeichnis der Abkürzungen

- FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz;
- CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz;
- SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz;
- SVP Schweizerische Volkspartei, bis 1971: Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB);
- Dem. Demokraten; 1971 schlossen sich die Zürcher Demokraten wieder der FDP an, während sich die Glarner und die Bündner Demokraten mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) zur SVP vereinigten;
- LPS Liberale Partei der Schweiz;
- LdU Landesring der Unabhängigen (1936-1999);
- EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz. CSP Christlichsoziale Partei;
- DSP Demokratisch Soziale Partei;
- PdA Partei der Arbeit der Schweiz. Sol. Solidarität;
- PSA Partito socialista autonomo (TI) 1970-1988; nach der Fusion mit Teilen der SP-TI: Partito socialista unitario (1988-1992); seit 1992: Mitglied der SPS;
- PSA-SJ Parti socialiste autonome du Sud du Jura;
- POCH Progressive Organisationen der Schweiz (1973-1993);
- FGA Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Sammelbezeichnung);
- GPS Grüne Partei der Schweiz;
- SD Schweizer Demokraten (1961-1990: Nationale Aktion);
- EDU Eidgenössisch-Demokratische Union;
- FPS Freiheits-Partei der Schweiz (1985-1994: Schweizer Auto-Partei, AP);
- Lega Lega dei ticinesi.

Parteistärke

Anteil Wählerstimmen, die eine Partei erhalten hat, am Total aller abgegebenen gültigen Stimmen.

Patente

Ein Patent ist ein Recht an geistigem Eigentum auf einer technischen Erfindung. Es kann einem Unternehmen, einer einzelnen Person oder einer öffentlichen Institution von einem Patentamt als Gegenleistung für die Publikation der Erfindung erteilt werden. Das Patent ist in einem bestimmten Land während einer begrenzten Zeitdauer gültig (20 Jahre). Der Erfinder, die Erfinderin kann damit während der vereinbarten Zeitspanne verhindern, dass eine Drittperson in irgendeiner Form seine bzw. ihre Erfindung benutzt.

Pendler/ Pendlerinnen

Als Pendler/ Pendlerinnen gelten Personen, die ihre Wohngemeinde (gemäss wirtschaftlichem Wohnsitzbegriff) verlassen, um sich zur Arbeit oder zur Schule zu begeben. Bei Personen mit

mehreren beruflichen Tätigkeiten zählt der Arbeitsort der Haupttätigkeit. Vor 2000 wurden für die Pendlerstatistik der Erwerbstätigen nur solche mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens sechs Stunden berücksichtigt (vgl. Erwerbstätige). Ab 2000 werden in der Pendlerstatistik alle Erwerbstätigen berücksichtigt und auch die Resultate der Volkszählung 1990 an diese Definition angepasst.

Personalaufwand (öffentliche Finanzen)

Aufwand für die Entlohnung, Versicherung, Anwerbung, Ausbildung und Information der Behördemitglieder und des aktiven Personals, für die Gewährung von Naturalleistungen, Zulagen oder Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie von Teuerungszulagen an pensionierte Behördemitglieder und Mitarbeiter, für deren Lohnauszahlung das Gemeinwesen zuständig ist.

Personen im Asylprozess

Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige. Diese Personen zählen nicht zur ständigen Wohnbevölkerung.

Personenkilometer (Pkm)

Summe aller von den beförderten Personen jährlich zurückgelegten Kilometer.

Personenwagen

Fahrzeuge mit höchstens neun Sitzplätzen inklusive Führer. Sie umfassen auch Ambulanzen und Leichenwagen.

Perzentil

Die einem bestimmten Prozentrang entsprechende Leistung. Beispiel: Das 25. Perzentil der Mathematikleistungen in der Schweiz liegt bei 439 Punkten, d.h. 25% der getesteten Jugendlichen haben weniger und 75% haben mehr Punkte erreicht.

Polygonfläche (Arealstatistik)

Beruhet auf der Berechnung der Flächen innerhalb von digital erhobenen Gemeindegrenzen.

POoE

Abkürzung für „Private Organisationen ohne Erwerbscharakter im Dienst der privaten Haushalte“. Die POoE sind Einheiten, die ohne Gewinnabsichten Dienstleistungen für bestimmte Gruppen von privaten Haushalten produzieren und deren Einnahmen hauptsächlich aus freiwilligen Beiträgen privater Haushalte stammen. Typische Beispiele sind Hilfswerke oder kulturelle Vereinigungen.

Preisklassen (Hotelbetriebe)

Als Grundlage für die Zuordnung eines Betriebs zu einer Preisklasse dient ausschliesslich der Mindest- und Höchstansatz in der Hochsaison - je für Zimmer mit Frühstück, Bedienung und Taxen. Es wird ein Mittelwert aus den beiden Preisen berechnet, wobei diese nach der Zahl der Gastbetten in den Zimmern mit dem betreffenden Ansatz gewichtet werden.

Primärenergie

Energie, die noch keiner Umwandlung unterworfen wurde, z. B. Wasserkraft, Kohle, Rohöl, Erdgas und Holz, aber auch Müll und Industrieabfälle. Die erzeugte Reaktorwärme von Kernkraftwerken wird ebenfalls als Primärenergie behandelt.

Primarstufe

Die Primarstufe umfasst die ersten 5 bis 6 Jahre der obligatorischen Schulzeit. Das Eintrittsalter der Kinder liegt zwischen 5 und 7 Jahren. Auf dieser Stufe werden die Kinder in den Grundfertig-

keiten Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet und in die Grundlagen anderer Fächer eingeführt.

Private Organisationen ohne Erwerbszweck

siehe „Institutionelle Einheit“.

Privater Strassenverkehr

Verkehr des Personen- und Güterverkehrs auf der Strasse, ohne öffentlichen Strassenverkehr.

Privathaushalt

Eine Einzelperson, die alleine lebt, oder eine Gruppe von Personen, die zusammen wohnen, d.h. eine gemeinsame Wohnung teilen. Man unterscheidet zwischen Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten, die sich weiter in Familien- und Nichtfamilienhaushalte unterteilen.

Privatverkehr

Verkehr mit Verkehrsmitteln, welche nicht zum öffentlichen Verkehr gehören.

Produktion

Unternehmerisch organisierte wirtschaftliche Tätigkeit zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen. Natürliche Prozesse ohne menschliche Einwirkung oder Kontrolle (z.B. Zunahme des Wildtierbestandes) zählen nicht zur Produktion.

Produktion (Index)

Die Produktionsindizes sind ab dem 1. Quartal 1996 für die meisten Branchen anhand der Umsätze berechnet, nach den Änderungen der Lagerbestände korrigiert und um Preisschwankungen bereinigt. Nur für wenige Branchen werden physische Einheiten zur Berechnung der Produktionsindizes erhoben. Die Produktionsmenge ist mitunter von der Anzahl Arbeitstage abhängig. Um diesen Einflussfaktor auszuschliessen, werden diejenigen Indizes nach der Anzahl Arbeitstage bereinigt, für welche die Produktion in physischer Masseinheit erhoben wurde.

Produktivität

Innerhalb eines Unternehmens erfordert die Produktionstätigkeit den kombinierten Einsatz von Faktoren wie Maschinen, Gebäuden, Energie oder Arbeitskraft. Diese Faktoren können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Für die Wachstumsanalysen unterscheidet man die beiden Hauptkategorien Arbeit und Kapital. Das Verhältnis zwischen der Bruttowertschöpfung (BWS) und einem dieser Faktoren wird als Faktorproduktivität bezeichnet. Dank diesem Quotienten kann die Effizienz der Nutzung eines Produktionsfaktors gemessen werden.

Produzentenpreise

Preise für in der Schweiz hergestellte Produkte ab Werk.

Proporzwahl

Siehe Wahlsysteme.

Punktfläche (Arealstatistik)

Beruhet auf der Summe von Stichprobenpunkten, die für einzelne Nutzungsarten in einem Raster von 100 Metern erhoben werden (d. h. jeder Stichprobenpunkt repräsentiert die Fläche einer Hektare).

Quartil, unteres und oberes

siehe «Median».

R²

R² ist das Quadrat des (multiplen) Korrelationskoeffizienten und gibt an, welcher Anteil der Varianz der abhängigen Variablen durch eine oder mehrere unabhängige Variable erklärt wird.

Raiffeisenbanken

Die rechtlich selbstständigen Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert und im Schweizer Verband der Raiffeisenbanken (SVRB) zusammengeschlossen. Die einzelnen Institute beschränken sich auf das lokale Bankgeschäft.

Reallohnindex

Zur Berechnung des Reallohnindex wird der Nominallohnindex mit dem Jahresdurchschnitt des Landesindex der Konsumentenpreise deflationiert.

Rechtliche Einheit

Die rechtliche Einheit wird entweder durch eine Einheit mit Rechtspersönlichkeit d.h. mit Rechten und Pflichten; von einer natürlichen Person, die eine Aktivität als Selbständige ausübt; oder aber durch eine öffentliche Institution dargestellt. Jedes Unternehmen besitzt infolgedessen eine rechtliche Einheit. Im BUR wird für die rechtlichen Einheiten, die im Handelsregister (HR) eingetragen sind, die ID-Nummer (beginnt mit CH und besteht aus 13 Positionen) der Handelsregisterämter übernommen, während die rechtlichen Einheiten, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, eine ID-Nummer haben, die mit XY beginnt. Die rechtlichen Einheiten bestehen aus Haupt- und Hilfsrechtlichen Einheiten (andere Bezeichnung: Zweigstellen).

Referendum

Siehe Volksabstimmungen.

Referenzperson (Haushalte)

Diejenige Person im Haushalt, welche am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt und somit auch die Lebensweise des Haushaltes entscheidend prägt.

Regalien und Konzessionen

Erträge aus Regalien und Monopolen, aus der Erteilung von Patenten sowie aus der Verleihung von Konzessionen.

Regierungen (Kantone)

Die Regierungen der 26 Kantone und Halbkantone bestehen aus 5 oder 7 Mitgliedern, welche direkt durch die Stimmberechtigten gewählt werden. Mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden, das noch die Landsgemeinde kennt, erfolgt die Wahl an der Urne, und zwar nach dem Majorzsystem, mit Ausnahme der beiden Kantone Zug und Tessin, welche ihre Regierung nach dem Proporzsystem wählen. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre, ausser in Appenzell Innerrhoden (jährliche Wahl) und in Freiburg (5 Jahre).

Regionalbanken und Sparkassen

Ursprünglich Bodenkredit-, Lokal- und Regionalbanken sowie Sparkassen. Im Lauf der Zeit zeichnete sich bei diesen Instituten der Trend zur Universalbank ab. Sie weisen heute einen ähnlichen Geschäftsbereich auf wie die Kantonalbanken.

Regionalverkehr

Gemäss Abgeltungsverordnung des Bundes (ADFV) gilt als Regionalverkehr aller Verkehr ausser dem Ortsverkehr und dem touristischen Verkehr (Ausflugverkehr). Ebenfalls ausgeschlossen ist der Fernverkehr.

Registrierte Arbeitslose

Die registrierten Arbeitslosen umfassen alle bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum registrierten Personen, die keine Stelle haben und sofort vermittelbar sind, unabhängig davon, ob sie eine Arbeitslosenentschädigung beziehen oder nicht.

Registrierte Stellensuchende

Die registrierten Stellensuchenden umfassen alle bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum registrierten Personen. Sie werden in zwei Gruppen eingeteilt: die arbeitslosen und die nicht arbeitslosen Stellensuchenden. Die nicht arbeitslosen Stellensuchenden sind zwar bei einem Arbeitsamt registriert, haben jedoch im Gegensatz zu den Arbeitslosen eine Arbeit oder sind nicht sofort für eine Beschäftigung vermittelbar. Es handelt sich im Wesentlichen um Teilnehmende eines vorübergehenden Beschäftigungsprogramms, einer Umschulung oder Weiterbildung oder um Personen mit einem Zwischenverdienst.

Reineinkommen

Jährliches Reineinkommen der natürlichen Personen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um das Reineinkommen im Sinne des Gesetzes (vgl. Art. 25 DBG), sondern um einen statistisch ermittelten Wert, indem zum steuerbaren Einkommen einige Steuerabzüge (Abzüge für Kinder oder unterstützte Personen, Abzüge für Versicherungsprämien und Sparzinsen, sowie Abzüge für Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten) hinzugerechnet werden.

Berücksichtigt werden alle bundessteuerpflichtigen natürlichen Personen mit Ausnahme der an der Quelle Besteuernten, seien dies Erwerbstätige, Rentner, Studenten oder auch nur Eigentümer einer Zweitwohnung. Ebenfalls einbezogen werden die Einkommen aus Zweitwohnungen von Steuerpflichtigen mit Wohnsitz im Ausland. Zur Ermittlung eines Reineinkommens je erwachsene Person werden die Einkommen der Verheirateten hälftig auf die Ehegatten aufgeteilt.

Das Durchschnittseinkommen einer Gebietskörperschaft (Gemeinde, Bezirk oder Kanton) entspricht der Summe aller Einkommen dieser Gebietskörperschaft dividiert durch die Anzahl „erwachsene Personen“. Kinder unter elterlicher Gewalt, die für Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit selbständig besteuert werden, zählen dabei ebenfalls als „erwachsene Personen“. Das Medianeinkommen ist jenes Einkommen, das die nach ihrer Grösse geordneten Einkommen in zwei gleich grosse Hälften teilt (Zentralwert).

Das Reineinkommen entspricht nicht dem tatsächlichen Bruttoeinkommen: Erstens können mangels Information nicht alle Abzüge aufgerechnet werden. Zweitens bleiben steuerfreie Einkommen nicht erfasst; nicht steuerbar sind namentlich Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Privatvermögen oder Einkommensteile, die bereits im Ausland besteuert wurden und aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen in der Schweiz keiner Besteuerung unterliegen. Die Abweichung zwischen Reineinkommen und tatsächlichem Bruttoeinkommen dürfte vor allem bei hohen Einkommen ausgeprägt sein.

Relative Steuerkraft

Steuerkraft pro Einwohner (mittlere Wohnbevölkerung).

Reservebaugebiet

Reservebaugebiet ist nicht überbautes Gebiet, dessen Nutzung noch nicht bestimmt ist und das bei ausgewiesenem Bedarf in Bauzonen umgezont werden kann.

Ressourcenausgleich

Der Ressourcenausgleich bezweckt, auch die Kantone mit unterdurchschnittlichen eigenen Ressourcen, die sogenannten ressourcenschwachen Kantone, mit genügend frei verfügbaren Finanzmitteln auszustatten. Er wird durch den Bund und die ressourcenstarken Kantone finanziert. Der Bund finanziert den vertikalen Ressourcenausgleich, die ressourcenstarken Kantone kommen für den horizontalen Ressourcenausgleich auf.

Ressourcenindex

Der Ressourcenindex ergibt sich aus dem Verhältnis des Ressourcenpotenzials pro Kopf der Bevölkerung zum gesamtkantonalen Mittel, das gleich 100 gesetzt wird.

Ressourcenpotenzial

Das Ressourcenpotenzial der Gemeinden dient der Festlegung des Ressourcenausgleichs im Rahmen des neuen Finanzausgleichs. Es umfasst folgende Ertragsquellen: die ordentlichen Gemeindesteuern bei mittlerem Steuerfuss, die Gemeindeanteile an der Personal-, Liegenschafts-, Grundstückgewinn-, Handänderungs-, Erbschafts- und Schenkungssteuer (ohne Nachkommenserbschaftssteuer) und an der Motorfahrzeugsteuer sowie die positiven Nettovermögenserträge.

Rückerstattungen von Gemeinwesen

Rückerstattungen von einem Gemeinwesen, für das die Gemeinde ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist.

Rückwanderungsziffer, rohe

Zahl der Auswanderungen in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Einwanderungen im gleichen Kalenderjahr.

Sachaufwand (öffentliche Finanzen)

Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter, die das Gemeinwesen in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht, sowie Kosten für Dienstleistungen Dritter.

Sachgüter (öffentliche Finanzen)

Investitionsausgaben für die Beschaffung oder Erstellung von Sachgütern, die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt werden und deshalb nicht realisierbar sind.

Saison (Tourismus)

- Wintersaison: von November bis April;
- Sommersaison: von Mai bis Oktober.

Saisonarbeiter (Ausweis A)

Ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz in einem Erwerbszweig oder Betrieb mit saisonalem Charakter (Bau-, Gastgewerbe, Landwirtschaft) für die Dauer einer Saison, jedoch während höchstens neun Monaten erwerbstätig waren. Die Saisonbewilligung existiert seit dem 1. Juni 2002 nicht mehr.

Sammeleinrichtung

Vorsorgeeinrichtung, die meistens von einer Versicherung, Bank oder Treuhandfirma errichtet wird. Ihr können sich beliebige und voneinander unabhängige Arbeitgeber anschliessen.

Sammelhaushalt

Ein Sammelhaushalt ist ein aus statistischen Gründen eingerichteter fiktiver Haushalt. Er umfasst Personen, die lediglich formell in der Meldgemeinde angemeldet sind, ohne dort effektiv zu wohnen (z.B. Personen, die in einem Altersheim in einer anderen Gemeinde leben). Ausserdem sind dort auch Personen ohne festen Wohnsitz zu finden, z.B. Obdachlose und Fahrende (in mobilen Unterkünften). Drittens werden auch Personen, deren Wohngebäude bzw. Adresse nicht bekannt war, einem Sammelhaushalt zugeteilt. Weil in der Volkszählung 2000 die Personen in Sammelhaushalten sehr zahlreich sind, die Zahl und Grösse dieser Haushalte aber ohne jede Bedeutung ist, werden die Sammelhaushalte von den eigentlichen Kollektivhaushalten unterschieden.

Sanktionen

Rechtsfolgen von Delikten. Man unterscheidet zwischen Strafen und Massnahmen.

Sanktionsarten

Die Sanktionsarten im Strafvollzug werden im Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) definiert. Neben unbedingten, teilbedingten und bedingten (d. h. auf Bewährung erlassenen) Freiheitsstrafen, Geldstrafen oder gemeinnütziger Arbeit sind seit 1. Januar 2007 nur Bussen und Massnahmen vorgesehen.

Säuglingssterbeziffer

Zahl der in einem Kalenderjahr im ersten Lebensjahr (d.h. im Alter von unter 1 Jahr) gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten im gleichen Kalenderjahr.

Scheidung

Gerichtliche Auflösung einer Ehe. Die Scheidung kann auf gemeinsames Begehren beider Ehepartner oder auf Klage eines Ehepartners erfolgen.

Scheidungsnummer, rohe

Zahl der Scheidungen in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Scheidungsnummer, Zusammengefasste (ZSZ)

Durchschnittlicher Prozentanteil der Ehen, die im Laufe der Zeit geschieden würden, wenn sie das Scheidungsverhalten der verschiedenen Heiratsjahrgänge in einem bestimmten Kalenderjahr aufweisen würden.

Schiene, Schienenverkehr

Verkehrsträger. Wenn nicht anders präzisiert wird, handelt es sich nur um die Bahnen des allgemeinen Verkehrs. Zum Schienenverkehr im weiteren Sinne gehören noch die Spezialbahnen.

Schulabteilung, Schulklasse

Als Schulabteilung wird eine überwiegend gemeinsam unterrichtete Gruppe von Schülern bezeichnet (Organisation). Eine Klasse umfasst alle Abteilungen, welche im gleichen Pensum (Lehrinhalt eines Jahres) unterrichtet werden. Eine Abteilung ist in der Regel einklassig, kann aber auch mehrklassig sein. Die Ausdrücke „Klasse“ oder „Schulklasse“ werden bisweilen auch im Sinne von „Schulabteilung“ verwendet.

Schulden (öffentliche)

Laufende Verpflichtungen, kurz-, mittel- und langfristige Schulden sowie Verpflichtungen für Sonderrechnungen.

Schutzbedürftige (Ausweis S)

Ausländische Staatsangehörige, welchen in der Schweiz für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung, insbesondere während eines Krieges oder Bürgerkrieges sowie in Situationen allgemeiner Gewalt, vorübergehender Schutz gewährt worden ist.

Schweizer, Schweizerinnen bei Geburt

Personen, welche die schweizerische Staatsangehörigkeit seit ihrer Geburt besitzen.

Schweizerische Doppelbürger, Doppelbürgerinnen

Personen, welche neben der schweizerischen noch mindestens eine weitere ausländische Staatsangehörigkeit besitzen.

Schwermetalle

Sammelbezeichnung für Metalle mit einer Dichte über 4,5 g/cm³ (z.B. Eisen, Zink, Kupfer, Mangan, Chrom, Cadmium, Blei, Quecksilber). Alle diese Elemente kommen in der Erdkruste meist in sehr geringen Mengen vor. Zudem gelangen sie über Abfall, Abgase und Abwasser in die Umwelt. Da sie nicht abbaubar sind, reichern sie sich an, können in die Nahrungskette gelangen und so giftig auf Mensch, Tier und Pflanzen wirken.

Sekundärenergie

Die Sekundärenergie wird unter Inkaufnahme von Umwandlungsverlusten durch Umwandlungsprozesse (Raffination, thermische Stromerzeugung, Turbinierung usw.) aus Primärenergie gewonnen. Beispiele: Elektrizität, Fernwärme, Heizöl, Benzin, Stadtgas.

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I setzt die Primarstufe fort bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit. In den meisten Kantonen beginnt sie mit dem 7. Schuljahr (etwa 13. Lebensjahr) und dauert bis 9 Jahre nach Beginn der Primarstufe. Die Sekundarstufe I dient dem Erwerb einer grundlegenden Allgemeinbildung sowie der Vorbereitung auf das Berufsleben oder auf den Übertritt in höhere Schulen. Der Unterricht wird in mehreren Fächern durch Fachlehrkräfte erteilt.

Die Sekundarstufe I bildet nach der Primarstufe den zweiten Teil der obligatorischen Schulzeit.

Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II setzt die Ausbildung nach der obligatorischen Basisausbildung fort. Sie beginnt nach ca. 9 Jahren nach Beginn der Primarschule (etwa 16. Lebensjahr) und umfasst berufsorientierte und allgemein bildende Ausbildungsgänge. Die Ausbildungen dauern in der Regel 3-4 Jahre und schliessen mit einem Diplom bzw. einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis ab. Abschlüsse der Sekundarstufe II berechtigen zu einer Ausbildung auf der Tertiärstufe.

Die Sekundarstufe II bezieht sich auf die Ausbildung unmittelbar nach der obligatorischen Schulzeit bzw. nach der Sekundarstufe I. Sie umfasst sowohl die Berufsbildung (meist Lehre) als auch die weitere Allgemeinbildung wie Gymnasien und übrige Mittelschulen.

Selbstfinanzierung

Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, des Saldos aus Einlagen in und Entnahmen aus Spezial- und Vorfinanzierungen, die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und auf dem Bilanzfehlbetrag. Die Selbstfinanzierung zeigt an, wie viele selbsterwirtschaftete Mittel zur Eigenfinanzierung der Investitionen zur Verfügung stehen.

Selbstfinanzierungsanteil

Selbstfinanzierung in Prozent des konsolidierten laufenden Ertrags. Der Selbstfinanzierungsanteil ist der Anteil des Ertrags, der für die Finanzierung von Investitionen oder für die Schuldentrückzahlung zur Verfügung steht. Mit steigendem Selbstfinanzierungsanteil nimmt die Möglichkeit zur Realisierung von Investitionen zu.

Selbstfinanzierungsgrad

Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen. Er zeigt, in welchem Ausmass die Investitionen finanziell verkraftet werden. Werte unter 70 Prozent gelten als grosse Neuverschuldung, Werte zwischen 70 bis 99 Prozent gelten als verantwortbare Verschuldung, Werte von 100 Prozent gelten als ausgeglichener Finanzhaushalt und Werte über 100 Prozent gelten als Schuldenabbau.

Selbstständigerwerbende

Als Selbstständigerwerbende gelten diejenigen Personen, deren Haupteinnahmequelle aus selbstständiger Erwerbstätigkeit (ohne Landwirte und Landwirtinnen) resultiert.

Sichteinlagen

Einlagen, die dem Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Ohne einzuhaltende Kündigungsfrist (auf Sicht zahlbar) dienen diese zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Bei einer Forderung bedeutet der Vermerk „auf Sicht“, dass der betreffende Betrag sofort fällig wird, sobald der Gläubiger dem Schuldner das entsprechende Schuldverpflichtungsdokument bzw. den Zahlungsauftrag vorlegt.

Siedlungsabfälle

Siedlungsabfälle sind Abfälle, die aus Haushalten stammen, sowie andere Abfälle vergleichbarer Zusammensetzung aus Industrie und Gewerbe.

Siedlungsfläche

Die Siedlungsfläche nach Arealstatistik Schweiz umfasst Gebäudeareal, Industrieareal, besondere Siedlungsflächen (Ver- und Entsorgungsanlagen, Abbau- und Deponieflächen, Baustellen), Erholungs- und Grünanlagen sowie Verkehrsflächen.

Siedlungsgebiet

Nach raumplanerischen Grundsätzen setzt sich das Siedlungsgebiet aus Bauzonen und Reservebaugebiet zusammen.

Signifikanz

Signifikanz und Effektgrösse sind zwei Merkmale aus der Statistik, die häufig verwendet werden, um die Wichtigkeit eines Resultats aus einer statistischen Analyse anzugeben. Sie haben unterschiedliche Bedeutungen, sie ergänzen sich aber, wenn es darum geht, ein sinnvolles Bild über die Relevanz eines Ergebnisses zu erhalten. Ist das Ergebnis eines statistischen Tests (z.B. des Vergleichs zweier Mittelwerte oder der Steigung einer Regressionsgeraden) signifikant, dann ist dessen Resultat mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht zufällig und kann somit auf die ganze Population verallgemeinert werden. Entscheidend ist dabei, welche im Voraus bestimmte Irrtumswahrscheinlichkeit für diese Verallgemeinerung gewählt wird. Üblicherweise wird der Wert $\alpha = 0.05$ gewählt. Wenn die Wahrscheinlichkeit p , dass ein gefundener Effekt zufällig auftritt, kleiner ist als α , wird von einem signifikanten Effekt gesprochen.

Sonderabfälle

Abfälle, deren umweltverträgliche Entsorgung auf Grund ihrer Zusammensetzung, ihrer chemisch-physikalischen oder ihrer biologischen Eigenschaften auch im Inlandverkehr umfassende besondere technische und organisatorische Massnahmen erfordert.

Sonstige Gebäude

Gebäude für Kollektivhaushalte (Spitäler, Klöster) sowie Gebäude, die hauptsächlich anderen als Wohnzwecken dienen, wie Fabriken, Verwaltungsbauten, Schulen usw., unter der Bedingung, dass diese bewohnt sind oder mindestens über eine zeitweise oder nicht bewohnte Wohnung verfügen.

Soziale Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit umfasst die Gesamtheit der Massnahmen öffentlicher und privater Institutionen mit dem Ziel, Personen oder Haushalte vor sozialen Risiken zu schützen und deren Existenz zu sichern. Die sozialen Risiken und Bedürfnisse lassen sich zu folgenden acht Kategorien zusammenfassen:

- Krankheit/ Gesundheitsversorgung
- Invalidität
- Alter
- Tod/ Überleben Hinterbliebener
- Familie/ Kinder
- Arbeitslosigkeit
- Wohnen

- Soziale Ausgrenzung

Sozialhilfe

Als letztes Auffangnetz im System der Sozialen Sicherheit erstreckt sich die Sozialhilfe auf alle bedarfsabhängigen Unterstützungs-, Beratungs- und Betreuungsleistungen mit dem Zweck der Existenzsicherung, soweit diese Leistungen nicht bereits von einer Sozialversicherung erbracht werden. Darüber hinaus umfasst die Sozialhilfe sämtliche Massnahmen (insbesondere präventive) zur Verhinderung von Armut. Dazu gehören die Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit und der sozialen Reintegration bedürftiger Personen. Das Sozialhilferecht liegt im Kompetenzbereich der Kantone; Bundeskompetenzen bestehen im Asylbereich und bei der Hilfe an Auslandschweizer. Jeder Kanton hat ein eigenes Sozialhilferecht als Grundlage für die gesamte Sozialhilfetätigkeit von Kanton und Gemeinden.

Sozialhilfequote

Kennzahl für den Anteil der Sozialhilfeempfänger/ Sozialhilfeempfängerinnen an der gesamten Bevölkerung.

Sozialleistungen

Als Sozialleistungen wird die Gesamtheit der Leistungen bezeichnet, die im Rahmen der Sozialen Sicherheit ausgerichtet werden. Dabei wird zwischen Geldleistungen an Personen oder Haushalte, die der Einkommenssicherung dienen, und Sachleistungen in Form von Dienstleistungen und Subventionen unterschieden. Sozialleistungen werden in der Regel aufgrund der staatlichen Sozialgesetzgebung gewährt. Sozialversicherungsleistungen werden unabhängig von den individuellen Verhältnissen bzw. vom individuellen Bedarf bemessen und grösstenteils durch Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten finanziert (einkommensabhängige Sozialleistungen). Bedarfsabhängige Sozialleistungen sind Sozialleistungen, die den persönlichen Bedarf an finanziellen Ressourcen zur Deckung des Existenzminimums voraussetzen. Sie werden in der Regel im Rahmen der öffentlichen Sozialhilfe erbracht und setzen eine individuelle Bedarfsabklärung voraus. Bei der Bemessung des Bedarfs für die Sozialhilfe orientieren sich die Sozialdienste mehrheitlich an den Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die EL zur AHV und IV stellen innerhalb der bedarfsabhängigen Sozialleistungen einen Sonderfall dar, weil auf sie ein gesetzlich geschützter Anspruch besteht. Die Gewährung der EL ist aber an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden, wobei Ausgaben für Miete und Krankenkassenprämien berücksichtigt werden. Im weiteren Sinn deckt der Begriff der Sozialleistungen auch staatliche Subventionen (insbesondere die Spitalfinanzierung), Lohnfortzahlungen der Arbeitgeber bei Krankheit und Mutterschaft und staatliche und private Hilfsaktionen ab.

Sozialquoten

Die Quote der Sozialausgaben, der Sozialleistungen und der Sozialeinnahmen misst die Gesamtausgaben, Leistungen und Einnahmen für die soziale Sicherheit in Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Mit Soziallast- und Sozialleistungsquote werden in der Sozialversicherungsstatistik die Anteile der Leistungen und Einnahmen der Sozialversicherungen am BIP umschrieben. Hierbei handelt es sich um Grössen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Da weder die Ausgaben, Leistungen und Einnahmen für die soziale Sicherheit noch die Leistungen und Einnahmen der Sozialversicherungen Bestandteil des BIP sind, werden durch die Bezugnahme dieser Grössen auf das BIP in jedem Fall unechte Quoten gebildet, die keine direkten Schlüsse über die Verwendung des BIP für soziale Zwecke zulassen.

Sozialversicherungen

Nur in der Schweiz gebildeter institutioneller Sektor mit den Einheiten aus folgenden Bereichen: Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Invalidenversicherung (IV), Erwerbsersatzordnung (EO), Arbeitslosenversicherung (ALV), Unfallversicherung (UVG), Krankenversicherung (KVG) und berufliche Vorsorge (BVG).

Sozioprofessionelle Kategorien

Die gesamte Wohnbevölkerung wurde in der Eidg. Volkszählung mit Hilfe der Angaben zur Erwerbstätigkeit, zur Stellung im Beruf, zur beruflichen Tätigkeit, zur Ausbildung und zum erlernten Beruf in eine Systematik der sozioprofessionellen Kategorien eingeteilt:

- Die Gruppe der freien Berufe umfasst die Selbstständigerwerbenden mit Hochschulabschluss (Ärzte, Anwälte etc);
- Andere Selbstständige umfassen Landwirte, Handwerker und alle übrigen Selbstständigen ohne Hochschulabschluss;
- Die Kategorie der intermediären Berufe ist im Wesentlichen mit dem mittleren und unteren Kader gleichzusetzen;
- Qualifizierte nichtmanuelle Berufe umfassen gelernte Angestellte mit vorwiegend nicht-manuellen Tätigkeiten;
- Qualifizierte manuelle Berufe umfassen gelernte Arbeiter und Angestellte mit vorwiegend manuellen Tätigkeiten.

Spareinlagen

Einlagen, die für eine unbefristete Zeit hinterlegt werden. Auf grössere Spareinlagen kann nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist zugegriffen werden.

Spareinrichtung (berufliche Vorsorge)

Sie bezweckt nur das Alterssparen und deckt demzufolge die Risiken Tod und Invalidität nicht ab.

Sparkassen und Regionalbanken

Ursprünglich Bodenkredit-, Lokal- und Regionalbanken sowie Sparkassen. Im Lauf der Zeit zeichnete sich bei diesen Instituten der Trend zur Universalbank ab. Sie weisen heute einen ähnlichen Geschäftsbereich auf wie die Kantonalbanken.

Staatsangehörigkeit

Rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat. Schweizerische Staatsangehörige sind Personen, welche gemäss Art. 37 Abs. 1 der Bundesverfassung das Bürgerrecht einer Schweizer Gemeinde und eines Schweizer Kantons besitzen. Als ausländische Staatsangehörige gelten alle Personen, die nicht Schweizer im Sinne des Artikels 37 der Bundesverfassung sind. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Bezüglich Staatsangehörigkeit wird unterschieden zwischen: (1) Schweizerinnen und Schweizern (= schweizerische Staatsangehörige); (2) Ausländerinnen und Ausländern (= ausländische Staatsangehörige). Bei Ausländerinnen und Ausländern wird ausserdem nach individuellen Staatsangehörigkeiten differenziert.

Staatsquote

Ausgaben der öffentlichen Haushalte bzw. der öffentlichen Verwaltungen (plus Sozialversicherungen) in % des BIP.

Städte

Gemeinden mit mindestens 10'000 Einwohnern.

Standardabweichung (SD)

Die Standardabweichung (engl. **Standard Deviation**) ist eines von verschiedenen Masses für die Streuung. Sie ist die Quadratwurzel aus der Varianz.

Standardfehler (SE)

Der Standardfehler (engl. **Standard Error**) ist ein Mass für die Genauigkeit der Schätzung eines Merkmals der Population aufgrund von Stichprobendaten. Er schätzt die durchschnittliche Abweichung eines Stichprobenmittelwertes vom wahren Mittelwert.

Ständerat

Siehe Parlament (Bund).

Ständige Wohnbevölkerung

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, deren Wohnsitz ganzjährig in der Schweiz liegt. Dazu gehören die schweizerischen und alle ausländischen Staatsangehörigen mit einer Anwesenheitsbewilligung, die zu einem Aufenthalt von mindestens 12 Monaten berechtigt, das heisst die Niedergelassenen, die Aufenthalter/ Aufenthalterinnen (inkl. die anerkannten Flüchtlinge), die Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen mit einem bewilligten Aufenthalt von mindestens 12 Monaten sowie die Diplomaten und internationalen Funktionäre/ Funktionärinnen und deren Familienangehörige.

Stationäre Behandlung

Behandlung, Untersuchung oder Pflege während mindestens 24 Stunden im Bett eines Krankenhauses. Notfälle, die zu einer Hospitalisierung führen, Verlegungen in ein anderes Spital und Todesfälle innerhalb von weniger als 24 Stunden gelten ebenfalls als stationäre Behandlungen.

Statuswechsel (Anwesenheitsbewilligung)

Wechsel der Anwesenheitsbewilligung durch einen in der Schweiz wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen. Ein Wechsel von einer Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) zu einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung (Ausweis B oder C) wird in der Statistik als Einwanderung ausgewiesen, da es sich dabei um einen Neuzugang zur ständigen Wohnbevölkerung handelt.

Stellensuchende

Arbeitslose oder nicht arbeitslose Personen, die beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum gemeldet sind und eine Stelle suchen.

Sterbetafel

Tabellarische Darstellung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung in einem bestimmten Zeitintervall (Periodensterbetafel) oder einer Kohorte für die Kohortenlebensjahre (Generationensterbetafel) in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht. Für jedes Alter wird neben der Zahl der Gestorbenen bzw. der Überlebenden auch die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit, die Überlebenswahrscheinlichkeit und die durchschnittliche Lebenserwartung angegeben.

Sterbewahrscheinlichkeit

Wahrscheinlichkeit, dass ein Mann oder eine Frau eines bestimmten Alters unter den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen vor Erreichen eines bestimmten zukünftigen Alters stirbt.

Sterbeziffer (geschlechts- und altersspezifisch)

Zahl der in einem bestimmten Kalenderjahr Gestorbenen eines bestimmten Alters und Geschlechts je 1000 Personen (= Lebende) des gleichen Alters und Geschlechts der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Sterbeziffer, rohe

Zahl der Todesfälle in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte.

Steuerbarer Gewinn/ steuerbares Einkommen

Auf ein Jahr berechneter zu versteuernder Gewinn bzw. zu besteuertes Einkommen.

Steuerbares Kapital/ Vermögen

Stand des zu versteuernden Eigenkapitals bzw. Vermögens zu Ende der Steuerperiode.

Steuern

Öffentliche Abgaben ohne eine bestimmte Gegenleistung.

Stimmbeteiligung

Anteil der an Abstimmungen oder Wahlen Teilnehmenden im Verhältnis zu den Stimmberechtigten.

Stipendien

Einmalige oder wiederkehrende Ausbildungsbeiträge, für die keine Rückzahlungspflicht besteht.

Strafen

Unterbegriff von Sanktionen. Es wird zwischen Freiheitsstrafen und Bussen unterschieden. Die Strafen gegenüber Erwachsenen sollen schuldhaft begangenes Unrecht ausgleichen. Das Kinder- und Jugendstrafrecht dagegen versteht sie als Erziehungsmittel und sieht neben der Busse andere Strafen vor, u.a. Verweis, Einschliessung, Arbeitsleistung.

Strafrecht

Die strafrechtliche Hauptkodifikation ist das schweizerische Strafgesetzbuch (StGB). Es definiert einen grossen Teil der eigentlichen und vor allem der schweren Kriminalität. Daneben gibt es die sogenannten strafrechtlichen Nebengesetze des Bundes, nach denen spezielle Straftaten geahndet werden; von Bedeutung (in Bezug auf die Häufigkeit entsprechender Verurteilungen) sind vor allem das Bundesgesetz über den Strassenverkehr (SVG), das Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (BetmG) sowie das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG). Schliesslich gibt es das Militärstrafgesetz (MStG), dem die Dienstpflichtigen unterstehen.

Strafregistereintrag

Verurteilungen von erwachsenen Personen

In das Strafregister sind einzutragen (Verordnung über das automatisierte Strafregister, SR 331):

- Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergehen;
- Verurteilungen wegen Übertretungen, sofern eine Haftstrafe ausgesprochen wurde;
- Verurteilungen wegen Übertretungen, die mit einer Busse von über 500.- geahndet werden, wenn die urteilende Behörde verpflichtet ist, bei einer erneuten Wiederhandlung eine Busse mit einer bestimmten Mindestgrenze oder neben einer Busse eine Haft- oder Gefängnisstrafe auszusprechen.

Bis 1960 wurden alle Übertretungen, die mit einer Busse ab 50.- geahndet wurden, ins Strafregister eingetragen; 1961 wurde die Grenze auf 100.- erhöht, 1974 auf 200.- und 1982 auf 500.-. Die aktuell geltenden Bestimmungen wurden 1992 eingeführt.

Jugendstrafurteile

In das Strafregister sind einzutragen:

- gegen Jugendliche wegen Verbrechen oder Vergehen verhängte Massnahmen und Strafen, mit Ausnahme des Verweises, der Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung und der Busse.

Der Aufschiebung der Anordnung einer Strafe oder Massnahme nach Artikel 97 StGB ist nicht einzutragen. Die über Kinder verhängten Massnahmen oder Disziplinarstrafen werden nicht eingetragen.

Straftaten

Straftaten sind strafbare Handlungen. Das Strafrecht führt drei Kategorien von Straftaten auf, die sich in Bezug auf die Schwere der Straftat (und damit auch der Strafe) unterscheiden: Verbrechen, Vergehen und Übertretungen (wobei die Verbrechen die am stärksten und die Übertretungen die am wenigsten ins Gewicht fallenden Taten bezeichnen).

Strasse

Verkehrsträger, der, falls nicht anders präzisiert wird, den öffentlichen und privaten Strassenverkehr umfasst.

Strassenfahrzeugbestand

Umfasst alle immatrikulierten zivilen Fahrzeuge von Haltern mit Wohnsitz in der Schweiz. Stichtag der Strassenfahrzeugbestandeserhebung ist jeweils der 30. September.

Swiss Market Index (SMI)

Wird aufgrund der Notierungen der Aktien von bis zu 30 der wichtigsten Schweizer Firmen errechnet.

SWX Swiss Exchange

Der vollelektronische Handel der SWX ersetzte 1996 den traditionellen Ringhandel der Börsen Genf, Zürich und Basel. An der SWX werden über 5'000 Titel gehandelt: Aktien, Anlagefonds, Exchange Traded Funds (ETF), Obligationen, Eurobonds und Optionen. Die Blue-Chip-Titel des Swiss Market Index (SMI) werden seit dem 25. Juni 2001 auf der virt-x-Plattform gehandelt.

Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone

Reihe von Bevölkerungsvorausschätzungen, welche die zukünftig mögliche Entwicklung der Bevölkerung auf kantonaler Ebene beschreiben. Die Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Fruchtbarkeit, der Sterblichkeit und der internationalen Wanderungen in jedem Kanton stützen sich auf die aktuellsten nationalen Szenarien. Die Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Binnenwanderungen werden speziell erarbeitet.

Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz

Reihe von Bevölkerungsvorausschätzungen, welche die zukünftig mögliche Entwicklung der Bevölkerung auf nationaler Ebene beschreiben. Bevölkerungsszenarien sind das in Zahlen ausgedrückte und nach Alter und Geschlecht unterteilte Ergebnis von bestimmten Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Fruchtbarkeit, der Sterblichkeit und der Wanderungen.

Taggelder der IV

Taggelder sind dazu bestimmt, in der Eingliederungsphase den Unterhalt der Versicherten und eventuell deren Familie zu sichern. Sie stellen eine Zusatzleistung dar und sind mit Eingliederungsmassnahmen verbunden.

Tatsächliche Arbeitsstunden

Die tatsächlichen Arbeitsstunden entsprechen der Anzahl Stunden, die im Rahmen der Erwerbstätigkeit tatsächlich geleistet wurden. Sie unterscheiden sich insofern von den Normalarbeitsstunden, als zur Berechnung der tatsächlichen Arbeitsstunden die geleisteten Überstunden einbezogen, die Absenzen hingegen ausgeschlossen werden.

Teilzeitbeschäftigte

Beschäftigte mit mindestens sechs Stunden pro Woche und weniger als 90 Prozent der betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit. Es werden zwei Arbeitszeitkategorien unterschieden:

- **Teilzeitbeschäftigte 1:** Personen, die während 50 bis 89 Prozent der betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt sind.

- **Teilzeitbeschäftigte 2:** Personen, die unter 50 Prozent der betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt sind, jedoch mindestens sechs Stunden pro Woche.

Termineinlagen

Einlagen, die für eine bestimmte Zeit fest gebunden sind und auf einen vereinbarten Termin an den Besitzer zurückbezahlt werden.

Tertiärstufe

Es wird unterschieden zwischen der Höheren Berufsbildung und der Hochschulausbildung. Im Bereich der Höheren Berufsbildung besteht eine Vielfalt von Ausbildungswegen. Sie bereiten auf über 800 Abschlüsse vor. Von Bund oder Kantonen anerkannte Abschlüsse sind: Diplome von Höheren Fachschulen und Technikerschulen sowie höhere Fach- oder Berufsprüfungen. Sie setzen eine abgeschlossene Ausbildung auf der Sekundarstufe II und für die höheren Fach- und Berufsprüfungen auch einige Jahre Berufspraxis voraus. Der Hochschulbereich umfasst die universitären Hochschulen (d.h. die 9 kantonalen Universitäten, die beiden Eidg. technischen Hochschulen, die universitäre Hochschule Luzern und die pädagogische Hochschule St. Gallen) sowie die neu geschaffenen Fachhochschulen. Die Ausbildungen werden durch ein Diplom oder ein Lizentiat abgeschlossen. Inhaber eines Diploms oder eines Lizentiaten können Nachdiplomstudien absolvieren oder sich - mit Ausnahme der Absolventen von Fachhochschulen - auf ein Doktorat vorbereiten.

Teuerung

Prozentuale Veränderung eines Preisindex zwischen zwei Zeitpunkten, zum Beispiel Jahresteuern des Landesindex der Konsumentenpreise.

Tiefbau

Tiefbauten sind Bauwerke zu ebener Erde, oder unter der Erde (z.B. Strassen, Tunnels, Kanalisationen). Zu den Tiefbauten zählen auch Bauwerke, die zwar über dem Erdboden liegen, jedoch nicht zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind, z.B. Brücken.

Todesursachen

Als Todesursache gilt das für den Tod massgebende Grundleiden nach der internationalen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme.

Tonnenkilometer, tkm

Masseinheit der Verkehrsleistung, die der Beförderung einer Tonne über einen Kilometer entspricht.

Touristische Regionen

- **Graubünden:** Kanton Graubünden;
- **Berner Oberland:** Amtsbezirke Frutigen, Interlaken, Niedersimmental, Oberhasli, Ober- simmental, Saanen, Thun;
- **Zentralschweiz:** Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug;
- **Tessin:** Kanton Tessin;
- **Wallis:** Kanton Wallis;
- **Waadt:** Kanton Waadt;
- **Schweizer Mittelland:** die bernischen Amtsbezirke Aarberg, Aarwangen, Bern, Biel, Büren, Burgdorf, Erlach, Fraubrunnen, Konolfingen, Laupen, Nidau, Schwarzenburg, Seftigen, Signau, Trachselwald, Wangen, die solothurnischen Bezirke Gäu, Tal, Bucheggberg, Gös- gen, Wasseramt, Lebern, Olten und Solothurn sowie der Kanton Aargau;
- **Freiburg, Neuenburg, Jura:** Kantone Freiburg, Neuenburg, Jura sowie die bernischen Amtsbezirke Courtelary, Moutier und La Neuveville;

- **Ostschweiz:** Kantone Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Appenzell A. Rh., Appenzell I. Rh;
- **Zürich:** Kanton Zürich;
- **Basel Stadt/ Basel Land:** Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft sowie die solothurnischen Bezirke Dorneck und Thierstein;
- **Genf:** Kanton Genf.

Touristische Zonen

- **Bergzone:** in der Regel Orte auf mindestens 1000 m ü.M.;
- **Seezone:** Orte mit Seeanstoss, ohne die Gemeinden Genf, Lausanne und Zürich;
- **Grosse Städte:** Gemeinden Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich;
- **Übrige Zonen:** alle übrigen Orte

Transaktion

Elementare Tätigkeiten, die je nach Art und Ziel in folgende Kategorien von Strömen gegliedert werden: Waren- und Dienstleistungstransaktionen, Verteilungstransaktionen sowie Finanztransaktionen.

Transferausgaben

Betrifft die Ausgaben für Renten der AHV/IV, Pensionskasse, Krankenversicherung, übrige Versicherungsbeiträge, Steuern, Spenden und sonstige Übertragungen.

Transfereinkommen

Betrifft die Einkommen aus Renten der AHV/IV, Pensionskasse, Taggelder ALV, SUVA, private Zusatzrenten aller Art, Naturalgeschenke, Sold, Alimente, Entschädigung von freiwilligen Versicherungen, Rückerstattungen von Krankenkassen, Rückvergütungen und Kostgeld.

Transitverkehr

Verkehr, der im Ausland beginnt, die Schweiz durchquert und im Ausland endet.

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt entsteht durch gewisse Gase in der Atmosphäre (z.B. Kohlendioxid, Methan, Lachgas), welche die von der Erde ausgehende Infrarotstrahlung absorbieren oder reflektieren. Eine erhöhte Konzentration von solchen Treibhausgasen führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Trennung

Durch einen Richter ausgesprochene Lockerung der rechtlichen Bindungen zwischen Ehepartnern, wobei die Bestimmungen über das Scheidungsverfahren sinngemäss anwendbar sind. Die Ehepartner bleiben jedoch formell verheiratet, so dass keiner der Ehepartner eine neue Ehe eingehen kann.

Triadische Patentfamilien

Zu den „triadischen“ Patentfamilien zählen Patente, die beim Europäischen Patentamt (EPA) und beim japanischen Patentamt (JPO) angemeldet sowie vom US Patent & Trademark Office (USPTO) erteilt worden sind.

Überlebensrate neu gegründeter Unternehmen

Anhand der Überlebensrate neu gegründeter Unternehmen soll bestimmt werden, wie viele der in einem bestimmten Jahr neu gegründeten Unternehmen auch nach 1, 2, 3, ..., n Jahren noch aktiv sind. Die Grundidee besteht darin, Unternehmenskohorten zu bilden, deren Hauptmerkmal darin besteht, dass sie im gleichen Jahr gegründet wurden. Bei diesem Ansatz wird der entsprechende Unternehmensbestand in regelmässigen Abständen (grundsätzlich jährlich) beobachtet,

um das tatsächliche Überleben der Einheiten zu messen. Die Ausgangskohorten werden auf der Grundlage der Aktualisierungserhebung des Betriebs- und Unternehmensregisters gebildet; konkret werden diejenigen Unternehmen berücksichtigt, die in den entsprechenden Referenzjahren «ex nihilo» gegründet worden waren.

Damit ein Unternehmen als «überlebend» gilt und somit in der Überlebensrate miteinbezogen ist, muss es der Kontinuitätsdefinition entsprechen. Dazu müssen folgende Bedingungen erfüllt sein: Das Unternehmen übt immer – während mindestens 20 Stunden pro Woche – eine marktwirtschaftliche Tätigkeit aus und war in den ersten Jahren seines Bestehens nicht an einer Fusion, Übernahme oder Spaltung beteiligt. Eine Änderung der Rechtsform, des Firmennamens, der wirtschaftlichen Haupttätigkeit oder ein Umzug unterbrechen die Kontinuität eines Unternehmens gemäss der Definition nicht.

Übernachtungen (Beherbergungsstatistik)

- **Öffnungstage:** Anzahl der in den Betrieben monatlich erhobenen Öffnungstage.
- **Logiernächte:** Anzahl der in den Betrieben monatlich erhobenen Übernachtungen.
- **Zimmernächte:** Anzahl der in den Betrieben monatlich erhobenen belegten Zimmer.

Übersarung

Ablagerung von Feststoffen (Schutt, Geröll, Murgangmaterial) ausserhalb des Bach- bzw. Flussbetts durch fliessende Wassermassen.

Überstunden

Als Überstunden werden die bezahlten und unbezahlten Arbeitsstunden betrachtet, die

- zusätzlich zur normalen Arbeitszeit geleistet und
- die nicht durch Freizeit während des Jahres kompensiert werden.

Übertretung (Straftat)

Eine Übertretung ist eine mit Haft als Höchststrafe bedrohte Handlung (Art. 101 StGB).

Übertrittsquote

Übertrittsquoten geben das Verhältnis der in einem Schuljahr in einer bestimmten Schulstufe zu den im Vorjahr in der gleichen oder einer anderen Schulart unterrichteten Schüler/ Schülerinnen an. Sie erlauben – über eine längere Zeitperiode betrachtet – Trendschätzungen für eine Entwicklung der Schülerzahlen in einem bestimmten Schultyp (z. B. Eintritte von der Primarschule in die Sekundarschule, Realschule, das Gymnasium usw.).

Übrige Welt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)

Sektor, der die gebietsfremden Einheiten zusammenfasst, soweit sie Transaktionen mit gebietsansässigen institutionellen Einheiten durchführen.

Umlageverfahren

Finanzierungsverfahren, das z.B. in der AHV und der IV verwendet wird. Die Ausgaben der Versicherung werden mit den laufenden Einnahmen desselben Jahres gedeckt. In der Praxis lässt sich der jährliche Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen nicht bewerkstelligen, weshalb eine gewisse Liquiditätsreserve gehalten werden muss. Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren (siehe dort) ist das Umlageverfahren weitgehend unabhängig von der Zinsentwicklung.

Umwandlungssatz

In Prozenten des Alterskapitals festgelegter Satz zur Berechnung der Alters- oder der Invalidenrente. Seit der 1. BVG-Revision werden die Renten mit einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent berechnet. Den neuen Satz von 6,8 % ist erst ab 2014 anzuwenden, zwischen 2005 und 2014 wird er schrittweise gesenkt.

Umweltbezogene Abgabe

Man bezeichnet eine Abgabe als

- **umweltbezogen**, wenn sie Elemente betrifft, welche die Umwelt beeinträchtigen, wie z.B. Abfälle oder Energie;
- **umweltbezogen in engerem Sinne**, wenn ihre Einführung oder ihre Zweckbindung zusätzlich durch Umweltschäden begründet ist.

Umweltbezogene Steuern

Eine Steuer ist eine zwingende Zahlung an den Staat ohne individuelle Gegenleistung – im Gegensatz zu einer Gebühr, bei der die individuelle Gegenleistung beispielsweise die Abfall- oder Abwasserentsorgung ist. Umweltbezogen sind Steuern, wenn das Steuerobjekt als physische Einheit nachweislich negative Auswirkungen auf die Umwelt hat (zum Beispiel Treibstoffe). Unerheblich ist dabei, ob die Steuer im Hinblick auf die Erreichung eines Umweltziels, auf eine Verwendung der Einnahmen für Umwelt- oder sonstige Anliegen eingeführt wurde. Die Mehrwertsteuer ist nicht berücksichtigt.

Umweltschutzausgaben

Die Umweltschutzausgaben beziffern den direkten finanziellen Aufwand, der geleistet wird, um Verschmutzungen und anderen Schädigungen der Umwelt vorzubeugen, sie zu reduzieren oder zu eliminieren. Sie umfassen sowohl die laufenden Ausgaben als auch Investitionen. Ausgaben, welche zwar vorteilhafte Auswirkungen auf die Umwelt haben, in erster Linie aber anderen Zwecken als dem Schutz der Umwelt dienen (z.B. Technik, Hygiene, Sicherheit), werden nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht enthalten sind die Ausgaben zur Bewirtschaftung der Umweltressourcen (z.B. Kosten der Trinkwasseraufbereitung), fürs Energiesparen und für Massnahmen, deren Auswirkungen auf die Umwelt indirekter Natur sind (z.B. Förderung des öffentlichen Verkehrs).

Unbezahlte Arbeit

Arbeiten, die nicht entlohnt werden. Sie könnten theoretisch auch durch eine Drittperson gegen Bezahlung ausgeführt werden (Dritt-Personen-Kriterium) - im Gegensatz zu Tätigkeiten wie Weiterbildung, persönliche Aktivitäten (Essen, Schlafen usw.) oder Freizeitaktivitäten. Oberbegriff für „Freiwilligenarbeit“ und „Haus- und Familienarbeit“ (siehe die betreffenden Definitionen).

Unfallversicherung (UV)

Die seit 1984 für sämtliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer obligatorische berufliche Unfallversicherung (BU) bietet den Versicherten Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen und Berufskrankheiten. Eine Nichtberufs-Unfallversicherung (NBU) kann nur von Personen abgeschlossen werden, die ihre Tätigkeit während mehr als 12 Stunden pro Woche ausüben. Für Arbeitslose ist der Abschluss einer Unfallversicherung seit 1996 obligatorisch (UVAL). Selbständigerwerbenden steht die Möglichkeit einer freiwilligen Unfallversicherung (FUV) offen. Die weitestgehend wichtigste Unfallversicherung ist die 1919 gegründete Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Daneben bieten auch private Versicherungsgesellschaften, öffentliche Unfallkassen und einige Krankenkassen Unfall-Versicherungspolicen an. Der Leistungskatalog der UV umfasst einerseits Heilungskosten und Taggelder für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit und andererseits Invaliden- und Hinterlassenenrenten. Finanziert wird die Unfallversicherung über Prämien der Arbeitgeber und der Versicherten, wobei die Prämien der Berufsunfallversicherung von den Arbeitgebern und die Prämien der Nichtberufsunfallversicherung in der Regel von den Versicherten bezahlt werden.

Ungültigerklärung der Ehe

Gerichtliche Auflösung der Ehe auf Grund eines Ungültigkeitsgrundes gemäss Schweizerischem Zivilgesetzbuch. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den Vorschriften des Scheidungsrechts.

Universitäre Hochschule (UH)

Als universitäre Hochschulen gelten im Schweizerischen Hochschulinformationssystem (SHIS) die zehn kantonalen Universitäten:

- Basel (**BS**);
- Bern (**BE**);
- Freiburg (**FR**);
- Genf (**GE**);
- Lausanne (**LS**);
- Luzern (**LU**);
- Neuenburg (**NE**);
- St. Gallen (**SG**);
- Zürich (**UZH**);
- Università della Svizzera italiana (**USI**) (ab dem Wintersemester 1996/97);

die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen:

- Lausanne (EPFL);
- Zürich (ETHZ);

sowie andere universitäre Institutionen:

- Fern Studien Schweiz Brig (**FS-CH**, seit Wintersemester 2006/07);
- Universitäres Institut Kurt Bösch (**IUKB**, seit Wintersemester 2008/09).

Unterbeschäftigte

Als Unterbeschäftigte gelten erwerbstätige Personen,

- die normalerweise eine kürzere Arbeitszeit als 90% der betriebsüblichen Arbeitszeit (vgl. Definition der Normalarbeitsstunden) aufweisen;
- und die mehr arbeiten möchten;
- und die innerhalb von drei Monaten für eine Arbeit mit erhöhtem Pensum verfügbar wären.

Unterhaltsarbeiten, bauliche

Bauliche Arbeiten, die der Wahrung oder der Wiederherstellung der Funktionstauglichkeit von baulichen Objekten dienen.

Unternehmen (BUR)

Bei einem Unternehmen handelt es sich um die „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen, die in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt“. Ein Unternehmen führt demgemäss eine Tätigkeit aus. Entsprechend der Betriebszählung bestehen Unternehmen im BUR aus einer oder mehreren örtlichen Einheiten (Haupt- und Nebenbetrieben) und beschäftigen, mit Ausnahme von Holdingunternehmen, mindestens eine Halbtagskraft. Es können mehrere rechtliche Einheiten am Unternehmen beteiligt sein, das Unternehmen wird aber nur von einer rechtlichen Einheit kontrolliert (die verantwortlich ist für das Unternehmen). Deshalb kann ein Unternehmen nur eine Haupt-, aber mehrere hilfsrechtliche Einheiten besitzen. Jedes Unternehmen im BUR besitzt somit mindestens eine rechtliche Einheit und mindestens eine örtliche Einheit. Bei den Unternehmen wird unterschieden zwischen Mehrbetriebsunternehmen (mit mehreren aktiven örtlichen Einheiten) und Einzelbetrieben (mit einer aktiven örtlichen Einheit).

Unternehmensschliessungen

Mit Unternehmensschliessungen sind die effektiv verschwundenen Unternehmen gemeint. Unternehmen, die ihre Tätigkeit aufgrund einer Fusion, Übernahme oder Auflösung bestehender Unternehmen eingestellt haben, bleiben ausgeklammert. Blosser Änderungen innerhalb eines Unternehmens (z.B. Wechsel des Besitzers oder Geschäftsführers, Änderung der Tätigkeit, Änderung der Rechtsform oder Umzug) gelten ebenfalls nicht als Unternehmensschliessung im Sinne dieser Statistik. Die grundlegende Bedingung ist somit, dass das Unternehmen tatsächlich seine pro-

duktive wirtschaftliche Tätigkeit in der Schweiz eingestellt hat und diese Faktoren nicht in anderer Form erhalten bleiben.

Unternehmung und Arbeitsstätte

Eine Arbeitsstätte ist eine räumlich isolierte Produktionseinheit, in der Regel ein Gebäude, ein Gebäudekomplex oder ein Teil eines Gebäudes, in dem insgesamt während mindestens 20 Wochenstunden Güter erzeugt oder repariert oder Dienste irgendwelcher Art erbracht werden. Eine Unternehmung als eine rechtliche Einheit kann sich auf eine oder mehrere Arbeitsstätten aufteilen (Filialen bzw. Nebenbetriebe). Im öffentlichen Sektor ist die Abgrenzung von Unternehmen und Arbeitsstätten nicht so eindeutig zu definieren, weshalb in der Betriebszählung nur von Arbeitsstätten gesprochen wird.

Unterstellte Produktion von Bankdienstleistungen

Spezielle Produktion der Finanzinstitute; vereinbarungsgemäss misst sie sich durch den Überschuss der Vermögenseinkommen der Finanzinstitute aus der Anlage der ihnen anvertrauten Mittel über den Betrag der Zinsen, die sie an ihre Gläubiger zahlen.

Unterstützungsquote

Kennzahl für den Anteil der Unterstützungsfälle in der Sozialhilfe an allen Privathaushalten.

Unverheiratete

Unter diesem Begriff werden Ledige, Verwitwete, Getrennte und Geschiedene subsumiert.

Validität

Die Validität eines Tests gibt den Grad der Genauigkeit an, mit dem dieser Test dasjenige Persönlichkeitsmerkmal oder diejenige Verhaltensweise, das er messen soll oder zu messen vorgibt, tatsächlich misst. Es wird somit geprüft, ob die Instrumente auch tatsächlich jene Inhalte erfassen, die sie messen sollen.

Variable

Eine Variable bezeichnet ein Merkmal oder eine Eigenschaft von Personen, Gruppen, Organisationen oder anderen Merkmalsträgern. Beispiele sind das Geschlecht, das Alter, die Schulorganisation usw.

Varianz

Die Varianz ist ein Streuungsmass, welches anhand der Summe der quadrierten Abweichungen der Variablenwerte von ihrem Mittelwert dividiert durch die Gesamtzahl der Beobachtungen -1 gebildet wird. Sie ist das Quadrat der Standardabweichung.

Verbrauchergruppen (Energie)

Beim Endenergieverbrauch wird zwischen folgenden vier Verbrauchergruppen unterschieden:

- Haushalte;
- Industrie (inkl. Verarbeitendes Gewerbe);
- Dienstleistungen;
- Verkehr.

Zusätzlich wird eine Position „Statistische Differenz“ ausgewiesen, in der auch die Landwirtschaft enthalten ist. Die Aufteilung gilt erst ab 1999. Davor wurde der Bereich Industrie ohne das verarbeitende Gewerbe erfasst und der Bereich Dienstleistungen zusammen mit dem Gewerbe und der Landwirtschaft. Die Definition der Bereiche Haushalte und Verkehr dagegen wurde nicht verändert.

Verbrechen (Straftat)

Ein Verbrechen ist eine mit Zuchthaus als Höchststrafe bedrohte Handlung (Art. 9 Abs. 1 StGB).

Verfügbare Gästezimmer bzw. Gastbetten

Zimmer und Betten gelten nur an jenen Tagen als verfügbar, an denen das Hotel geöffnet ist. Siehe auch „Hotel- und Kurbetriebe“.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man zunächst vom Bruttoeinkommen die Zwangsausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um obligatorische Auslagen wie beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien, die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente) und die Liegenschaftssteuern für den Hauptwohnsitz.

Vergehen (Straftat)

Ein Vergehen ist eine mit Gefängnis als Höchststrafe bedrohte Handlung (Art. 9 Abs. 2 StGB).

Verkehrsangebot

Die vom Verkehr produzierte Leistung, gemessen in Platz-, Wagen-, Fahrzeugkilometern etc.

Verkehrsleistung

Das durch den Verkehr erzeugte Produkt, ausgedrückt in Personenkilometern, Passagierkilometern oder Tonnenkilometern, bezogen auf eine bestimmte Zeitspanne.

Verkehrsleistungen im Güterverkehr

Summe aller von Gütern zurückgelegten Kilometer innerhalb eines Jahres, gemessen in Tonnenkilometern (Tkm). Ein Tonnenkilometer entspricht der Beförderung einer Tonne über einen Kilometer.

Verkehrsnachfrage

Personen- und Gütertransportleistung des gesamten Verkehrs. Derjenige Teil des Verkehrsangebotes, der effektiv genutzt wurde.

Verkehrsträger

Gruppe von Verkehrsmitteln, welche dasselbe Medium benützen. Es werden die fünf Verkehrsträger Schiene, Strasse, Wasser, Luft und Rohr unterschieden.

Vermögenserträge (öffentliche Finanzen)

Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, Ablieferung der Gewinne der unselbständigen eigenen Anstalten und der selbständigen Anstalten sowie die Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

Vermögensgewinnsteuern

Diese stammen zum grössten Teil aus der Besteuerung von Grundstückgewinnen, zu einem kleinen Teil aus der Besteuerung von Lotteriegewinnen.

Vermögensübertragungen (Zahlungsbilanz)

Vermögensübertragungen sind ein Teil der Zahlungsbilanz. Vermögensübertragungen sind Kapitalleistungen, die ohne entsprechende wirtschaftliche Gegenleistungen erbracht werden. In der schweizerischen Zahlungsbilanz sind beispielsweise der Erlass von Schulden an Entwicklungsländer, Kapitaleleistungen im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe und dem Globalabkommen der Banken in den Vermögensübertragungen enthalten.

Verschuldungsgrad

Nettoschuld in Prozent des Ertrags der Gemeindesteuern zuzüglich Ressourcen- und Lastenausgleich bzw. abzüglich horizontalem Finanzausgleich.

Verschuldungsquote (öffentliche Finanzen)

Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte in % des BIP.

Vertrauensintervall

Da Stichprobenerhebungen nur einen Teil der interessierenden Population (Grundgesamtheit) einschliessen, sind ihre Ergebnisse immer mit einer Unsicherheit behaftet. Diese Unsicherheit hängt vom Stichprobenumfang, der Stichprobenrate, den Antwortausfällen und von der Streuung des betrachteten Merkmals in der Grundgesamtheit ab. Sie kann quantifiziert werden, indem ein Vertrauensintervall berechnet wird, dessen Grenzen umso weiter auseinander liegen, je ungenauer die Resultate sind. Eine solche Quantifizierung setzt voraus, dass die Stichprobe mittels eines Zufallsverfahrens aus der Grundgesamtheit gezogen worden ist.

Ein Vertrauensintervall hängt von seinem „Konfidenz-Niveau“ (oder Vertrauensniveau) ab, welches meistens bei 95% festgelegt wird. Wenn wir annehmen, dass sich der Parameter, der zu schätzen ist, innerhalb des Vertrauensintervalls befindet, dann ist auf längere Sicht unser Fehlerisiko auf 5% beschränkt. Genauer gesagt bedeutet dies, dass im Durchschnitt 95% der berechneten Intervalle den Parameter enthielten, wenn die Stichprobenerhebung viele Male unabhängig und unter gleichen Bedingungen durchgeführt würde. In der Praxis werden natürlich die Erhebungen nicht wiederholt. Die Definition des Vertrauensintervalls bedeutet also, dass es zwar unwahrscheinlich, aber nicht völlig ausgeschlossen ist, dass der Parameter nicht im berechneten Vertrauensintervall liegt.

Verurteilungen

Der Begriff Verurteilungen umfasst alle auf Grundlage der Strafbestimmungen des StGB und der Bundesnebengesetze sowie des Militärstrafgesetzes durch richterliche Instanzen gefällten Rechtsentscheide, die eine Sanktionierung zur Folge haben (Freisprüche sind nicht berücksichtigt). Statistisch erfasst werden nur die im Strafregister eingetragenen Rechtsentscheide; nachträgliche Entscheide wie Widerrufe bedingter Freiheitsstrafen werden ebenfalls berücksichtigt, jedoch nicht als neue Verurteilung gezählt.

Verwaltungseinheiten

Siehe „Institutionelle Einheit“.

Volksabstimmungen (eidgenössische)

In der Volksabstimmung können den Stimmberechtigten folgende Typen von Vorlagen zur Entscheidung vorgelegt werden: obligatorische und fakultative Referenden sowie Volksinitiativen (gelegentlich mit einem Gegenentwurf der Bundesversammlung). Bereits seit 1848 gilt die Regelung, dass sämtliche Verfassungsänderungen in einer Volksabstimmung genehmigt werden müssen (obligatorisches Verfassungsreferendum). Eine Verfassungsänderung ist erst rechtskräftig, wenn sie die Mehrheit der Stimmenden („Volksmehr“) sowie der Kantone („Ständemehr“) gutheisst. Obligatorisch von Volk und Ständen genehmigt werden müssen gemäss Artikel 140 der neuen Bundesverfassung auch der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften sowie dringlich erklärte Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt. Seit 1874 gilt ferner auch, dass Bundesgesetze und für dringlich erklärte Bundesgesetze, deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt, dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden müssen, sofern dies 30'000 bzw. (seit 1977) 50'000 Stimmberechtigte oder acht Kantone verlangen (fakultatives Referendum). Artikel 141 der neuen Bundesverfassung sieht vor, dass völkerrechtliche Verträge, die unbefristet und unkündbar sind, den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder die eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen, dem fakultativen Referendum unterstehen. Im Gegen-

satz zum obligatorischen Referendum, welches Verfassungsänderungen betrifft und daher des Volks- und des Ständemehrs bedarf, ist beim fakultativen Referendum nur die Mehrheit der Stimmenden, nicht aber der Kantone erforderlich. Bereits seit 1848 konnte das Volk eine Totalrevision der Bundesverfassung verlangen. 1891 wurde diese Bestimmung auf Teilrevisionen der Bundesverfassung mittels Volksinitiative erweitert. Anders als beim Referendum, bei dem die Stimmenden - quasi als Notbremse - nur Stellung zu bereits von Parlament oder Regierung getroffenen Beschlüssen nehmen können, gibt die Verfassungsinitiative den Stimmberechtigten das Recht, selber eine allgemeine Anregung oder einen ausgearbeiteten Entwurf für eine Verfassungsänderung zu formulieren, welche sodann dem Souverän zur Stellungnahme unterbreitet werden muss. Bedingung ist das Einreichen von 50'000 bzw. (seit 1977) 100'000 Unterschriften von Stimmberechtigten innert einer Sammelfrist von 18 Monaten. Da die Volksinitiative eine Verfassungsänderung anstrebt, tritt sie gemäss Artikel 139 der neuen Bundesverfassung nur in Kraft, wenn sie von der Mehrheit der Stimmenden und der Kantone gutgeheissen wird. Die Bundesversammlung (National- und Ständerat) hat laut Artikel 139 der neuen Bundesverfassung das Recht, bei Volksinitiativen eine Abstimmungsempfehlung an die Stimmberechtigten zu richten. Empfiehlt sie Ablehnung, so kann sie der Volksinitiative einen eigenen Vorschlag entgegenstellen (Gegenentwurf). Kommen Volksinitiative und Gegenentwurf zur Abstimmung, so ist auch eine doppelte Zustimmung möglich (bis 1987 konnte nur eine der beiden Vorlagen angenommen, wohl aber beide abgelehnt werden).

Volkseinkommen

Das Volkseinkommen setzt sich zusammen aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte, dem Einkommen der Kapitalgesellschaften (Nettobetriebsüberschuss und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) sowie dem Einkommen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen).

Volkseinkommen (netto)

Volkseinkommen, berechnet aus den Nettowerten zu Faktorkosten, das heisst, es sind weder Abschreibungen noch die indirekten Steuern ohne Subventionen im Volkseinkommen enthalten.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

Nationale Buchhaltung: Kontenmässige Erfassung der Güter- und Einkommensströme in einer Volkswirtschaft zur Wiedergabe eines quantitativen Gesamtbildes des wirtschaftlichen Geschehens.

Vollzeitäquivalente

Der Begriff Vollzeitäquivalent bezeichnet das Verhältnis des geleisteten Arbeitspensums einer Person zu einem Vollzeitpensum (100%). Eine dauernd zu 40 Prozent angestellte Person entspricht 0,4 Vollzeitäquivalenten. Die Vollzeitäquivalente für eine Gruppe werden ermittelt, indem die nach drei Kategorien unterschiedenen Beschäftigten (Vollzeit, Teilzeit 1 und Teilzeit 2) mit dem mittleren Beschäftigungsgrad der jeweiligen Kategorie multipliziert werden. Zur besseren Vergleichbarkeit werden somit Teilzeitstellen auf Vollzeitstellen umgerechnet.

Vollzeitbeschäftigte

Personen, die während mindestens 90 Prozent der betriebsüblichen wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt sind.

Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung

Diese Indikatoren dienen der Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung der Beschäftigung in den nächsten drei Monaten für den sekundären und den tertiären Sektor.

Vorhandene Gästezimmer bzw. Gastbetten

Siehe „Hotel- und Kurbetriebe“.

Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)

Ausländische Staatsangehörige, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig, unzumutbar oder unmöglich erwiesen hat. Die vorläufige Aufnahme kann auch in Fällen einer schwerwiegenden persönlichen Notlage angeordnet werden, sofern seit vier Jahren nach Einreichen des Asylgesuchs kein rechtskräftiger Entscheid erfolgt ist.

Vorleistungen

Wert der Waren und Dienstleistungen, die während der betrachteten Periode verbraucht werden, um andere Waren und Dienstleistungen herzustellen. Die Vorleistungen umfassen somit den für den Produktionsprozess notwendigen Input (Energie, Miete usw.).

Vorsorgeeinrichtung (VE)

Institution, welche die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge durch wiederkehrende und/ oder einmalige Leistungen (Renten und/ oder Kapital) gewährleistet.

Wachstumsrate (Bevölkerung)

Zu- oder Abnahme der Bevölkerung in einem bestimmten Kalenderjahr aufgrund des Geburtenüberschusses und des Wanderungssaldos, gemessen als Prozentsatz der Bevölkerungszahl am 1. Januar des gleichen Kalenderjahres. Die Wachstumsrate kann einen positiven oder einen negativen Wert haben.

Wahlsysteme

Bei den Wahlen in die Regierungen und Parlamente kommt normalerweise das Majorzsystem oder das Proporzsystem zur Anwendung. Beim Majorzwahlssystem treten die Kandidierenden als Einzelpersonen an; meistens werden sie jedoch von den Parteien nominiert und unterstützt. Gewählt ist grundsätzlich, wer eine Mehrheit der Stimmen erhält. Dabei wird zwischen einem „absoluten Mehr“ und einem „relativen Mehr“ unterschieden: Das „absolute Mehr“ beträgt die Hälfte der gültigen Stimmen, während das „relative Mehr“ von denjenigen Kandidierenden erreicht wird, die am meisten Stimmen erhalten haben. Im Majorzsystem haben die kleinen Parteien kaum Wahlchancen, und von den grossen Parteien erhält die Mehrheit normalerweise alle Sitze zugeteilt. Nach dem Majorzsystem werden die meisten Wahlen in die Kantonsregierungen und in den Ständerat durchgeführt. Wie es für die schweizerische Politik charakteristisch ist, verzichtet bei Majorzwahlen die stärkste Partei im Vorfeld auf ihren Anspruch auf sämtliche Mandate und gewährt so einem oder mehreren Juniorpartnern Einsitz in die politische Institution („freiwilliger Proporz“). Das Proporzwahlssystem unterscheidet sich vom Majorzsystem dadurch, dass es die Sitze möglichst proportional zu den erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt. Der Proporzeffekt ist umso genauer, je grösser die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Sitze ist. Bei Proporzwahlen werden die Mandate aufgrund der erhaltenen Stimmen auf die Wahllisten verteilt, erst anschliessend werden die gewählten Personen bestimmt (aufgrund der erhaltenen Stimmenzahl). Nach dem Proporzsystem werden die meisten Parlamentswahlen (Nationalrat und kantonale Parlamente) durchgeführt.

Wanderung

Räumliche Bewegung einer Person, durch welche der zivilrechtliche Wohnsitz von einem Ort (Wegzugsort) zu einem anderen Ort (Zuzugsort) verlegt wird. In der Wanderungsstatistik werden einzig solche Wohnsitzwechsel berücksichtigt, bei denen Weg- und Zuzugsort in unterschiedlichen politischen bzw. administrativen Einheiten (z.B. Gemeinden, Kantone oder Staaten) liegen. Es werden zwei Arten von Wanderungen unterschieden: (1) Binnenwanderung; (2) Internationale Wanderung.

Wanderung, internationale

Wanderung aus dem Ausland in die Schweiz (Einwanderung) oder aus der Schweiz ins Ausland (Auswanderung).

Wanderungssaldo

Differenz zwischen der Zuwanderung in eine bestimmte geografische Region und der Abwanderung aus dieser geografischen Region innerhalb eines bestimmten Zeitintervalls, normalerweise einem Kalenderjahr. Es werden zwei Arten von Wanderungssaldi unterschieden: (1) Binnenwanderungssaldo; (2) Internationaler Wanderungssaldo.

Wanderungssaldo, internationaler

Differenz zwischen der Einwanderung und der Auswanderung in bzw. aus der Schweiz.

Wanderungssaldoziffer

Wanderungssaldo in einem bestimmten Kalenderjahr je 1000 Personen der Wohnbevölkerung in der Jahresmitte. Die Wanderungssaldoziffer kann einen positiven oder einen negativen Wert haben.

Wanderungsvolumen, internationales

Summe der Einwanderung und der Auswanderung.

Warenkorb

Grundlage für die Berechnung des Landesindex der Konsumentenpreise bildet der sogenannte Warenkorb. Darin wird definiert, mit welchem prozentualen Gewicht die Preise der einzelnen Waren und Dienstleistungen in die Indexberechnung eingehen. Der Warenkorb wird nach Bedarfsgruppen (Nahrungsmittel, Bekleidung etc.) gegliedert.

Warenkorb und Gewichtungen

Der Warenkorb und die Gewichtungen, die den verschiedenen Preisindizes zu Grunde liegen, werden anhand unterschiedlicher Quellen ermittelt. Der Warenkorb wird bei Bedarf neu zusammengestellt, und die Gewichte der einzelnen Positionen werden jährlich neu festgesetzt.

Für den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) stellen die Einkommens- und Verbrauchserhebungen (EVE) die Hauptquelle dar. Die Gewichtungen des Produzentenpreisindex basieren auf dem Bruttoproduktionswert der verschiedenen Güter oder - wenn man die Vorratsveränderungen und Ausrüstungsgüter für den Eigenbedarf vernachlässigt - auf den Umsatzzahlen (in der Regel leichter verfügbar). Für den Importpreisindex liefert die Aussenhandelsstatistik die gewünschten Gewichtungen.

Wasser, Wasserverkehr

Verkehrsträger, der, falls nicht anders präzisiert wird, den öffentlichen Personenverkehr auf Seen und Flüssen und den privaten Güterverkehr auf dem Rhein umfasst.

Wechselkurs

Der Wechselkurs bezeichnet das Austauschverhältnis zweier Währungen. Er wird als Preis einer Währung in Einheiten einer anderen Währung ausgedrückt. Wird der Preis einer ausländischen Währungseinheit in heimischer Währung ausgedrückt, so spricht man von Preisnotierung (z.B. 1,40 CHF pro USD); wird hingegen der Preis einer heimischen Währungseinheit in ausländischer Währung ausgedrückt, handelt es sich um die Mengennotierung (z.B. 0,71 USD pro CHF). Gebräuchlich in der Schweiz ist die Preisnotierung (siehe auch Begriff „Geldwert“).

Wertpapiere

- **Aktie:** Die Aktie ist ein Wertpapier, das einen Anteil am Grundkapital einer Aktiengesellschaft darstellt.
- **Derivate:** Derivate sind Produkte des Finanzmarktes, deren Bewertung vom Preis sowie den Preisschwankungen und -erwartungen eines zugrunde liegenden Anlageobjektes (Ak-

tie, Anleihe, Devisen) abgeleitet wird. Zu den Derivaten zählen z.B. Swaps, Optionen und Futures.

- **Obligation:** Festverzinsliche Anleihe oder Schuldverschreibung, welche der Schuldner gegenüber dem Inhaber des Wertpapiers entsprechend durch Zinsen vergütet.

Wertschöpfung

Die Wertschöpfung beschreibt die aus dem Produktionsprozess hervorgehende Wertsteigerung der Güter. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sie sich aus dem Saldo Produktionswert minus Vorleistungen.

Wiedereinbürgerung

Erneuter Erwerb der Schweizer Staatsangehörigkeit (inkl. eines Kantons- und Gemeindebürgerrechts) nach einem früheren Verlust des Schweizer Bürgerrechts.

Wirtschaftsgebiet

Umfasst:

- das geografische Gebiet, innerhalb dessen sich die Personen, Waren, Dienstleistungen und das Kapital im freien Verkehr befinden;
- die Zollfreigebiete, Zollfreilager und Fabriken unter Zollaufsicht;
- den Luftraum und die Hoheitsgewässer, über die ein Land Hoheitsrechte besitzt;
- die territorialen Enklaven, d.h. die Gebietsteile der übrigen Welt, die auf Grund internationaler Verträge oder zwischenstaatlicher Vereinbarungen von inländischen staatlichen Stellen genutzt werden (Botschaften, Konsulate, Militär- und Forschungsbasen usw.).

Wirtschaftssektoren

Die Wirtschaftszweigsystematik (NOGA) ordnet die Betriebe nach den geleisteten Tätigkeiten. Die wichtigsten Hierarchiestufen sind dabei die Wirtschaftssektoren, -abschnitte und -abteilungen.

Sektor I: *Landwirtschaft*

- A Land- und Forstwirtschaft;
- B Fischerei und Fischzucht.

Sektor II: *Verarbeitendes Gewerbe, Industrie*

- C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden;
- D Herstellung von Waren;
- E Energie und Wasserversorgung;
- F Bau.

Sektor III: *Dienstleistungen*

- G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Automobilen und Gebrauchsgütern;
- H Beherbergungs- und Gaststätten;
- I Verkehr und Nachrichtenübermittlung;
- J Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung);
- K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen;
- L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung;
- M Erziehung und Unterricht;
- N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen;
- O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen;
- P Private Haushalte;
- Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften.

Wirtschaftszweigsystematik (NOGA)

Die Wirtschaftszweigsystematik (NOGA) dient der systematischen Klassifizierung der Betriebe nach den geleisteten Tätigkeiten. Sie wird bei fast jeder Betriebszählung den veränderten Verhältnissen in der Wirtschaftswelt angepasst. Anlässlich der BZ 1995 wurde die allgemeine Wirtschaftszweigsystematik auf der Grundlage der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaft (NACE) revidiert. Die Vergleichbarkeit innerhalb der schweizerischen Wirtschaftszweigsystematik wurde rückwirkend bis 1985 mindestens auf der Stufe Abteilung (Zweisteller) hergestellt. Die Wirtschaftszweigsystematik NOGA (**N**omenclature **G**énérale des **A**ctivités économiques) klassiert die wirtschaftlichen Tätigkeiten wie folgt:

- Abschnitt 1 Grossbuchstabe
- Unterabschnitt 2 Grossbuchstaben
- Abteilung 2 Ziffern
- Gruppe 3 Ziffern
- Klasse 4 Ziffern
- Art 4 Ziffern Grossbuchstabe
- Eine weitere 5. Position erlaubt nationale zusätzliche Feingliederungen

Die ersten vier Stellen der NOGA sind international (europäisch) identisch mit der Wirtschaftszweigsystematik NACE. Die NOGA wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2003 erneut einer Revision unterzogen (NOGA 2002). Es handelt sich um eine kleine Revision, die eine internationale Harmonisierung sicherstellt, nachdem die europäische NACE einer Revision unterzogen wurde. Neben den erforderlichen Strukturanpassungen gab dies Gelegenheit, auch Ungereimtheiten und Fehler der NOGA 95 zu beheben.

Wohnbevölkerung

Die Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Anwesenheitsdauer und Art der Anwesenheitsbewilligung. Personen ohne offiziellen Wohnsitz in der Schweiz (z.B. Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten, Touristen, Besucher oder Geschäftsreisende) zählen nicht zur Wohnbevölkerung. Die Wohnbevölkerung beinhaltet konkret die folgenden Ausländerkategorien: Niedergelassene und Aufenthalter/ Aufenthalterinnen (inkl. anerkannte Flüchtlinge), Saisoniers (seit dem 1. Juni 2002 wird diese Bewilligung nicht mehr erteilt), Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen, Personen im Asylprozess, Diplomaten und internationale Funktionäre/ Funktionärinnen und deren Familienangehörige.

Wohnbevölkerung, Ausländische

Alle Personen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, jedoch nicht die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen.

Wohnbevölkerung, Mittlere

Die mittlere Wohnbevölkerung ist ein anhand von Monatswerten errechneter Jahresdurchschnitt und umfasst die ständige Wohnbevölkerung und die unter einjährigen Kurzaufenthalter (bis 2002: Saisoniers).

Wohnbevölkerung, Schweizerische

Alle Personen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der Schweiz haben und die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen. Personen, die sowohl die schweizerische als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen (Doppelbürger), werden als schweizerische Staatsangehörige angesehen.

Wohnbevölkerung, Ständige

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, deren Wohnsitz ganzjährig in der Schweiz liegt. Dazu gehören die schweizerischen und alle ausländischen Staatsangehörigen mit einer Anwesenheitsbewilligung, die zu einem Aufenthalt von mindestens 12 Monaten berechtigt, das

heisst die Niedergelassenen, die Aufenthalter/ Aufenthalterinnen (inkl. die anerkannten Flüchtlinge), die Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen mit einem bewilligten Aufenthalt von mindestens 12 Monaten sowie die Diplomaten und internationalen Funktionäre/ Funktionärinnen und deren Familienangehörige.

Wohnbevölkerung, Wirtschaftliche

Den wirtschaftlichen Wohnsitz hat eine Person in der Gemeinde, in der sie sich die meiste Zeit aufhält, deren Infrastruktur sie hauptsächlich beansprucht und von der aus sie den Weg zur täglichen Arbeit oder zur Schule aufnimmt. Zur wirtschaftlichen Wohnbevölkerung gehören auch Wochenaufenthalter/ Wochenaufenthalterinnen, Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen sowie Asylsuchende.

Wohnbevölkerung, Zivilrechtliche

Der zivilrechtliche Wohnsitz einer Person ist diejenige Gemeinde, in der sie ihren Heimatschein (Schweizer/in) oder ihre Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung (Ausländer/in) hinterlegt hat. Eine Person ist in der Regel an ihrem zivilrechtlichen Wohnsitz steuerpflichtig. Nicht zur zivilrechtlichen Bevölkerung gehören zum Beispiel Wochenaufenthalter/ Wochenaufenthalterinnen, Kurzaufenthalter/ Kurzaufenthalterinnen sowie Asylsuchende.

Wohndichte

Durchschnittliche Bewohnerzahl pro Wohnraum.

Wohneigentumsquote

Anteil der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen am Bestand der dauernd bewohnten Wohnungen.

Wohneinheit

Unter einer Wohneinheit versteht man die Räumlichkeiten, die einem oder mehreren Privathaushalten als Wohnort dienen.

Wohngebäude

Dazu zählen einerseits Gebäude, die ausschliesslich aus Wohnungen bestehen (reine Wohngebäude) und andererseits Gebäude, die hauptsächlich Wohnzwecken dienen (andere Wohngebäude).

Wohnräume

Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer sowie zur Wohnung gehörende Mansarden. Nicht als Wohnräume gelten Küchen, Wohndielen, Badezimmer, Duschen, WC, Réduits.

Wohnsitz

Gemeinde, in der eine Person zur Niederlassung oder zum Aufenthalt angemeldet ist. Es wird zwischen zivilrechtlichem und wirtschaftlichem Wohnsitz unterschieden: (1) Der zivilrechtliche Wohnsitz ist die Gemeinde, in der eine Person mit ihrem Heimatschein angemeldet ist bzw. wo sie ihre Schriften deponiert hat. Bei ausländischen Staatsangehörigen handelt es sich um die Gemeinde, für welche die amtliche Anwesenheitsbewilligung ausgestellt ist; (2) der wirtschaftliche Wohnsitz ist die Gemeinde, in der sich eine Person die meiste Zeit aufhält, deren Infrastruktur sie benützt und von der aus sie den täglichen Weg zum Arbeits- bzw. Ausbildungsort aufnimmt.

Wohnung

Die Gesamtheit der Räume, die laut Baubewilligung zur Unterbringung einer oder mehrerer Privathaushaltungen bestimmt und mit einer Küche oder Kochnische versehen ist.

Wohnungsgrösse

- Kleinwohnungen: mit ein bis zweieinhalb Zimmern;
- Mittelwohnungen: mit drei bis viereinhalb Zimmern;
- Grosswohnungen: mit fünf und mehr Zimmern .

Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz erfasst den grenzüberschreitenden Austausch von Waren, Diensten, Arbeits- und Kapitaleinkommen sowie den Kapitalverkehr mit dem Ausland für eine bestimmte Periode. Die Entwicklung und die Struktur der Zahlungsbilanz geben Aufschluss über die aussenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes. Methodische Grundlage für die Zahlungsbilanzstatistik ist das Zahlungsbilanzhandbuch des Internationalen Währungsfonds. Die schweizerische Zahlungsbilanz besteht aus den vier Teilbilanzen Ertragsbilanz, Vermögensübertragungen, Kapitalverkehrsbilanz und Nettoauslandstatus der Nationalbank. In der Zahlungsbilanz wird die statistische Differenz zwischen dem Total der „Einnahmenseite“ (Ertragsbilanzeinnahmen und Kapitalimporte) und dem Total der „Ausgabenseite“ (Ertragsbilanzausgaben und Kapitalexporte) als Restposten bezeichnet. Die Zahlungsbilanztransaktionen werden zwar grundsätzlich doppelt verbucht, so dass die Zahlungsbilanz im Prinzip rechnerisch ausgeglichen ist. In der Praxis lässt sich dieser Grundsatz jedoch wegen der Vielfalt der aussenwirtschaftlichen Beziehungen und statistischen Quellen nicht vollständig verwirklichen.

Zeitliche Abgrenzungen (Tourismus)

- Fremdenverkehrsjahr: von November bis Oktober;
- Winterhalbjahr (Wintersaison): von November bis April;
- Sommerhalbjahr (Sommersaison): von Mai bis Oktober.

Zentralbank

Die Zentralbank (Notenbank) ist die Währungsbehörde eines Staates. Zu den Hauptaufgaben der Schweizerischen Nationalbank (SNB) gehören die Führung der Geldpolitik sowie die Erleichterung des Zahlungsverkehrs (SIC). Die Zentralbank verfügt über das alleinige Recht zur Ausgabe von Banknoten (Notenmonopol).

Zentren

Die Gemeinden werden nach ihrer Funktion in der geographischen Umgebung eingeteilt (und nicht nach Bevölkerung). Dabei werden drei Typen von Zentren definiert: Grosszentren (5 Gemeinden), Mittelzentren (22 Gemeinden) und Kleinzentren (45 Gemeinden).

Zimmerzahl

Als Zimmer gelten Räume, die als bauliche Einheit die Wohnung bilden. Küchen, Badezimmer, Toilettenräume, Reduits, Gänge, Veranden und so weiter gelten nicht als Zimmer. Ebenso wenig werden halbe Zimmer gezählt, für eine Viereinhalbzimmerwohnung beträgt die Zimmerzahl also vier.

Zins

Preis für eine vorübergehende Kapitalüberlassung.

Zivilstand

Es werden in der Bevölkerungsstatistik die Zivilstandskategorien ledig, verheiratet, geschieden sowie verwitwet unterschieden. Getrennt lebende Ehepartner werden zu den Verheirateten gezählt. Mit dem neuen Partnerschaftsgesetz (PartG), das am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, kommen die Kategorien eingetragene und aufgelöste Partnerschaften hinzu. Sie sind gemäss dem neuen Bundesgesetz Personen gleichen Geschlechts vorbehalten und der Ehe weitgehend gleichgestellt.

Zusatzrenten zur AHV/IV

Die Zusatzrenten werden an Familienangehörige von AHV- bzw. IV-Rentnern ausgerichtet. Es gibt sowohl Zusatzrenten für Ehepartner als auch solche für Kinder (bis 18 Jahre, bei länger dauernder Ausbildung bis maximal 25 Jahre).